

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Frank Nullmeier

Institutionelle Innovationen und
neue soziale Bewegungen

Franz Urban Pappi

Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen
im Parteiensystem der Bundesrepublik

Thomas Leif

Die Friedensbewegung zu Beginn
der achtziger Jahre. Themen und Strategien

Rolf Schwendter

Alternative Ökonomie
Geschichte, Struktur, Probleme

B 26/89
23. Juni 1989

Frank Nullmeier, geb. 1957; Diplom-Politologe; Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Philosophie an der Universität Hamburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Rentenpolitik im ökonomischen, sozialen und demographischen Wandel“ an der Universität Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: Dezentralisation — eine Alternative zum etablierten System?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien, Opladen 1982; (zus. mit Margret Bülow-Schramm und Bernd Martens) Akademiker und akademisch Angelehrte. Wandlungsprozesse im beruflichen Handeln von Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaftlern, Frankfurt—New York 1987; (zus. mit Joachim Raschke) Soziale Bewegungen. Eine Einführung, in: Stephan von Bandemer/Göttrik Wewer (Hrsg.), Regierungssystem und Regierungslehre. Fragestellungen, Analysekonzepte und Forschungsstand eines politikwissenschaftlichen Kernbereichs, Opladen 1989; (zus. mit Friedbert W. Rüb) Alter im Sozialstaat. Zur Entwicklung der Alterspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialwissenschaftliche Informationen (1989) 1.

Franz Urban Pappi, Dr. phil., geb. 1939; Professor für Soziologie und Direktor des Instituts für Soziologie der Universität Kiel.

Veröffentlichungen u. a.: Räumliche Modelle der Parteienkonkurrenz. Die Bedeutung ideologischer Dimensionen, in: Jürgen W. Falter u. a. (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1989; (Hrsg. und Autor) Methoden der Netzwerkanalyse, Bd. 1 der Techniken der empirischen Sozialforschung, München 1987; (zus. mit Christian Melbeck) Die sozialen Beziehungen städtischer Bevölkerungen, in: J. Friedrichs (Hrsg.), Soziologische Stadtforschung, Opladen 1988.

Thomas Leif, M. A., geb. 1959; Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Pädagogik in Mainz und Frankfurt; abgeschlossene Dissertation; TV-Journalist; Mitherausgeber und Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen“.

Veröffentlichungen u. a.: Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von innen, Bonn 1985; Die strategische (Ohn)-Macht der Friedensbewegung, Wiesbaden 1989 (im Erscheinen); zahlreiche Aufsätze zur Analyse der neuen sozialen Bewegungen.

Rolf Schwendter, Dr. phil., geb. 1939; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Philosophie; seit 1975 Hochschullehrer für Devianzforschung an der Gesamthochschule Kassel — Universität des Landes Hessen; Mitbegründer einer Vielzahl von Projekten im alternativ-ökonomischen Bereich.

Veröffentlichungen u. a.: Theorie der Subkultur, Köln—Berlin 1971, Frankfurt 1978³; Zur Geschichte der Zukunft, Frankfurt 1982; Zur Zeitgeschichte der Zukunft, Frankfurt 1984.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier. Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Institutionelle Innovationen und neue soziale Bewegungen

In den siebziger und frühen achtziger Jahren haben Bürgerinitiativ-, Anti-AKW- und Ökologiebewegung, Frauen-, Friedens- und Alternativbewegung sowie eine Vielzahl kleinerer (Teil-)Bewegungen von der Gesundheits- bis zur Dritten-Welt-Bewegung in einem außerordentlichen Maße die Themen der öffentlichen Auseinandersetzungen bestimmt. Den meist unter dem Begriff der „neuen sozialen Bewegungen“ zusammengefaßten Bestrebungen ist es zudem gelungen, Träger eines weit in die Gesellschaft hineinragenden Wandels von Wertvorstellungen, Lebenskonzepten und Verhaltensweisen zu

werden¹⁾. Hier ist weiterzufragen: Haben die neuen sozialen Bewegungen darüber hinaus auch Veränderungen im institutionellen Netzwerk der Gesellschaft herbeigeführt und, wenn ja, handelt es sich dabei um institutionelle Innovationen oder lediglich um Variationen bestehender Institutionsmuster? Ein angemessener Zugang zur Untersuchung dieser Fragen verlangt zunächst, einem Verständnis von Institution als formaler Organisation (mit definierten Mitgliedschaftsrollen) oder gar hierarchisch-bürokratischer Organisation entgegenzutreten.

I. Institution und Bewegung

Wie die „Dauer“ einer sozialen Regelung ein zentrales Element in fast allen Definitionen von Institution²⁾ darstellt, so stehen soziale Bewegungen gewöhnlich für Spontaneität, Neuheit, Nicht-Alltäglichkeit, Veränderung, Instabilität. Bewegungen sind es, die das Beständige in Schwingungen versetzen und zum Gegenspieler der Institutionen werden. Soziale Bewegungen entstehen in der Regel aus Unzufriedenheit über die Leistungen bzw. Nicht-Leistungen der Institutionen. Sie sind Symptom oder Folge von Legitimations- oder Steuerungskrisen des etablierten Institutionennetzes. Ihr Ziel ist daher der Wandel der institutionellen Struktur einer Gesellschaft. Ihre Aktionen richten sich gegen die etablierten Institutionen, die darauf mit Repression, Integration oder Ignoranz reagieren können. Und nach hintergründig immer noch wirksamer Unterstellung ist schließlich die Institutionalisierung das unvermeidliche oder zumindest wahrscheinliche „Ende“ einer Bewegung³⁾.

Erst die Identifikation von Institutionalisierung mit formeller, meist noch bürokratischer Organisation⁴⁾ ermöglicht jedoch diese einfache Gegenüberstellung und versperrt den Blick auf die Vielfalt an weder bürokratischen noch formell organisierten, aber dauerhaften Einrichtungen (= Institutionen), die innerhalb oder am Rande sozialer Bewegungen entstehen. Löst man sich von der traditionellen Sicht, wird deutlich, daß die Auseinandersetzung zwischen Institutionen und sozialer Bewegung auch die Konkurrenz von etablierten Institutionen und Bewegungsinstitutionen beinhaltet – und nicht nur das Anbränden von Bewegungsaktionen, neuen Einstellungen und Lebensweisen gegen die Festungen der Institution.

Von Institutionen soll hier gesprochen werden, wenn dauerhafte Regelungen sozialen Handelns und Organisationskomplexe so miteinander verknüpft sind, daß sie eine Eigenidentität suggerieren⁵⁾, die als le-

¹⁾ Zum Wertwandel zusammenfassend: Oscar W. Gabriel, Politische Kultur, Materialismus und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.

²⁾ Siehe zur Übersicht: Rainer Schmalz-Bruns, Ansätze und Perspektiven der Institutionentheorie. Eine bibliographische und konzeptionelle Einführung, Wiesbaden 1989.

³⁾ Siehe dazu: Rosa Mayreder, Der typische Verlauf sozialer Bewegungen, Wien—Leipzig 1925; Otthein Rammstedt, Soziale Bewegung, Frankfurt 1978; Francesco Alberoni, Movement and Institution, New York 1984.

⁴⁾ So bei R. Mayreder (Anm. 3), die die Bewegungsentwicklung als Konfrontation der Idee und Ideologie (des Sollens) mit dem Sein der realen Machtgegebenheiten konzipiert und in der *disziplinierten Organisation* die realpolitische Wende der Bewegungen eingeleitet sieht.

⁵⁾ In Anlehnung an eine Bestimmung von Institution bei Karl-Siebert Rehberg, Eine Grundagentheorie der Institutionen: Arnold Gehlen. Mit systematischen Schlußfolgerungen für eine kritische Institutionentheorie, erscheint demnächst in: Gerhard Göhler/Kurt Lenk/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Verhalten – Norm – Institution. Interdisziplinäre Beiträge zur Theorie politischer Institutionen, Opladen 1989.

gitim anerkannt wird. Institutionen existieren, solange an diese Eigenidentität und deren Legitimität geglaubt wird. Weil bestimmten Handlungsregeln und mit ihnen verknüpften Organisationsweisen eine eigene Identität, ein eigenes „Recht“ zugeschrieben wird, kann sich ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieses „eigenen“ Gebildes entwickeln: Die vormalig situativ gebundenen Interessen der einzelnen handelnden Personen werden von einem institutionellen Interesse, einer „Logik der (jeweiligen) Institution“ überlagert. Faßt man entgegen dieser Definition Institutionen als „relativ auf Dauer gestellte, durch Internalisierung verfestigte Verhaltensmuster und Sinnorientierungen“⁶⁾ und vernachlässigt das Organisationsmoment, so kann nicht verhindert werden, daß jede einzelne gesetzliche Bestimmung und jede dauerhaftere soziale Konvention als Institution gilt. Damit würde der Begriff aber insbesondere für die Politikwissenschaft weitgehend unbrauchbar. Nach der hier zugrunde gelegten Definition können dagegen allein Parlamente, Gerichte, Verwaltung, Regierung, die entsprechenden Einrichtungen auf gemeindlicher und Länderebene, Parteien, Verbände, Medien, politische Vereinigungen und Initiativen aller Art zusammen mit prozeduralen Regelungen (z. B. Wahlen, aber auch das Mehrheitsprinzip), die einen organisatorischen Aspekt besitzen, als (politische) Institutionen begriffen werden.

Die Institutionalisierung von einzelnen Kommunikations- und Interaktionszusammenhängen in sozialen Bewegungen bezeichnet den Prozeß ihrer organisatorischen Verankerung, der Entwicklung von Eigenidentität bei zunehmender Abstraktion von den Interessen und Situationen, in denen die Bewegungsaktivität ihren Ursprung hatte⁷⁾. Die formelle Organisierung, in der modernisierungs- und entwicklungstheoretischen Analyse meist mit Institutionalisierung gleichgesetzt, ist nur eine spezifische Form dieser Institutionswerdung. Soziale Bewegungen können sich auch ohne derartigen

Halt stabilisieren, wenn sie informelle Organisationsformen (regelmäßig tagende Aktions- und Diskussionsgruppen, regelmäßig abgehaltene Versammlungen und Konferenzen, nicht ins Vereinsregister eingetragene Bürgerinitiativen) institutionalisieren.

Von „Institutionalisierung“ ist daher die besonders in den Theorien von Max Weber und Robert Michels in den Vordergrund gestellte Oligarchisierung und Bürokratisierung klar zu unterscheiden. Selbst auf dem Höhepunkt von Bewegungsaktivitäten kann eine Zentralisierung des bewegungsinternen Entscheidungsprozesses auf eine kleine Anzahl von Personen erfolgen (Oligarchisierung), ohne daß dazu bürokratische Organisationsformen notwendig wären. Bürokratisierung bezeichnet dagegen die Vorherrschaft von hierarchisch strukturierten, hochgradig arbeitsteiligen Organisationsstrukturen innerhalb einer sozialen Bewegung. Auch die institutionelle Erstarrung (häufig als Institutionalisierung bezeichnet) einer ganzen sozialen Bewegung muß nicht als Bürokratisierungsprozeß verstanden werden. Sie tritt vielmehr ein bei Verlust an öffentlichkeitswirksamer Problem- und Zieldiskussion in der Bewegung, bei langsamer Auflösung der subkulturellen „Bewegungsmilieu“ und nachlassender Prägung der alltäglichen Denk- und Handlungsmuster durch die Bewegung sowie einem zunehmend geringeren Grad demonstrativer oder direkter Aktionsformen. Von der Bewegung bleiben meist nur Bewegungsinstitutionen zurück – bürokratisiert oder nicht – und ein sich zunehmend auf diese Institutionen verengendes Bewegungsmilieu.

Bewegungsinstitutionen sind aber nicht allein Motoren institutioneller Erstarrung von Bewegungen, sondern ebenso Träger einer bedeutsamen Veränderung der institutionellen Gesamtstruktur der Gesellschaft. Institutioneller Wandel kann sich bereits durch die Errichtung und Existenz „autonomer“ Bewegungsinstitutionen ergeben, weil die Existenz einer Alternative schon die Legitimitätsstrukturen bestehender Einrichtungen beeinflusst. Wandel kann daneben auftreten durch reaktive oder vorausschauende Institutionsreformen auf seiten der etablierten (insbesondere staatlichen) Institutionen wie auch durch die Wechselbeziehungen zwischen Bewegungsinstitutionen und etablierten Institutionen.

⁶⁾ Gerhard Göhler, *Institutionenlehre und Institutionentheorie in der deutschen Politikwissenschaft nach 1945*, in: ders. (Hrsg.), *Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand – Probleme – Perspektiven*, Opladen 1987, S. 15–47, hier S. 17; zur Kritik an dieser Definition siehe auch R. Schmalz-Bruns (Anm. 2), S. 9 ff.

⁷⁾ K.-S. Rehberg (Anm. 5) spricht in diesem Zusammenhang von den Prozessen der Abstraktion und Entsituation mit den Folgen einer institutionellen Autonomisierung.

II. Institutionelle Innovationen

Die Ausgangsfrage richtete sich jedoch vornehmlich auf den innovativen Charakter möglicher Institutionsveränderungen als Folge bzw. Ausdruck der neuen sozialen Bewegungen. Wenn der „Neuheits- oder Innovationsgrad“ von institutionellen Veränderungen bestimmt werden soll, sind zunächst die Kriterien für „Neuheit“ zu explizieren. Dies soll hier nicht über einen Rückgriff auf soziologische Evolutions- und Rationalisierungstheorien⁸⁾ geschehen, in die eine Vielzahl problematischer und hier nicht zu klärender Vorannahmen eingehen. Es

wird demgegenüber ein in geringerem Maße theoretisch vorstrukturierter Ansatz gewählt, für den die Unterscheidung zwischen *Regelungsmustern* (institutionelle Grundformen) und *Regelungsbereichen* grundlegend ist. Als Regelungsmuster sollen grundlegende Formen der Herstellung und Sicherung sozialer Ordnung verstanden werden, unter Regelungsbereichen diejenigen Ausschnitte aus dem Gesamtset gesellschaftlicher Aufgaben und Funktionen, auf die sich ein bestimmtes Regelungsmuster bezieht.

	Wertverbindlichkeit	Interessenkoordination
Selbststeuerung	spontane Solidarität (Gemeinschaft)	unkoordinierte Konkurrenz (Markt)
Intendierte Koordination	hierarchische Kontrolle (Staat, Bürokratie)	demokratische Koordination (Assoziation)

Begnügten sich ältere soziologische Theorien bei der Konstruktion idealtypischer *Institutionsgrundformen* mit der Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft, ökonomische Theorien meist mit der Konfrontation von Markt und Plan (Staat), so führte die neuere disziplinäre Annäherung von Ökonomie, Politikwissenschaft und Soziologie zur Differenzierung von zumeist drei grundlegenden Formen sozialer Ordnung: Spontane Solidarität (Gemeinschaft), unkoordinierte Konkurrenz (Markt) und hierarchische Kontrolle (Staat, Bürokratie). Wolfgang Streeck und Philippe C. Schmitter haben die „organisatorische Abstimmung“ zwischen Verbänden, die „korporativ-verbändliche Ordnung“ als vierten Typus sozialer Ordnung einführen wollen⁹⁾. Dieser aus der Korporatismusdiskussion stammende Versuch deutet schon durch die Kombination von interorganisatorischen Abstimmungsprozessen mit spezifischen (zentralistisch-bürokratischen) intraorganisatorischen Bedingungen an, daß hier keine elementare Form sozialer Ordnung getroffen sein kann¹⁰⁾.

Wenn man die Bestrebungen der neuen sozialen Bewegungen nicht als bloße rückwärtsgewandte Orientierung an gemeinschaftlichen Formen sozialer Ordnung begreifen will oder kann, ist es notwendig, diese Auflistung institutioneller Grundmuster auf andere Art zu erweitern. In der folgenden Matrix¹¹⁾ bildet die „demokratisch-egalitäre Koordination“ den vierten Typus, dem Assoziation, Verein, Initiative etc. zugerechnet werden können. Demokratische Koordination bezeichnet Verfahren der Interessenkoordination, in die jedes Einzelinteresse mit gleichem Gewicht eingeht.

¹⁰⁾ Siehe auch die Kritik bei Gunnar Folke Schuppert, Markt, Staat, Dritter Sektor — oder noch mehr? Zur Rolle nichtstaatsunmittelbarer Aufgabenerledigung, Universität Bielefeld, ZIF-Forschungsgruppe „Staatsaufgaben“, Nr. 6, 1989, S. 14 f.

¹¹⁾ Diese Vierfeldermatrix ist über die Unterscheidung der Dimensionen „Herstellung sozialer Ordnung über die verpflichtende Verbindlichkeit zentraler Normen und Werte oder über die Zusammenführung von Einzelinteressen“ und „Herstellung sozialer Ordnung über Selbststeuerungsmechanismen oder über bewußt herbeigeführte, intentionale erstrebte Koordination“ entwickelt worden. Die alternative Betonung von Korporation oder Assoziation in der soziologischen Grundbegrifflichkeit hat Tradition: Siehe die Konstruktion von Max Webers Verbandssoziologie zwischen den Idealtypen von Verein und Anstalt bzw. Korporation mit samt der These der okzidentalen Entwicklungsrichtung hin auf den Typus der Anstalt: Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1976⁵, S. 26 ff., S. 393—440.

⁸⁾ Vgl. dazu R. Schmalz-Bruns (Anm. 2).

⁹⁾ Vgl. Wolfgang Streeck/Philippe C. Schmitter, *Gemeinschaft, Markt und Staat — und die Verbände? Der mögliche Beitrag von Interessenregierungen zur sozialen Ordnung*, in: *Journal für Sozialforschung*, (1985) 2, S. 133—157.

Die zentralen institutionellen Experimente der neuen sozialen Bewegungen bemühen sich um Neu-Kombinationen von Gemeinschaft und Assoziation. Die gemeinschaftliche Verpflichtung auf unbedingt geltende Normen und Werte ist gebrochen durch das Wissen um die Pluralisierung der Werte, die nur auf Kosten eines neuen Dogmatismus/Totalitarismus überwunden werden kann. Die formelle, demokratisch-egalitäre Vereinbarung über Wertvorstellungen und Zielsetzungen konterkariert das gemeinschaftliche, oft als „romantisch“ interpretierte Element der Institutionenutopien und -experimente der neuen sozialen Bewegungen. Die neuen sozialen Bewegungen zielen auf die Wiederbelebung vereinsartiger Institutionsstrukturen, jedoch bei geringerem Hierarchisierungs- und Formalisierungsgrad und stärker kommunikativ-gemeinschaftlich gesteuerten statt rechtlich programmierten Abläufen. Sie zielt zugleich auf die Austreibung des Männerbündlerischen in allen hierarchisch-zentralistischen Institutionen¹²⁾. „Gruppe“, „Initiative“, „Netz“ und „Netzwerk“ stehen begrifflich für derartige Versuche gemeinschaftlich-assoziativer Bewegungsinstitutionen.

Je mehr sich die Entwicklung dem Gemeinschaftspol nähert, desto eher werden die integrativen Wertvorstellungen unhinterfragbar und es droht sektenmäßige Abschließung. Je stärker die demokratische Koordination wird, desto wahrscheinlicher werden Formalisierung, Verrechtlichung und emotionale Entleerung. Zwischen Gemeinschafts- und Demokratievorstellung schwanken auch die Leitkonzeptionen der neuen sozialen Bewegungen wie „Weiblichkeit“, „Natur“, „Leben“ etc., die entweder für substantielle, verpflichtend geltende Inhalte stehen (Gemeinschaft) oder als „Platzhalter“ für etwas fungieren, was nur in demokratischen Prozessen inhaltlich gefüllt werden kann.

Diese Regelungsmuster oder Institutionsgrundformen können nun – selten in idealtypischer Rein-

heit – die unterschiedlichsten und verschieden großen Regelungs- oder Aufgabenbereiche gestalten. *Institutionstypen*¹³⁾ zeichnen sich durch eine spezifische Verknüpfung von Regelungsbereich und Regelungsmuster aus. Institutionelle Entwicklung wird meist als Differenzierung und Spezifikation, mithin vorrangig als Prozeß der Aufspaltung in immer mehr und immer kleinere Regelungsbereiche analysiert. Dabei geraten jedoch Prozesse der Neuformung von Regelungsbereichen, der (partiellen) Entdifferenzierung und Respezifikation aus dem Blick. Bewegungen können entweder auf Entdifferenzierung bis hin zur Regelung aller gesellschaftlichen Aufgaben über eine Institution (Totalitätsentwurf¹⁴⁾) oder auf Neuverteilungen bzw. Differenzierungen zielen. Von institutioneller Innovation kann keine Rede sein, wenn lediglich eine weitere Einrichtung desselben Institutionstyps geschaffen wird. Es handelt sich dann allenfalls um eine spezielle Variante eines bereits bestehenden Typs.

Institutionsinnovationen liegen dann vor, wenn neue Institutionstypen über die Anwendung neuer Regelungsmuster auf Regelungsbereiche althergebrachter Abgrenzung oder über Erweiterung/Veränderung des Regelungsbereiches eines bestehenden Institutionsmusters geschaffen werden. Ein weit höherer Innovationsgrad wird aber erreicht, wenn Regelungsbereich und Regelungsmuster gleichzeitig variiert werden, weil damit sowohl die etablierte Ordnung gesellschaftlicher Arbeitsteilung wie die in Regelungsmustern verkörperte Machtverteilung verändert wird¹⁵⁾.

¹³⁾ Um z. B. „Parlament“ als Institution von konkreten Parlamenten als Institutionen unterscheiden zu können, wird im ersten Fall von Institutionstypen gesprochen.

¹⁴⁾ In der Studentenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen stehen „Kommune“ oder später auch „Dezentrale“ (als grundlegende gesellschaftliche Organisationsform, schon abgeschwächt in der Wohn- oder Landkommune) als Begriff für die vollkommene Durchsetzung eines demokratisch-gemeinschaftlichen Regelungsmusters gesellschaftlicher Ordnung.

¹⁵⁾ Außerdem sind noch die Fälle neuer, aus dem obigen Vierfelderschema herausfallender Regelungsmuster oder gänzlich neu entstehender Regelungsbereiche denkbar.

¹²⁾ Siehe dazu: Cornelia Giebler, *Institutionalisierung der Empörung. Zum Verhältnis von „Bewegung“ und „Institution“ am Beispiel der Frauenforschung*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, (1986) 18, S. 65–81.

III. Die neuen sozialen Bewegungen als Institutionsinnovateure

Ob sich institutionelle Innovationen durch soziale Bewegungen ergeben, hängt auch von den gewählten Strategien ab, eine Bewegung zu stabilisieren und ihre Ziele zu realisieren. Es lassen sich drei Grundformen unterscheiden: Zum einen die Umfunktionierung bzw. Umgestaltung des etablierten Institutionennetzes. Zum zweiten der Aufbau eines eigenen, separierten Netzes von Bewegungsinstitutionen mit entweder universellem (auf Umgestaltung der gesamten Gesellschaft zielenden), exemplarischem (durch das eigene Beispiel überzeugenden) oder partikularem Anspruch (separierte Verwirklichung in eigenen Institutionen) oder nur als Ergänzung des etablierten Institutionensets. Zum dritten die Entinstitutionalisierung als Versuch, jede Strukturbildung zu verhindern und Bewegung allein als fluide Aktivitätsansammlung zu erhalten.

1. Institutionalisierungsstrategien der neuen sozialen Bewegungen

Ein Teil der politischen Impulse der Studentenbewegung mündete in die Formel vom „Marsch durch die Institutionen“, die auf eine demokratische Durchdringung des etablierten Institutionensets zielte. Nicht zuletzt unter dem Eindruck von Radikalerlaß und Berufsverbote, von steckengebliebener Hochschulreform und einer nur geringfügigen Ausdehnung von Partizipationsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen wurden die Grenzen einer derartigen Strategie deutlich. Vorrangig Alternativbewegung und Frauenbewegung¹⁶⁾ bevorzugten ab Mitte der siebziger Jahre den Aufbau eigener, „autonom“ Institutionen¹⁷⁾. Aus der Forderung nach Geschlechterautonomie

bzw. selbstbestimmten Lebensformen ohne Ansätze zu einer direkten Machteroberungspolitik folgte eine Strategie der institutionellen „Dualisierung“. Die Separation der Bewegung von den Zentren politischer und ökonomischer Macht führte zur Bildung von stärker assoziativ-gemeinschaftlichen Institutionen als direkten Gegenstücken zu den jeweils etablierten Institutionen. Dies lief auf eine Verdoppelung des sozialen Institutionennetzes hinaus. Das Experimentieren mit autonomen Institutionen in den vielfältigsten gesellschaftlichen Feldern, die Konzentration auf „Projekte“ war auch Folge des Rückzugs aus der spezialisierten politischen Organisation. Die Autonomieforderung wurde in der Folge zum stärksten Antrieb der institutionellen Erneuerung „von unten“ — durch die sozialen Bewegungen selbst.

Die Strategie der institutionellen Separation erzeugte die Bildung einer Vielfalt von Bewegungsinstitutionen und sich überschneidender Bewegungsinfrastrukturen: Jugendzentren, Frauenzentren, soziokulturelle Zentren, Kultur- und Stadtteilzentren, Schwulenzentren, Lesbenzentren, Altenzentren, Ausländerzentren, Kinderläden, Wissenschafts- und Gesundheitsläden, Öko- und Naturkostläden, freie Schulen, Geschichtswerkstätten, Frauentherapiezentren, alternative Betriebe aller Art, Frauencafes, Szenelokale und alternative Kneipen, Theater-, Film-, Video- und Musikgruppen und -institutionen der einzelnen (Teil-) Bewegungen, Frauen- und Alternativbuchläden, jeweils bewegungsspezifische Verlage und Zeitschriften, ökologische, friedenspädagogische, alternative und Frauenbildungsstätten, Selbsterfahrungs-, Initiativ- und Aktionsgruppen aller Art.

Der Aufbau eigener Einrichtungen folgt jedoch über weite Strecken der institutionellen Differenzierung der Gesellschaft, auch wenn es innerhalb der autonomen Institutionen noch zu einer partiellen Aufhebung von Arbeitsteilung kam. Damit liegt aber nur eine Institutionsinnovation des niedrigeren Grades vor: Auch ein alternativer Verlag ist ein

¹⁶⁾ Zur Charakterisierung der Institutionalisierungsstrategien in den einzelnen neuen sozialen Bewegungen siehe insgesamt: Dieter Rucht, *Institutionalisierungstendenzen der neuen sozialen Bewegungen*, in: Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.), *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen 1983, S. 199–212; Karl-Werner Brand/Detlef Büsler/Dieter Rucht, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Akt. Neuausgabe, Frankfurt—New York 1986; Barbara Riedmüller, *Das Neue an der Frauenbewegung. Versuch einer Wirkungsanalyse der neuen Frauenbewegung*, in: Uta Gerhardt/Yvonne Schütze (Hrsg.), *Frauensituation. Veränderungen in den letzten zwanzig Jahren*, Frankfurt 1988, S. 15–41; Dieter Rucht, *Themes, Logics, and Arenas of Social Movements: A Structural Approach*, in: *International Social Movement Research*, (1988) 1, S. 305–328.

¹⁷⁾ Vgl. Klaus Mischen, „Praktisch unübersichtlich — unübersichtlich praktisch“. Die autonomen Institutionen der

Alternativbewegung, in: Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.), *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt 1989, S. 260–271; Roland Roth, *In und gegen Institutionen. Anmerkungen zur paradoxen Situation neuer sozialer Bewegungen*, in: Wolfgang Luthardt/Arno Waschkuhn, *Politik und Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen*, Marburg 1988, S. 184–203, bes. S. 192 ff.

Verlag, nur herrschen statt bürokratischer Strukturen assoziativ-gemeinschaftliche vor. Insbesondere im Bereich der verschiedenen „Läden“, „Zentren“ und „Häuser“ sind aber auch neue Regelungsformen für neustrukturierte Aufgabenbereiche geschaffen worden, die kein Pendant im etablierten Institutionensystem haben: Prominentestes Beispiel dafür dürften die autonomen Frauenhäuser sein¹⁸⁾. Derartige Innovationen gehen über die bloß alternative Spiegelung gesellschaftlicher Institutionen hinaus.

Eine Zentralinstitution für alle neuen sozialen Bewegungen darf nicht vergessen werden: die Wohngemeinschaften. In ihnen ist zu einem guten Teil die Aufhebung der Trennung von Politik und Privatheit vollzogen worden. Zugleich waren sie das Rückgrat einer vorrangig kommunikativen Vernetzung der ansonsten nur wenig organisierten neuen sozialen Bewegungen und Ersatz für feste Mitgliederorganisationen.

Als *Abschwächung* der Autonomieforderung stellt sich in den achtziger Jahren die Umbildung der Alternativ- zur „Selbsthilfebewegung“ dar. In einer reformorientierten Aufnahme der Bewegungsimpulse bei Abkoppelung von deren utopischen Impulsen wird „Selbsthilfe“ zum gemeinsamen Nenner für fast alle Bewegungseinrichtungen, ebenso wie Anfang der siebziger Jahre die Forderungen der Studentenbewegung in den Begriffen von „Partizipation“ und „Demokratisierung“ eine Abschwächung und reformorientierte Umformung erfuhren.

Gegen eine bloße Abschwächungsvariante einer Strategie autonomer Institutionsbildungen scheint sich zumindest in der Frauenbewegung eine Doppelstrategie der gleichzeitigen Veränderung etablierter Institutionen durch „machtvolle Einmischung“ und des Ausbaus eigener Einrichtungen durchzusetzen¹⁹⁾. Die Alternative von „Autonomie“ oder „Institutionalisierung“ scheint überwindbar zu werden durch die Abstützung der Intervention in den etablierten Institutionen durch den

¹⁸⁾ Zu deren Geschichte vgl. Carol Hagemann-White, Die Frauenhausbewegung, in: Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hrsg.), Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel—Boston—Stuttgart 1983, S. 167—174.

¹⁹⁾ Vgl. dazu die Diskussion über Fortentwicklung und Förderung der Frauenforschung, z. B. Diskussionsbeiträge in der TAZ von Barbara Schaeffer-Hegel/Helga Foster (9. 2. 1989) und Carol Hagemann-White/Karin Hausen (16. 2. 1989); Umfrage unter FrauenforscherInnen in: EMMA, (1989) 5, S. 38 ff., und mehrere Berichte in den Feministischen Studien, (1988) 1; vgl. ferner B. Riedmüller (Anm. 16), S. 36 f.

Druck von außerhalb stehenden Bewegungsinstitutionen²⁰⁾.

Bis auf einige Teile der Ökologiebewegung, die ebenfalls eine Strategie der Bildung autonomer Institutionen einschlagen, zeichnen sich Friedens-, Anti-AKW- und Ökologiebewegung durch ihre vorrangige Politikzentrierung in Kombination mit einer Strategie der Eroberung, Beeinflussung oder Reform der etablierten Institutionen aus²¹⁾. *Institutionsinnovationen* sind daher nur im Bereich politischer Organisation zu erwarten²²⁾. Die Friedensbewegung greift in ihren Strukturen derart ausgiebig auf bestehende Institutionen zurück, daß von ihr kaum institutionelle Neuerungen ausgingen²³⁾.

2. Differenzierungslogik

Zentrale politische Ziele der Studentenbewegung wie eines Großteils der nachfolgenden neuen sozialen Bewegungen waren die Aufhebung der Trennungen bzw. Gegensätze von Produktions- und Reproduktionsphäre, von Leben und Arbeit, von Kopf- und Handarbeit, von Kapital und Arbeit, von Erwerbs- und Hausarbeit, von Privatem und Politischem, von Produzenten und Konsumenten. „Ganzheitlichkeit“ ist das pauschale Signum dieser Trennungs-Gegnerschaft in den neuen sozialen Bewegungen. Die ersten Bewegungsinstitutionen entstehen aus diesen Totalitätsentwürfen und Entdifferenzierungskonzepten; sie widmen sich der Schaffung einer Einheit von Politik, Leben und Arbeit.

Die Bewegungs-, Alternativ- oder Gegeninstitutionen entwickeln sich jedoch zunehmend entlang der Bahnen gesellschaftlich etablierter Differenzierung. Die Bewegungsinstitutionen wiederholen die üblichen Trennungen von Aufgabenbereichen, womit der Innovationsgrad entscheidend sinkt. Dies

²⁰⁾ Beide Wege können aber eine zunehmende Aufspaltung der Bewegungsimpulse in Widerstandsaktionen einerseits, Selbsthilfeaktivitäten und Integrationsansätze andererseits befördern, wobei der Widerstand „unterhalb“ der Ebene sozialer Bewegungen in Formen kurzzeitigen, z. T. gewalttätigen „sozialen Protestes“ bzw. „sozialen Aufruhrs“ verbleibt (Kreuzberger 1. Mai 1987—89, Hafensstraße Hamburg; Sprengel-Fabrik Hannover etc.) und dadurch zunehmend die Unterstützung durch das weitere Feld der sozialen Bewegungen verliert.

²¹⁾ Bei Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt—New York 1987, sind diese strategischen Orientierungen in der typologisierenden Unterscheidung von kultur- und machtorientierten Bewegungen reflektiert.

²²⁾ Siehe Kap. III. 4.

²³⁾ Vgl. Hans-Josef Legrand, Die bundesrepublikanische Friedensbewegung 1979—1988. Entstehung, Verlauf und Wirkungsaspekte einer neuen sozialen Bewegung, in: U. C. Wasmuht (Anm. 17), S. 209—235; Ulrike C. Wasmuht, Friedensbewegungen der 80er Jahre, Gießen 1987.

gilt gleichermaßen für Bewegungsinstitutionen, die Ausdruck einer Separations-Strategie sind, wie für Bewegungsinstitutionen, die eine Strategie der Reform bzw. Eroberung der etablierten Institutionen vertreten. Immer zwingen die eigenen institutionellen Ziele — sei es der Aufbau einer eigenen Infrastruktur oder machteroberungsfähiger Organisationen — zu einer verstärkten Orientierung an bereichsspezifischen Ressourcenproblemen. Aus Betrieben, die als politisches Projekt geplant waren, werden Einrichtungen, die auch dem ökonomischen Unterhalt ihrer BetreiberInnen dienen sollen und sich daher zunehmend „ökonomisieren“²⁴). Sie werden unter Begrenzung des politischen Anspruchs auf die Art des produzierten oder vertriebenen Produkts bzw. die Art der innerbetrieblichen Entscheidungs- und Handlungsabläufe zu ökologischen oder selbstverwalteten genossenschaftlichen Betrieben.

Bewegungsinstitutionen, die derart auf einen Zweck ausgerichtet worden sind, unterliegen den Anforderungen der Mobilisierung einer je nach Funktionsfeld spezifischen zentralen Ressource: ökonomiezentrierte Institutionen müssen vorrangig das Problem der Kapitalmobilisierung lösen, politikzentrierte Institutionen das Problem der Unterstützungsmobilisierung (Mitglieder-, WählerInnen), wissenschaftszentrierte Institutionen das Problem der Mobilisierung von wissenschaftlichem Expertenwissen, öffentlichkeitszentrierte Institutionen das Problem der Mobilisierung öffentlichkeitswirksamer Themen, Ereignisse und Nachrichten.

Doch mit der Ausrichtung der neuen Institutionen auf ein gesellschaftliches Funktionsfeld wird das bereichsspezifische Mobilisierungsproblem zum Nadelöhr für das Überleben der bewegungsnahen Einrichtungen: Im Zuge dieser Orientierung an spezifischen Umwelten können die autonomen Institutionen von Gegeninstitutionen, von Gegenbildern der etablierten und herrschenden Institutionen zu einem Segment des etablierten Systems werden: Aus der Gegen- oder Alternativökonomie wird der Genossenschaftssektor im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ökonomie; aus GegenexpertenInnen und GegenwissenschaftlerInnen werden kritische FachvertreterInnen innerhalb der etablierten wissenschaftlichen Disziplinen; aus „Ge-

genparteien“ werden Parteien, die in den normalen Konkurrenzkampf mit anderen Parteien um Wählerstimmen eintreten.

Über die Errichtung von Bewegungsinstitutionen reproduzieren die neuen sozialen Bewegungen die gesellschaftliche Arbeitsteilung in sich noch einmal. In dem Maße, wie sich die einzelnen Bewegungseinrichtungen aufgrund der Ressourcenproblematik stärker an ihrem gesellschaftlichen Gegenüber als an anderen Alternativinstitutionen orientieren, treten verstärkt Interessengegensätze innerhalb der Bewegungen zwischen ökonomie-, politik-, kultur- oder wissenschaftszentrierten Gruppen auf, die sich bis zum Verlust der Bewegungsidentität zuspitzen können.

Die wachsende Konkurrenz zwischen den Bewegungsinstitutionen eines Funktionsbereiches wird sichtbar an Konzentrationsprozessen, die mit dem Bedeutungsverlust älterer Bewegungseinrichtungen einhergehen: Zunehmend dominieren leistungsfähige Finanzierungsinstitutionen den Sektor alternativer Ökonomie, wird die gerade zehn Jahre alt gewordene „tageszeitung (taz)“ zum realitätsprägenden Massenmedium im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen²⁵), wird das politische Feld von der Partei Die GRÜNEN bestimmt bzw. von spezialisierten Verbänden und Organisationen wie dem BUND oder Greenpeace.

Die Bedeutung der Netzwerk-Selbsthilfe-Initiativen (Erstgründung 1978 in Berlin) als Fremdkapitalbeschaffer nimmt zum Beispiel im Zuge des Ausbaus professioneller Finanzierungsinstitutionen wie der Ökobank (1988), der Haftungsassoziation (1985), aber auch angesichts staatlicher Förderungsmaßnahmen alternativer Betriebe bzw. Projekte deutlich ab²⁶). Mit der im Mai 1988 eröffneten Ökobank ist das bisher weitreichendste ökonomische Projekt aus der Alternativ- und auch Friedensbewegung hervorgegangen. Zum ersten Geburtstag konnte die Ökobank bereits eine Bilanzsumme von 40 Millionen DM und ein Eigenkapital von ca. zehn Millionen DM aufweisen bei 16 000 GenossenschaftlerInnen und nur 15 MitarbeiterInnen in

²⁵) Zu Konzentrationsprozessen bei öffentlichkeitszentrierten Institutionen vgl. Karl-Heinz Stamm, *Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*, Frankfurt—New York, bes. S. 241 ff.

²⁶) Das seit mehreren Jahren bei ca. 1 Mio. DM stagnierende Finanzvolumen sowie die abnehmende Mitgliederzahl lassen den Weg der Finanzierung von Alternativprojekten über Spenden zunehmend bedeutungslos werden.

²⁴) Vgl. Burkhard Bluem/Frank Heider/Margreth Mevissen, *Selbstverwaltete Betriebe: Ein Beitrag zur Institutionalisierung sozialer Bewegungen*, in: Stiftung Die Mitarbeit (Hrsg.), *Institutionalisierungsprozesse sozialer Protestbewegungen. Beiträge einer Tagung*, Bonn 1988, S. 29—45.

Frankfurt²⁷). Zum Vergleich: Die Netzwerke haben in knapp zehn Jahren nur sieben Millionen DM verteilen können²⁸).

Ein weiteres Beispiel ist der Bedeutungsverlust des sich auf das gesamte thematische Spektrum der Ökologie- und später auch der Friedensbewegung beziehenden Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) als Dachverband der Bürgerinitiativen²⁹). An seine Stelle treten in den letzten Jahren zentralisiertere Umweltverbände sowie neuere, thematisch spezialisierte Verbände wie z. B. im Verkehrsbereich der „Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club“ oder der „Verkehrsclub der BRD (VCD)“. Am Ende dieses Prozesses der Angleichung an die gegebene gesellschaftliche Arbeitsteilung und Funktionsgliederung bei bewegungsinterner Konzentration steht nicht „Institutionalisierung“, sondern genauer: die Reetablierung des bereits vorherrschenden Institutionstyps, so daß die vormalige Bewegungsinstitution zu einer bloßen Variante bestehender Institutionen herabgedrückt wird. Betrachten wir dazu im folgenden zwei Felder gesondert:

3. Wissenschaftszentrierte Institutionen

Der Aufbruch zu autonomen wissenschaftlichen Einrichtungen kann von unterschiedlichen Graden der „Überwindung“ herrschender Wissenschaft motiviert sein. Aber nicht so sehr die Suche nach einem Paradigma „Alternativer Wissenschaft“³⁰ und nach dem angemessenen Alternativitätsgrad³¹ prägte die Institutionsentwicklung, als vielmehr der Wille, in eigenen Forschungseinrichtungen ver-

nachlässigte Themen bearbeiten zu können, um als wissenschaftliche GegenexpertInnen in politischen Auseinandersetzungen auftreten zu können.

Während die Friedensforschung sich bereits weit vor der Friedensbewegung etabliert hatte und staatlich gefördert wird³²), die ökologische Forschung durch die Ökologiebewegung aufgegriffen und verstärkt worden ist, entwickelte sich die feministische Frauenforschung Mitte der siebziger Jahre weitgehend aus der autonomen Frauenbewegung heraus³³). Die Frauenforschung z. B. steht momentan vor dem Problem der weiteren institutionellen Verankerung innerhalb wie außerhalb des universitären Betriebs. Von „Lila Listen“ als Sonderförderungstöpfe für Frauenforschung über ein Zentralinstitut für Frauenforschung in Bonn bis hin zur Forderung nach der Hälfte aller Forschungsmittel durch Eroberung der Vergabeinstitutionen (DFG) reicht die Palette der Forderungen.

Bereits 1980 wurde die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) gegründet, in der zur Zeit 91 ökologische Institute und Beratungsfirmen zusammengeschlossen sind. Die bekannteste der autonomen Umweltforschungseinrichtungen ist wohl immer noch das Öko-Institut Freiburg³⁴), dessen Bewegungskarakter durch die Vielzahl von Gutachten für staatliche Instanzen und politische Organisationen in Frage gestellt ist³⁵).

Fragt man nach dem institutionellen Innovationscharakter dieser autonomen Einrichtungen von Umwelt- und Frauenforschung, so kann zunächst

²⁷) Dabei tritt bereits die Funktion als Finanzierungsinstanz von Alternativprojekten aller Art in den Hintergrund. Und dies nicht nur durch die Auflage, 90 Prozent des Kreditvolumens an Initiativen aus dem Frankfurter Raum zu vergeben, sondern auch durch hohe Zinsforderungen und strikte Handhabung von Wirtschaftlichkeits- und Sicherheitsnachweisen, so daß von den in speziellen Fonds-Sparbriefen mit erniedrigtem Zinssatz angelegten 11,5 Mio. DM bisher nur ein geringer Teil (nach Angaben der TAZ vom 2. 5. 1989: 3,05 Mio. DM) an Projekte vergeben worden sind.

²⁸) Vgl. Jürgen Sosna, Netzwerk-Selbsthilfe: Eine Idee koordinierender Projektarbeit verändert sich, in Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt—New York 1987, S. 204—219, bes. S. 205.

²⁹) Vgl. Markus Kaczor, Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in: Stiftung Die Mitarbeit (Anm. 24), S. 16—28.

³⁰) Die Hoffnungen, „Ökologie“ bzw. Ökosystemforschung könne ein solches sein, blieben unerfüllt, dazu: Wolfgang van den Daele, Der Traum von der ‚alternativen‘ Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, (1987) 6, S. 403—418.

³¹) In der Frauenbewegung wird die Differenz zwischen „Alternativer Wissenschaft“ und „Alternative innerhalb der gegebenen Wissenschaft“ auch in den Begriffen von „feministischer Wissenschaft“ und „Frauenforschung“ reflektiert.

³²) Vgl. Egbert Jahn, Friedensforschung und Friedensbewegung, in: Reiner Steinweg (Hrsg.), Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung, Frankfurt 1982, S. 146—165.

³³) Seit der ersten Sommeruniversität für Frauen in Berlin 1976 sind in einer Vielzahl von Forschungen verschüttete Erfahrungen von Frauen zugänglich gemacht, Frauenunterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen beschrieben und eine Herrschaftskritik des Patriarchats entwickelt worden. Autonome Frauenforschungsinstitutionen wie das Frauen-Forschungs-, Bildungs- und Informationszentrum Berlin, die Frauenakademie München, das Feministische Interdisziplinäre Forschungszentrum Frankfurt etc. haben sich bereits in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

³⁴) Vgl. Klaus Müschen, Institutionalisierungsprozesse im Wissenschaftsbereich: Das Öko-Institut, in: Stiftung Die Mitarbeit (Anm. 24), S. 3—15.

³⁵) Neben den autonomen Forschungseinrichtungen sind auch Institutionen der Wissenschaftsvermittlung im Umkreis der sozialen Bewegungen entstanden: Die aus den Niederlanden übernommene Idee von „Wissenschaftsläden“ als Vermittler wissenschaftlichen Wissens von den Universitäten an interessierte Bürger und Initiativgruppen ist seit 1981 in mittlerweile 28 Läden in der Bundesrepublik realisiert, von denen einige autonome Vereine, andere der Universität angegliederte Institutionen sind.

auf den bloß ergänzenden Charakter hingewiesen werden: Neben verbands- oder parteinahe Forschungsinstitute tritt nur die Variante bewegungsnaher Institute. Von weitreichenderer Bedeutung ist allerdings die Institutionalisierung von Gegenexperten, die im Gefolge der neuen sozialen Bewegungen eine neue Qualität erhält. Ließ sich die in der Arbeiterbewegung entwickelte Differenz von bürgerlicher und proletarischer Wissenschaft im etablierten Wissenschaftsbereich noch relativ mühelos in die Gegenüberstellung von Wissenschaft und Parteilichkeit verwandeln, so wird nunmehr eine innerwissenschaftliche Anerkennung der Alternativen als wissenschaftlicher Gegenexpertise erzwungen. Bewegungsnaher Forschungsinstitute werden so zu Beförderern der Institutionalisierung einer in sich pluralisierten Wissenschaft.

4. Politikzentrierte Bewegungsinstitutionen und Veränderungen im politischen Vermittlungssystem

Die sozialen Bewegungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (liberale, demokratische und nationale Bewegung) waren Motoren der Entfaltung politischer Öffentlichkeit, eines politischen Vereinswesens und schließlich auch der Herausbildung von Parteien und Verbänden. Sie erst schufen ein Feld der „Vermittlung“ zwischen einer Gesellschaft der Privatleute und dem Staat. Die dominierenden Bewegungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Arbeiterbewegung und die konservative Bewegung formten die bereits in ersten Ansätzen entwickelten Organisationsformen von Parteien und Interessenverbänden zu bürokratisch-hierarchischen Massenorganisationen aus. Waren die politischen Vermittlungsorganisationen vorher vom Typus des formalisierten, aber nur gering hierarchisch und arbeitsteilig strukturierten Vereines gekennzeichnet, so wird nunmehr die bürokratische, dem modernen Staate nachgebildete Anstalt zum Organisations-Ideal.

Das Spektrum der Institutionen im politischen Vermittlungsbereich hat sich durch die neuen sozialen Bewegungen entscheidend verbreitert. Neben den traditionellen politischen Vereinen, den Parteien und Interessenverbänden sind mit den Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen neue Formen kurzfristiger orientierter, meist nur wenig formalisierter und thematisch eingeschränkter politischer Organisation und Institution entstanden, mit Bewegungsunternehmen wie „Greenpeace“ dagegen auch neue Formen hierarchisch-effizienzorientierter politischer Organisation.

Versammlungdemokratische Strukturen (institutionalisierte Konferenzen wie die Atommüllkonferenz, Vollversammlungen³⁶⁾, Bürgerinitiativen bzw. Initiativ- oder Aktionsgruppen sind die Verkörperungen der assoziativ-gemeinschaftlichen Erneuerung des politischen Organisationswesens durch die neuen sozialen Bewegungen. Aber mit dem Rückgriff auf die Institutionsform der Partei (Die GRÜNEN) haben sich Fragen ergeben, ob nicht eine Verdrängung und Rücknahme dieser institutionellen Neuerungen durch Zentralisierung der politischen Aktivitäten in einer von der Bewegung doch immer distanzierten Partei eintritt.

Daneben sind Veränderungen im Verbandssektor weithin undiskutiert geblieben. Aus den Zusammenschlüssen von Selbsthilfe- und Initiativgruppen bilden sich zunehmend neue, dezentral-organisierte Varianten des Institutionstyps Interessenverband. Eine Vielzahl dieser „neuen Verbände“ vertritt bisher als nicht-organisierbar oder nicht-konfliktfähig geltende Interessen. Dieser in der Politikwissenschaft — bis auf die Umweltverbände³⁷⁾ — wenig beachtete Sektor „neuer Verbände“ auf Bundesebene erstreckt sich auf die Organisation im Bereich der zentralen Themen von Alternativ-, Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung, erfaßt aber auch die kleineren Bewegungen (Schwulen- und Lesbenbewegung, Eltern-, Alten-, Behindertenbewegung, Gesundheitsbewegung etc.)³⁸⁾.

Einen neuen Typus der politikzentrierten bewegungsnahen Institution, der aus dem üblichen Muster der neuen sozialen Bewegungen jedoch herausfällt, stellen Organisationen wie „Greenpeace“³⁹⁾ dar. In Anlehnung an die amerikanische Bewegungsforschung⁴⁰⁾ sollen sie als „Bewegungsunternehmen“ bezeichnet werden. Nicht die Gewinnorientierung ist dabei ausschlaggebend für die Zu-

³⁶⁾ Vgl. dazu: Winfried Kretschmer/Dieter Rucht, Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage, Gruppen, Organisationen, Netzwerke, in: R. Roth/D. Rucht (Anm. 28), S. 134—163.

³⁷⁾ Vgl. Dieter Rucht, Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: R. Roth/D. Rucht (Anm. 28), S. 238—260; Ulrich von Alemann, Organisierte Interessen in der Bundesrepublik, Opladen 1987.

³⁸⁾ Eine Übersicht bietet Hartmut Krebs, Selbsthilfe-Netze. Über 200 Zusammenschlüsse von Selbsthilfe- und Initiativgruppen, Essen 1988; vgl. ferner Fritz Vilmar/Brigitte Runge, Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, Essen 1988; dies., Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt 1988.

³⁹⁾ Vgl. Jochen Reiss, Greenpeace. Der Umweltmulti — Sein Apparat, seine Aktionen, Rheda-Wiedenbrück 1988.

⁴⁰⁾ Vgl. John D. McCarthy/Mayer N. Zald, The Trend of Social Movements in America. Professionalization and Resource Mobilization, Morristown 1983.

weisung des Begriffs „Unternehmen“. Vielmehr werden eine professionelle arbeitsteilige Organisation und hierarchisch-zentralistische Entscheidungsstrukturen⁴¹⁾ eingesetzt, um in direkten Aktionen Bewegungsziele durchzusetzen.

Eine bedeutsame Entwicklung stellt darüber hinausgehend die *Institutionalisierung von „sozialer Bewegung“* als politisch-kollektiver Handlungsform dar. „Bewegung“ ist nicht länger stigmatisiert durch die faschistischen Bewegungen und/oder durch die kommunistische Arbeiterbewegung, sondern kann

als normale und dauerhafte Einrichtung im politischen System der Bundesrepublik gelten. Spätestens seit den Zeiten der Studentenbewegung sind soziale Bewegungen ein immer gegenwärtiges Element bundesdeutscher Innenpolitik, gibt es eine Kontinuität von Bewegungspolitik bei wechselnden Themen und Bewegungsträgern. „Soziale Bewegung“ und „Bewegungspolitik“ werden neben Parteien und Verbänden zu einer grundlegenden politischen Vermittlungsform, erhalten eine Eigenidentität jenseits der konkreten Bewegungen und werden somit Institution⁴²⁾.

IV. Staatliche Institutionsinnovationen

Institutionsveränderungen in den von Bewegungen attackierten Bereichen staatlicher Politik sind den neuen sozialen Bewegungen keineswegs umstandslos als „Wirkung“ zuzurechnen. Es bedürfte einer genauen Aufschlüsselung der komplexen Machtkonstellationen und intensiver Untersuchungen, um die Wirkmächtigkeit von Bewegungen in Differenz zu der anderer kollektiver Akteure zu bestimmen⁴³⁾. Der vorläufige Befund für die Bundesrepublik ergibt: Das staatliche Institutionenset von parlamentarisch-repräsentativer Demokratie, Mehrheitsprinzip, Dominanz des bürokratisch-administrativem Apparat etc. ist trotz theoretischer und praktischer Kritik aus dem Umkreis der Bewegungen ohne grundlegende Neuerungen beibehalten worden. Trotz der massiven Kritik an einer repräsentativ-parlamentarischen Politik und Entscheidungen auf der Basis eines einfachen Mehrheitsprinzips⁴⁴⁾ bei Entscheidungsmaterien mit irreversiblen oder äußerst langfristigen Wirkungen wurden Partizipationsforderungen wie die Einführung von Volksabstimmung und Referenden abgewehrt.

Überhaupt lassen sich seit Mitte der siebziger Jahre keine wesentlichen Erweiterungen der institutionellen Partizipationsmöglichkeiten – auch nicht auf kommunaler Ebene⁴⁵⁾ – feststellen. Dagegen kommt es zur Herausbildung von neuen Politikfeldern mit dem üblichen und wenig innovativen Institutionenset. Über die Ausdifferenzierung von Ausschüssen, Kommissionen, Ämtern, Ministerien und Beauftragten für Umwelt- bzw. Frauenfragen sowie für Alternativkultur und selbstverwaltete Betriebe werden die Themen der neuen sozialen Bewegungen institutionell „bewältigt“.

Im *Umweltbereich*⁴⁶⁾ setzten die politisch-administrativen Veränderungen bereits 1969 mit der Bildung einer umweltpolitischen Abteilung im Innenministerium ein, auf Länderebene wurden die ersten Umweltministerien (jedoch in Kombination mit anderen Kompetenzfeldern, meist Landwirtschaft) zwischen 1970 und 1974 gebildet. Die ersten „reinen“ Umweltministerien auf Länder- bzw. Bundesebene entstanden erst nach 1985, die parlamentarische Ausdifferenzierung von Umweltausschüs-

⁴¹⁾ Der Ende 1980 gegründete bundesdeutsche Ableger von Greenpeace International beschäftigt 1989 in seiner Zentrale 65 Festangestellte, vertreibt vierteljährlich ein Mitglieder-magazin in einer Auflage von 600 000 Exemplaren und verfügte 1988 über einen Etat von 35 Mio. DM. Ein prominent besetzter ehrenamtlicher Vorstand kontrolliert die zweiköpfige Geschäftsführung von Greenpeace. Er wird allein von 25 vollberechtigten aktiven Mitgliedern gewählt, die an den überregionalen und internationalen Aktionen teilnehmen. Die 380 000 Fördermitglieder dagegen sind an den Entscheidungen nicht beteiligt, können sich aber in einer der 40 Kontaktgruppen in der Bundesrepublik engagieren.

⁴²⁾ Vgl. zu dieser These Frank Nullmeier/Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen, I: Grundlagen und historischer Überblick*, Fernuniversität Hagen 1988, S. 19 ff., und Roland Roth, *Entgrenzung von Politik? Zur Bilanzierung der institutionellen Effekte neuer sozialer Bewegungen*, Vortragsmanuskript 1988.

⁴³⁾ Jens Alber hat einen derartigen Versuch für das Verhältnis von sozialpolitischer Entwicklung und Arbeiterbewegung vorgelegt: *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa*, Frankfurt—New York 1982.

⁴⁴⁾ Vgl. dazu Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel*, Opladen 1984.

⁴⁵⁾ Vgl. Oscar W. Gabriel, *Politische Partizipation und kommunale Politik. Strukturen, Bestimmungsfaktoren und Folgen kommunalpolitischer Partizipation*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/88, S. 3—20.

⁴⁶⁾ Siehe zum folgenden zusammenfassend: Markus Kaczor, *Institutionen in der Umweltpolitik*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, (1989) 3 (erscheint demnächst); Edda Müller, *Innenwelt der Umweltpolitik. Sozialliberale Umweltpolitik — (Ohn)macht durch Organisation?*, Opladen 1986.

sen erfolgte in der Regel früher. Die Hochphase der Ökologiebewegung zwischen 1974 und 1980 war dagegen von keinerlei Wandlungen im staatlichen Institutionenset begleitet. Als direkte Reaktion auf die Gefahr des Wiederauflebens der Anti-AKW- und Ökologiebewegung kann die Einrichtung des Bundesumweltministeriums 1986 kurz nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl gelten⁴⁷⁾.

Im politisch-administrativen System fanden die Forderungen der *Frauenbewegung* bis zum Ende der siebziger Jahre keinen institutionellen Widerhall. Erst ab 1979 setzte eine Welle der Einrichtung von Gleichstellungsstellen, Frauenbüros und Frauenbeauftragten ein bei zunehmender Ausdifferenzierung von Frauenpolitik als einem institutionell gesonderten Politikfeld mit dem vorläufigen Höhepunkt der kompetenzmäßigen Aufwertung der Frauenpolitik im neubenannten Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit 1986⁴⁸⁾. Jedoch erst eine generelle Quotierung als Einschränkung des Mehrheitsprinzips würde eine neue Qualität institutionell-prozeduraler Gestaltung von Politik unter frauenpolitischen Gesichtspunkten bedeuten.

Insbesondere im *Sozialbereich* wanderte eine Vielzahl der autonomen Bewegungsinstitutionen in den letzten Jahren auf einem gedachten Kontinuum von privaten, staatsfreien Einrichtungen bis zu bürokratischen Zentren staatlicher Verwaltung in das bereits staatsbeeinflusste Zwischenfeld ein. Die Subventionierung von Alternativbetrieben und Selbsthilfeprojekten (insbesondere Frauenhäuser, Kulturzentren, Sozialdienstleistungsgruppen, Wohnprojekte, selbstverwaltete Betriebe) bildet über Auflagen zur Rechnungslegung und Kontrolle der öffentlichen Mittelverwendung häufig den Anfang einer größeren Staatsabhängigkeit. Wo die finanzielle Förderung alternativer Einrichtungen von Entscheidungsgremien geleitet wird, in denen die Selbsthilfegruppen oder Genossenschaftsbetriebe neben der staatlichen Verwaltung formell vertreten sind, bilden sich erste „alternativkorporatistische Institutionen“ heraus, deren Bedeutung angesichts des niedrigen Finanzvolumens der Fördermaßnahmen zwar in keinerlei vergleichbarem Verhältnis zu den korporatistischen Arrangements zwischen Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften

steht. Die Bewegungsinstitutionen rücken zudem in die Rolle von nicht-staatlichen Organisationen mit der Funktion staatlicher Aufgabenerledigung ein, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik⁴⁹⁾, woraus sich jedoch in Zukunft neue Arten „weicher“ staatlicher Verwaltung entwickeln könnten.

Fazit: Die staatlich-institutionellen Veränderungen gingen im umweltpolitischen Bereich dem Entstehen einer Ökologiebewegung zu einem großen Teil voraus, während in der Frauen- und Sozialpolitik die Institutionsumbauten durchaus als staatliche Reaktion auf Bewegungspolitik verstanden werden können. Das paradoxe Ergebnis dieses noch sehr vorläufigen Blicks auf die politisch-institutionellen Veränderungen in den siebziger und achtziger Jahren lautet, daß die stärker autonomistisch und anti-institutionalistisch eingestellten Bewegungen, die Frauen- und die Alternativbewegung, nicht nur eine Vielzahl von innovativen Bewegungsinstitutionen gegründet haben, sondern – direkt oder indirekt – auch weitreichendere Erfolge bei institutionellen Reformen im etablierten politischen System erzielt haben.

Nicht zuletzt ist dies ein Erfolg der Doppelstrategie von antiinstitutionellem Widerstand und der Reform- und Integrationsstrategie von bewegungsnahen Frauen in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, bzw. „intermediären“ Personen zwischen Alternativ- und Normalkultur. Diese Erfahrung wie auch die verstärkte Ausrichtung der Bewegungsinstitutionen auf Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen lassen nicht erwarten, daß die Thesen einer „Entgrenzung der Politik“ bzw. des Bedeutungsgewinns einer nicht-staatlichen „Subpolitik“⁵⁰⁾ die Entwicklungstendenzen zureichend deuten. Die durch die neuen sozialen Bewegungen in den siebziger und frühen achtziger Jahren entfaltenen Gegen-Öffentlichkeiten haben vielmehr vopolitische Entscheidungsmonopole in Wissenschaft, Technik wie auch im „Privatem“ (= Geschlechterverhältnisse, Hausarbeit, Familienstrukturen etc.) aufgebrochen, mit (gelebten) Alternativen konfrontiert und sie dadurch erst einer politischen und staatlich-institutionellen Reform geöffnet. Die autonomen Bewegungsinstitutionen sind die Avantgarde von Politisierungsprozessen

⁴⁷⁾ Diese Reaktionsform ist aber sicherlich auch zu einem wesentlichen Teil vermittelt über die parteipolitische Konkurrenz der GRÜNEN.

⁴⁸⁾ Vgl. Marianne Weg/Otti Stein (Hrsg.), *Macht macht Frauen stark. Frauenpolitik für die 90er Jahre*, Hamburg 1988; Institut Frau und Gesellschaft (Hrsg.), *Kommunale Gleichstellungsstellen*, (1987) 3.

⁴⁹⁾ G. F. Schuppert (Anm. 10), S. 5, spricht hier von „Sozialen Bewegungs-NGOs“, wobei NGO für „Non-Governmental Organizations“ steht. Siehe dazu: Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), *Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe: Bedingungsanalysen sozialpolitischer Intervention*, München 1987.

⁵⁰⁾ Vgl. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt 1986, S. 300 ff.

und tragen selbst ein kleines Stück dazu bei, staatliche Institutionen in diese Felder vordringen zu lassen. Bewegungen, zur Rettung der „Lebenswelt“ gegen ihre „Kolonialisierung“⁵¹⁾ angetreten, wirken als Motoren institutioneller Politisierung vormalig privat in Ehe, Familie und Verwandtschaft geregelter Aufgaben. Sobald sich die autonomen Bewegungsinstitutionen auf den Weg der Integration begeben, können staatliche Institutionalisierungen in diese Felder „nachrücken“ und einen Schub der Verrechtlichung und Verstaatlichung „lebensweltlicher“ sozialer Beziehungen einleiten

ten⁵²⁾ — bei allerdings weniger autoritären, „weiche“ staatlichen Eingriffsformen. Der Versuch, die Trennung von Politik und Privatem aufzuheben, könnte dann selbst noch Teil einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“ werden oder aber einer demokratischen Umstrukturierung bisher hierarchisch und patriarchalisch strukturierter Lebenswelten. Die Entscheidung darüber hängt davon ab, welche institutionellen Grundformen sich im Prozeß staatlichen Vordringens in Zukunft bei einer doch merklich gesunkenen Präsenz von sozialen Bewegungen durchsetzen können.

V. Eine neue Stufe staatlicher Entwicklung?

Versucht man den Faden staatlicher Entwicklung⁵³⁾ in Westeuropa vom Nationalstaat über den Rechts- und Verfassungsstaat, den demokratischen Staat sowie den Sozial- und Wohlfahrtsstaat weiterzuspinnen, so sind bisher vor allem die Begriffe „Ökologie“, „Natur“ und „Kultur“ als Symbolisierungen staatlich-institutioneller Neuerungen vorgeschlagen worden. Vom Aufkommen eines „Naturstaatsprinzips“⁵⁴⁾ oder von einer „ökologischen Variante des Wohlfahrtsstaates“⁵⁵⁾ als nächster Stufe staatlich-institutioneller Entfaltung zu sprechen, verkürzt die institutionellen Entwicklungen auf den Umweltbereich. Die Ansätze zur Sicherung pluraler kultureller Lebensweisen und zur Verwirklichung des Gleichheitspostulats zwischen den Geschlechtern werden bei einer derartigen Charakterisierung vernachlässigt. Die aktuelle Formel von der „Kulturgesellschaft“⁵⁶⁾ oder vom „Kultur-

staat“⁵⁷⁾ scheint dagegen auf die letztgenannten Fälle zu passen, trägt aber die Vieldeutigkeiten des Kulturbegriffs⁵⁸⁾ in sich und vernachlässigt mit der Konzentration auf die kulturellen Bedürfnisse und Rechte der Bürger die „Überlebensfragen“. Vielleicht muß man aus dieser Kultur-Natur-Konfrontation heraustreten, um die potentielle staatliche Entwicklung in einer Richtung verorten zu können, die einen veränderten Umgang mit der Natur ebenso einschließt wie kulturelle Pluralisierung.

Die besondere Leistung der neuen sozialen Bewegungen ist es zweifellos, die Wert- und Wissensmonopole einer prosperierenden Industriegesellschaft erfolgreich angegriffen zu haben. Wissenschaft und Technologie (darunter auch Sozialtechnologien) sind weder als Träger wahren Wissens noch als Träger der Werte von Leistung und Effizienz mehr unangefochten. Die Privatsphäre gilt nicht länger als Hort unpolitischer Genügsamkeit und gültiger Werte. Die Autorität der Experten ist ebenso in Frage gestellt worden wie die Autorität der in Kirche, Familie, Ehe oder Moral aufbewahrten traditionellen Werte. Die Wissens- und Wertpluralisierung durch die neuen sozialen Bewegungen stellt das staatliche Institutionennetz vor die Aufgabe, auch auf diesen Feldern zu intervenieren, um die eigene Stabilität zu sichern. Soweit dabei Institutionen derart umgestaltet werden, daß neue Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, wird die „traditionelle“ Demokratisierung auf dem Felde der politischen und sozialen Rechte durch

⁵¹⁾ Die Begrifflichkeit wird hier in Anlehnung an Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt 1981 verwendet; siehe die Adaptation in der Bewegungsforschung: Lothar Rolke, *Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs*, Opladen 1987.

⁵²⁾ Auch hierin könnte ein Teil der politischen Aktualität des „Neuen Institutionalismus“ und der erneuerten „Staatsdiskussion“ in der Politikwissenschaft liegen. Zum Zusammenhang beider vgl. Wolfgang Fach/Edgar Grande, *Die Ambivalenz politischer Institutionen. Überlegungen aus Anlaß der politikwissenschaftlichen Wende zum „Neuen Institutionalismus“*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, (1988) 4, S. 373–389.

⁵³⁾ In der Nachfolge von T. H. Marshall, *Citizenship and Social Class. And Other Essays*, Cambridge 1950.

⁵⁴⁾ Jochen Vogel in einem Spiegel-Interview, (1987) 25, S. 32.

⁵⁵⁾ U. Beck (Anm. 50), S. 366 ff.

⁵⁶⁾ Vgl. Karla Fohrbeck/Andreas Wiesand, *Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft? Kulturpolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989.

⁵⁷⁾ Vgl. Rainer Walther, *Wohlfahrtsstaat und Kulturstaat*, in: Karl Theodor Schuon (Hrsg.), *Politische Theorie des Demokratischen Sozialismus. Eine Einführung in die Grundelemente einer normativ-kritischen Theorie demokratischer Institutionen*, Marburg 1986, S. 139–147.

⁵⁸⁾ Vgl. dazu Herbert Schnädelbach, *Kritik der Kompensation*, in: *Kursbuch*, (1988) 91, S. 35–45, bes. S. 41 f.

eine Wert- und Wissensdemokratisierung weitergeführt.

„Wertdemokratie“ fordert die Demokratisierung von Entscheidungen über grundlegende Wertsetzungen, die das Zusammenspiel einer Gesellschaft pluraler Lebensstile, unterschiedlichster Lebensweisen und kultureller Herkünfte regeln können. „Wissensdemokratie“ fordert die Demokratisierung der Forschungs- und Technologiepolitik, der Entscheidungen über Technikentwicklung und Technikanwendung wie auch die Demokratisierung der politischen Bewertung unterschiedlichen oder gegensätzlichen wissenschaftlichen Wissens. Gerade die demokratische Strukturierung von Wissenschaft und Technikentwicklung steckt allerdings noch in den Anfängen. Weder konnte bisher eine Institution zur Technologiefolgenabschätzung auf Bundesebene errichtet werden⁵⁹⁾, noch finden sich

Beispiele der Institutionalisierung kontroverser, öffentlich-wissenschaftlicher Diskussion statt der bisher in exklusiven Sachverständigen Gremien beherbergten wissenschaftlichen Politikberatung⁶⁰⁾. Ebenso fehlt bisher eine institutionalisierte Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen (z. B. über den Betriebsrat) bei der betrieblichen Einführung neuer Technologien⁶¹⁾. Trotz dieser Fehlanzeigen steht die institutionelle Umgestaltung bisheriger Entscheidungsmonopole im Bereich der Technik-, Wissenschafts- und Forschungsentwicklung zusammen mit der Demokratisierung grundlegender Wertentscheidungen an erster Stelle der durch die Bewegungen langfristig mitbedingten staatlich-institutionellen Innovationen. Aber selbst wenn es zu einer derartigen Demokratisierung nicht kommen sollte, wird als ein weiteres längerfristiges Ergebnis der Bewegungen ein generell veränderter Umgang mit Institutionen zurückbleiben.

VI. Institutionsflexibilisierung und Institutionenmanagement

Institutionen galten vormals als „gewachsen“, als weder zweckgerichtet herstellbar noch abschaffbar. Auch heute wird die Unterscheidung von Institution und Organisation auf den Gegensatz von tradierter Praxis einerseits und Setzung andererseits, von historisch dauerhafter Gegebenheit und zweckrational motivierter (Ab-)Schaffung gegründet⁶²⁾. Institutionenkritik kann bei dieser Begriffsbestim-

mung nur als radikaler Bruch mit allem historisch Gewachsenen auftreten.

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der neuen sozialen Bewegungen kommt es jedoch zu einer nüchterneren Sicht auf Institutionen aller Art. Zu jeder etablierten Institution gibt es bereits realisierte Varianten oder Alternativen. Keine Institution kann sich noch auf ihre Unveränderbarkeit berufen. Die neuen sozialen Bewegungen haben entscheidend zu einer Pluralisierung des institutionellen Gefüges der Gesellschaft beigetragen, ohne daß es zu revolutionsartigen Wandlungen gekommen wäre. Die Institutionspluralisierung und -flexibilisierung verbleibt unterhalb des Niveaus einer entscheidenden Gefährdung gesellschaftlicher und politischer Stabilität. Zunehmend erscheinen Institutionen auch bei den politischen Eliten als veränderbar, gezielt wählbar und (ab)schaffbar. Je nach (politischer) Situation können Institutionen modifiziert, variiert oder neu geschaffen werden. Sie haben ihren Status als „heilige Kühe“ innerhalb einer sich modernisierenden und selbst das bereits Modernisierte umgestaltenden Gesellschaft verloren. Das sakrosankte institutionelle Gefüge der Industriegesellschaften wird der Dauerprüfung und Dauerrevision ausgesetzt — situationsgerechtes und von Zwecksetzungen zwischen Effizienz und sozialer Gleichheit geleitetes Institutionenmanagement rückt an die

⁵⁹⁾ Siehe als Übersicht zu den institutionellen Gestaltungsmöglichkeiten: Carl Böhrer/Peter Franz, Technologiefolgenabschätzung. Institutionelle und verfahrensmäßige Lösungsansätze, Frankfurt—New York 1982; Meinolf Dierkes u. a. (Hrsg.), Technik und Parlament. Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen, Berlin 1986, sowie den Bericht der Bundestags-Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen, Gestaltung und Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“, Bundestags-Drucksache 10/5844 vom 14. 7. 1986.

⁶⁰⁾ Zu möglichen institutionellen Veränderungen der öffentlichen Diskussion von Wissenschafts- und Technologiepolitik siehe die Zusammenstellung bei Klaus Michael Meyer-Abich, Wissenschaft für die Zukunft. Holistisches Denken in ökologischer und gesellschaftlicher Verantwortung, München 1988, S. 161—172.

⁶¹⁾ Siehe dazu die Ergebnisse eines Vergleichs innerhalb der EG bei Dieter Fröhlich/Dieter Fuchs/Hubert Krieger, Technischer Wandel und Arbeitnehmerbeteiligung in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/89, S. 35—47.

⁶²⁾ Vgl. Christoph Deutschmann, Was erklärt die Transaktionskostenanalyse? Einige soziologische Bemerkungen zur Unterscheidung von ‚Institution‘ und ‚Organisation‘, in: Günther Schmid/Christoph Deutschmann/Gernot Grabher, Die neue institutionelle Ökonomie, WZB-discussion papers FS I 88—14, (1988), S. 55—66.

Stelle von bewahrender Institutionenpflege und -tradierung⁶³⁾.

Auch als Reaktion auf die geringe Stabilitätsbedrohung durch Institutionspluralisierung geht in der sozialwissenschaftlichen Debatte die Vermutung von Stabilität und Unabänderlichkeit von „Institutionen“ auf „Funktionssysteme“ über. Die nach eigenen Funktionslogiken arbeitenden Systeme von Ökonomie, Politik, Wissenschaft, Recht, Erziehung etc. erscheinen nunmehr als die Grundstrukturen und Garanten der Moderne. Während einzelne Institutionen austauschbarer werden, gilt die funktionale Differenzierung, die gesellschaftliche Vorherrschaft der Funktionssysteme als unaufgeb-

bar und unabänderlich. Der Frage, wie durch erhöhte Veränderbarkeit und Austauschbarkeit von Institutionen das Zusammenspiel der Funktionssysteme (als dem heute zentralen Modernisierungs- und Stabilisierungsproblem⁶⁴⁾) gesichert und optimiert werden kann, widmet sich verstärkt die sozialwissenschaftliche Theoriediskussion.

Wenn Institutionsflexibilisierung eine Folgewirkung der neuen sozialen Bewegungen ist, dann wird es vielleicht einmal die Aufgabe weiterer oder anderer „neuer“ sozialer Bewegungen sein, den Glauben an die Unabänderlichkeit der Funktionssysteme und ihrer gesellschaftlichen Dominanz nachhaltig zu erschüttern.

⁶³⁾ Vgl. dazu auch Michael Th. Greven, Über Institutionalisierung, verbleibende Kontingenz und mögliche Freiheit, in: G. Göhler (Anm. 6), S. 98–106, bes. S. 102.

⁶⁴⁾ Claus Offe, Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien, in: Johannes Berger (Hrsg.), Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren, Göttingen 1986, S. 97–118.

Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik

I. Einleitung

Das lange Jahre stabile Parteiensystem der Bundesrepublik zeigt Auflösungserscheinungen. 1983 wurde das seit 1961 auf Bundesebene stabile Dreiparteiensystem abgelöst durch ein Vierparteiensystem mit den GRÜNEN neben den etablierten Parteien CDU/CSU, SPD und FDP. Die jüngsten Erfolge der Republikaner lassen es denkbar erscheinen, daß sich auf der rechten Seite des Parteiensystems wiederholt, was Anfang der achtziger Jahre auf der linken Seite begann: die Etablierung einer neuen Partei rechts von der CDU/CSU, so wie sich damals eine neue Partei links von der SPD konstituierte. Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings zwischen der rechten und der linken Seite des Parteiensystems, der für unser Thema wichtig ist: Die Parteien rechts von der CDU/CSU bedienen sich nicht des Bewegungsbegriffs zur Selbstdarstellung. Wenn hier also die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik untersucht werden sollen, können wir uns auf das linke Spektrum konzentrieren.

Die Hauptsprechpartner der neuen sozialen Bewegungen sind in erster Linie die GRÜNEN, in zweiter Linie die SPD, zumindest seit sie in Bonn in der Opposition ist. Das Verhältnis dieser Gruppen zueinander soll hier aus der Perspektive der Wählerschaft und nicht aus der der Organisationen bzw. Organisationsführungen behandelt werden. Dazu ist, im Kapitel II, eine Klärung der Frage notwendig, wie man Bewegungsanhängerschaft auf der Ebene der Wählerschaft am besten mißt. Im Kapitel III werden einige Ziele der Bewegungen daraufhin untersucht, inwieweit sie von der Bevölkerung allgemein und von den Bewegungsanhängern im besonderen geteilt werden und wie die Stellung der Parteien zu diesen Zielen eingeschätzt wird. Nach Klärung dieser Voraussetzungen kann dann geprüft werden, inwieweit und unter welchen Bedingungen den GRÜNEN auf Dauer eine Ausschöpfung des Wählerpotentials des Bewegungssektors gelingt.

II. Der sozialwissenschaftliche Bewegungsbegriff und die Identifikation von Anhängern der neuen sozialen Bewegungen in der Wählerschaft

Unabhängig davon, ob man Bewegungen historisch vergleichend oder im Querschnitt für die Wählerschaft eines Landes untersuchen will, muß man sich zunächst des sozialwissenschaftlichen Bewegungsbegriffs versichern. Was soll als soziale Bewegung verstanden werden? Dann fällt es im zweiten Schritt leichter, an das Selbstverständnis der Anhänger der neuen sozialen Bewegung direkt mit entsprechenden Fragen anzuknüpfen.

Wie immer, wenn man sozialwissenschaftliche Definitionen eines bestimmten Begriffs gegenüberstellt, mag sich zunächst der Eindruck einer relativen Willkür ergeben. Trotzdem kann man mit Charles Tilly¹⁾ wenigstens die Dimensionen festmachen, die zur Definition sozialer Bewegungen

herangezogen werden. Diese Definitionen akzentuieren entweder Bevölkerungsgruppen oder kollektive Handlungen oder aber Glaubensüberzeugungen bzw. programmatische Ziele. Die Definitionen unterscheiden sich darin, welcher Dimension Vorrang eingeräumt wird.

Glaubensüberzeugungen und Meinungen sind der entscheidende Referenzpunkt in der Definition von McCarthy und Zald: „A social movement is a set of opinions and beliefs in a population which represents preferences for changing some elements in the social structure and/or reward distribution of a society.“²⁾ Andere Autoren sehen das Besondere sozialer Bewegungen primär in bestimmten Charakteristiken ihrer Organisation als Gruppe oder Grup-

¹⁾ Vgl. Charles Tilly, *From Mobilization to Revolution*, Reading, Mass. 1978.

²⁾ John D. McCarthy/Mayer N. Zald, *Resource mobilization and social movements: a partial theory*, in: *American Journal of Sociology*, 82 (1977), S. 1212–1241.

pierung, so in der Definition von Heberle, nach dem soziale Bewegungen unorganisierte Gruppen sind, „für die Ferdinand Tönnies den Terminus ‚soziale Samtschaften‘ geprägt hat“³⁾. Wichtige Unterdimensionen in der allgemeinen Dimension der Bevölkerungsgruppe oder der Organisation der Gruppe sind nach Tilly zum einen die Möglichkeit der kategorialen Abgrenzung der potentiellen Mitglieder und zum anderen der Umfang, in dem innerhalb der Gruppierung bereits soziale Beziehungen existieren. Tilly spricht hier kürzelnhaft von der „catness“ und der „netness“ der Organisation⁴⁾.

Der dritte mögliche Einstieg in die Definition ist die kollektive Aktion bzw. das gemeinsame Handeln einer Gruppierung. Diesen Einstieg wählt Raschke, dessen Definition in Kurzform lautet: „Soziale Bewegung ist ein . . . kollektiver Akteur, der . . . das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“⁵⁾

Das Gemeinsame dieser Definitionen kann man also in folgenden Merkmalen sehen: eine Bevölkerungsgruppierung, die nicht formal organisiert ist und trotzdem zusammengehört, weil sie nämlich entweder einen Bezug zu Zielen bzw. einer Ideologie hat, die Gemeinsamkeit stiftet oder diese Gemeinsamkeit in kollektivem Handeln erlebt. Die gesellschaftliche Reform oder Teilreform als Ziel setzt das Erlebnis einer Krise voraus, die von der Bewegung ideologisch bearbeitet wird⁶⁾. Welchen Einstieg man konkret in die Begriffsbestimmung vornimmt, ergibt sich auch aus der Fragestellung, die man untersuchen will. Tilly interessiert sich z. B. für kollektive Aktionen und vermeidet es deshalb, diese abhängige Variable bereits in die Begriffsbestimmung der sozialen Bewegung aufzunehmen: „By a social movement we mean a group of people identified by their attachment to some particular set of beliefs.“⁷⁾ In welchem Umfang derartige Gruppierungen gemeinsam handeln, läßt sich dann als empirische Fragestellung untersuchen. Der eine Freiheitsgrad, den die Definition läßt, ermöglicht überhaupt erst den empirischen Ansatz.

In der Literatur wird einzelnen Gruppierungen, die sich selbst als Bewegung verstanden haben, der

³⁾ Rudolf Heberle, Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967, S. 11.

⁴⁾ Vgl. Ch. Tilly (Anm. 1).

⁵⁾ Joachim Raschke, Soziale Bewegungen, Frankfurt 1985, S. 77.

⁶⁾ Vgl. Ottheim Rammstedt, Soziale Bewegung, Frankfurt 1978, S. 170.

⁷⁾ Ch. Tilly (Anm. 1), S. 9.

Bewegungscharakter im sozialwissenschaftlichen Sinn abgesprochen. Keinerlei Dissens herrscht hingegen bezüglich der Einordnung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert als einer sozialen Bewegung par excellence. Den nicht unmittelbar beteiligten Bürgern mag diese Bewegung zunächst durch ihre kollektiven Aktionen aufgefallen sein, nämlich vor allem durch Streiks und Straßendemonstrationen. Identifizierbar blieb die Gruppierung in ihrem potentiellen Mobilisationsbereich durch das objektive Merkmal der Industriearbeit. Und als Programmatik setzte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr der Sozialismus durch. Je nach dem, welchen Einstieg man in die Begriffsbestimmung wählt, wird man also die Aufmerksamkeit auf die Formen kollektiver Aktion richten, auf die Industriearbeiterschaft generell oder den Sozialismus und Gruppierungen, die dieses Gedankengebäude unterstützten. Hier sei die Frage erlaubt, wie man anhand dieser drei Kriterien die neuen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik identifizieren könnte.

Am unproblematischsten erscheint noch die Dimension der kollektiven Aktion. Der sonst nicht weiter betroffene Zeitungsleser und vor allem der Fernsehzuschauer können sich einen Eindruck von der sozialen Wirklichkeit der Bewegungen verschaffen, wenn sie auf die Demonstrationsdichte in bestimmten Städten oder Regionen achten. Auch in der Längsschnittbetrachtung ergeben sich interessante Aufschlüsse: So hat die Friedensbewegung viel von ihrem Elan Anfang der achtziger Jahre eingebüßt, als sich herausstellte, daß die Bundesrepublik den NATO-Beschluß über die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen vollziehen würde und ihn dann tatsächlich vollzogen hat. Auch die Antikernkraftbewegung kann immer dann besonders eindrucksvolle Demonstrationen organisieren, wenn es äußere Anlässe gibt wie die Entscheidung zum Bau einer Wiederaufbereitungsanlage oder ein externes Ereignis wie den Reaktorunfall in Tschernobyl.

Schwieriger ist die Identifikation der neuen sozialen Bewegungen über die Dimension der Programmatik. Hier drängt sich dem außenstehenden Beobachter häufig der Eindruck einer gewissen Willkür auf. Man will nicht recht verstehen, was der engagierte Einsatz gegen Kernkraftwerke mit Boykott-Aufrufen zur Volkszählung zu tun hat, wenn diese Forderungen von denselben Gruppen vorgetragen werden. Man kann hier natürlich analytisch versuchen, eine gemeinsame Dimension zu postulieren oder, besser, aus den konkreten Forderungen generalisierend abzuleiten. So sehen manche Autoren.

im Anschluß an Inglehart⁸⁾, das Gemeinsame der neuen sozialen Bewegungen darin, daß diese Bewegungen vorwiegend ideelle und nicht materielle Betroffenheiten thematisieren⁹⁾. Nimmt man bestimmte Forschungsergebnisse wie das von Muller und Opp¹⁰⁾ zur Kenntnis, nach denen z. B. ein aktives Engagement gegen Kernkraftwerke am besten durch allgemeine politische Entfremdung bzw. mangelnde Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik erklärt werden kann, so könnte man das Gemeinsame der Programmatik dieser neuen sozialen Bewegung auch in der Gegnerschaft zum System der repräsentativen Demokratie sehen, so daß Einzelziele wie Boykott der Volkszählung, sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke oder einseitige Abrüstung nur taktischen Charakter hätten. Diese Erklärung hätte auch den Vorteil, daß man so die deutsche Vorreiterrolle bei den neuen sozialen Bewegungen mit einem speziellen Legitimitätsdefizit der westdeutschen Demokratie in Verbindung bringen könnte, das bei manchen jüngeren Deutschen mit höherer Schulbildung u. a. mit ihrer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zusammenhängt.

Empirische Untersuchungen haben immer wieder erwiesen, daß Angehörige der jüngeren Generation mit höherer Schulbildung die Hauptträger der neuen sozialen Bewegungen sind. Daraus darf man jedoch im Hinblick auf die dritte Dimension, nämlich die Abgrenzung nach Bevölkerungsgruppen und Organisationsformen, nicht schließen, diese Personengruppe sei im selben Sinn Träger der neuen sozialen Bewegungen wie die Arbeiter Träger der Arbeiterbewegung gewesen sind. Denn die neuen sozialen Bewegungen vertreten in der Regel allgemeine Ansprüche und nicht Sonderanliegen einzelner Gruppen. Eine Ausnahme macht hier nur die Frauenbewegung, die z. B. auch von Habermas als Emanzipationsbewegung von den anderen neuen sozialen Bewegungen unterschieden wird. Der feministischen Bewegung gehe es in der Tradition der bürgerlich-sozialistischen Befreiungsbewegungen um die Einlösung der „anerkannten universalistischen Grundlagen von Moral und Recht“. Dies verleihe dem Feminismus die „Schubkraft ei-

ner offensiven Bewegung, während alle übrigen Bewegungen einen eher defensiven Charakter haben“¹¹⁾.

Jenseits der diffusen Programmatik der neuen sozialen Bewegungen sehen viele Autoren das Besondere und Neue in den Organisationsformen. So betont Raschke zusätzlich zu den Merkmalen „Abwesenheit einer einheitlich geschlossenen Ideologie“, „thematische Vielfalt und rascher Issuewechsel“ auf der organisatorischen Seite, den geringen Grad organisatorischer Festigung, die Abneigung vor „Bürokratisierung und Zentralisierung in Verbindung mit Führerfeindlichkeit“ und die „Vielzahl autonomer, aber stark vernetzter Teilbewegungen“¹²⁾.

Will man die Anhänger oder Mitglieder der neuen sozialen Bewegungen mit den Mitteln der Umfrageforschung erfassen, so drängt sich zunächst eine negative Bilanz auf. Die Ziele seien diffus, die Organisationsformen spontan, und die Teilnahme an einschlägigen Demonstrationen lasse sich mit einer Querschnittsbefragung der wahlberechtigten Bevölkerung nicht optimal erfassen. Allerdings wird man zugeben müssen, daß dieser negative Eindruck vor allem im Hinblick auf die neuen sozialen Bewegungen als Ganzes entsteht. Für einzelne Bewegungen lassen sich z. B. die Ziele sehr viel exakter bestimmen. Jeder Versuch, die Anhänger und Mitglieder neuer sozialer Bewegungen zu identifizieren, wird deshalb kumulativ vorgehen müssen. Zunächst müssen die Einzelbewegungen bestimmt werden, und erst in einem zweiten Schritt kann empirisch festgestellt werden, inwieweit die Anhänger und Mitglieder dieser Einzelbewegungen mehr oder weniger identisch sind.

Die Auswahl der Einzelbewegungen aus dem Sektor der neuen sozialen Bewegungen hat für die Untersuchung strategische Bedeutung. Diese Einzelbewegungen sollten für den ganzen Sektor repräsentativ sein und gleichzeitig für die Parteien einschließlich der GRÜNEN insofern relevant, als ihre Ziele und Forderungen in Wahlkämpfen als Bezugspunkte aufgegriffen werden. Diese letzte Bedingung umfaßt sowohl die Ablehnung konkreter Forderungen als auch ihre Übernahme; wichtig ist die Thematisierung im Wahlkampf.

Im folgenden werden drei Bewegungen als repräsentativ für den Bewegungssektor herausgehoben: die Antikernkraftbewegung, die Friedensbewegung und die Frauenbewegung. In der neueren Literatur

⁸⁾ Vgl. Ronald Inglehart, *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton, N. J. 1977.

⁹⁾ Vgl. Max Kaase, *Soziale Bewegungen zwischen Innovation und Antimodernismus*, in: Peter Flora (Hrsg.), *Westeuropa im Wandel*, Frankfurt 1989.

¹⁰⁾ Vgl. Edward N. Muller/Karl-Dieter Opp, *Rational choice and rebellious collective action*, in: *American Political Science Review*, 80 (1986), S. 471—487.

¹¹⁾ Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2., Frankfurt 1981, S. 578.

¹²⁾ J. Raschke (Anm. 5), S. 412.

über neue soziale Bewegungen läßt sich ein gewisser Konsens dahingehend feststellen, daß vor allem diese drei Bewegungen bei einer Untersuchung des Bewegungssektors berücksichtigt werden müssen¹³).

Wir verstehen die neuen sozialen Bewegungen nicht als Ganzheit, sondern als Summe von Teilen. Mit der Antikernkraft-, der Friedens- und der Frauenbewegung haben wir das Spektrum dieser Bewegungen im wesentlichen abgedeckt. Die Konzentration auf diese drei erleichtert die Identifikation von Zielen und damit die Abgrenzung auf einer der drei herausgearbeiteten Identifikationsdimensionen. Trotzdem bleibt natürlich auch bei einer Konzentration auf Einzelbewegungen das Problem der spontanen Organisationsformen und der sporadischen Demonstrationen, wozu letztere man mit den Mitteln der Umfrageforschung im Rahmen einer einmaligen Querschnittsbefragung kaum in den Griff bekommen kann.

In dieser Situation besinnen wir uns auf die eigentliche Stärke der Umfrageforschung: die Erfassung subjektiver Phänomene. Warum soll es nicht möglich sein, die Befragten direkt danach zu fragen, ob sie sich als Anhänger der Friedensbewegung, der Antikernkraftbewegung oder der Frauenbewegung betrachten? Diese sind Bewegungen zumindest in dem Sinn, daß sie diesen Begriff für sich selbst in Anspruch nehmen. Soweit dies in der Wählerschaft generell auch bekannt ist, ist es möglich, eine psychologische Mitgliedschaft in diesen Bewegungen zu erfassen.

Die Stärke der Umfrageforschung ist die Erhebung subjektiver Phänomene in einer Bevölkerung. In dieser Forschungstradition haben Fragen nach der Selbstidentifikation mit bestimmten Bevölkerungsgruppierungen einen hohen Stellenwert. So wird z. B. die ursprünglich von Centers verwendete Frage der subjektiven Schichtidentifikation noch heute mit guten Ergebnissen in der Umfrageforschung verwendet¹⁴). Das andere berühmte Beispiel ist die in der amerikanischen Wahlforschung

entwickelte Frage nach der Parteidentifikation¹⁵). Bekanntlich sind die amerikanischen Parteien sehr viel loser organisiert als die europäischen, während andererseits die persönliche Zurechnung zu einer Parteigruppierung in den USA wegen der Primärwahlen auch institutionelle Bedeutung hat. Wenn man die amerikanische Frage nach der Parteidentifikation nicht einfach auf europäische Verhältnisse übertragen konnte, liegt das sicher auch an solchen institutionellen Unterschieden.

Centers hat bereits auf drei Minimalvoraussetzungen hingewiesen, die erfüllt sein müssen, damit eine Frage nach der Selbstidentifikation Sinn macht: So muß die entsprechende Gruppierung einen eindeutigen Namen haben und es muß das Bewußtsein einer Interessengemeinsamkeit der Bevölkerungsgruppe vorhanden sein. Dadurch, daß der Bewegungsbegriff heute verstärkt als politischer Kampfbegriff verwendet wird, dürften Namen wie „Friedensbewegung“, „Frauenbewegung“ oder „Antikernkraftbewegung“ in der Bevölkerung zur Bezeichnung dieser Gruppierungen bekannt sein. Die Interessengemeinsamkeit ergibt sich aus den geteilten politischen Zielen der einzelnen Bewegungen. Als dritter Faktor wirkt sich vielleicht gerade die Abwesenheit klar umgrenzter Organisationen positiv auf die Bereitschaft aus, sich wenigstens subjektiv einer Bewegung zugehörig zu fühlen. Bei den straff organisierten Parteien oder auch den Gewerkschaften besteht dagegen für eine subjektive Identifikation das Problem, daß sich jeder fragen muß, warum er nicht Mitglied wird, wenn er sich subjektiv mit der Organisation identifiziert.

Die eben genannten Voraussetzungen für eine Selbstidentifikation mit den drei ausgewählten Bewegungen sind gegeben. Es macht also Sinn, einfach danach zu fragen, ob man sich als Anhänger oder Anhängerin einer bestimmten Bewegung betrachtet. Diese Selbstidentifikationsfragen sind in der Wahlstudie 1987 gestellt worden, einer Wiederholungsbefragung mit Erhebungszeitpunkten im September 1986, im Januar 1987 kurz vor der Bundestagswahl und im Februar 1987 kurz nach der Bundestagswahl¹⁶).

Die Identifikation mit den drei Bewegungen nahm während des Wahlkampfes etwas ab, bei der Anti-

¹³) Vgl. z. B. Roland Roth, Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik — eine vorläufige Skizze, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA, Frankfurt 1985, S. 20—82; Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 252); Ulrike C. Wasmuth, Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989.

¹⁴) Vgl. Richard Centers, The Psychology of Social Classes, Princeton 1949, S. 74—106.

¹⁵) Vgl. Angus Campbell / Philip E. Converse / Warren E. Miller/Donald E. Stokes, The American Voter, New York 1960, S. 120—167.

¹⁶) Vgl. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, Wahlstudie 1987, Teil 2: Panelstudie (ZA-Nr. 1537) 1987, Projektleitung: Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, in Zusammenarbeit mit Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann, Franz U. Pappi.

kernkraftbewegung von 22 Prozent im September über 20 Prozent im Januar auf 19 Prozent im Februar (nur Panelfälle). Als Anhänger der Friedensbewegung bezeichneten sich zum ersten Zeitpunkt 27 Prozent, zum zweiten 25 Prozent und zum dritten 23 Prozent. Für die Frauenbewegung wird die Auswertung sinnvollerweise getrennt nach Geschlecht vorgenommen. Die Anhängerschaft der Frauen nahm im Wahlkampf von 15 Prozent auf elf Prozent ab, die der Männer von acht Prozent auf fünf Prozent. Wie auch in anderen Studien festgestellt, hat die Friedensbewegung mehr Anhänger als die Antikernkraftbewegung¹⁷⁾.

Ein Einwand gegen diese Art der Erfassung subjektiver Phänomene ist, daß die Befragten bei wiederholter Messung nicht konsistent antworten – und zwar nicht deshalb, weil sie ihre Einstellung geändert haben, sondern weil diese Einstellung nicht zuverlässig gemessen wurde. Im folgenden werden

III. Die Unterstützung von Bewegungszielen in der Wählerschaft

Unabhängig von der Frage der Anhängerschaft bleibt die Zieldimension eine der drei zentralen Dimensionen des Bewegungsbegriffs. Die beiden anderen Dimensionen, Aktivität und Organisation, werden in diesem Aufsatz nicht behandelt. Konkrete Ziele der einzelnen Bewegungen sind aus zwei Gründen für unser Thema besonders zentral: Zum einen bieten sie den Einzelbewegungen Mobilisierungschancen, indem zusätzlich zum harten Kern der Anhänger Unterstützung für die Bewegungsziele in breiten Schichten der Wählerschaft gewonnen werden kann. Und zum anderen müssen sich die etablierten Parteien mit diesen Forderungen im Wahlkampf auseinandersetzen. Gerade die Ziele führen zu breiter Diskussion in der Gesellschaft, so daß hier am wenigsten die Gefahr besteht, den Bewegungssektor relativ isoliert zu sehen. Dies ist für die Wahlsoziologie ein wichtiger Gesichtspunkt.

Nach einer Durchsicht von Schriften aus dem Bewegungssektor haben wir für jede Bewegung ein oder zwei relevante Ziele ausgewählt. Die Umsetzung im Fragebogen folgte einem bewährten Format: Formulierung eines Ziels (Skalenwert 1) samt seiner Gegenposition (Skalenwert 7) mit Antwort-

wir deshalb einen Index der konsistenten Anhängerschaft bilden. Modellrechnungen, die eine Trennung von latenter Einstellung und Reaktion auf aktuelle Stimmungen ohne Konsistenz über die Zeit erlauben, erbrachten das Ergebnis, daß diese latente Einstellung zur Antikernkraft- und Friedensbewegung nur im Befragungszeitraum von Januar bis Februar 1987 stabil blieb, bei der Frauenbewegung aber über den ganzen Zeitraum. Die konsistenten Anhänger der ersten beiden Bewegungen sind also solche Befragte, die sowohl zum zweiten als auch zum dritten Befragungszeitpunkt mit „ja“ antworteten, konsistente Nichtanhänger bezeichneten sich zweimal als Nichtanhänger und die Mittelgruppe schwankte in ihrem Antwortverhalten. Bei der Frauenbewegung sind die konsistenten Anhänger bzw. Anhängerinnen diejenigen mit dreimaliger Ja-Antwort, die konsistenten Nichtanhänger die mit dreimaliger Nein-Antwort und die Mittelgruppen diejenigen, die entweder einmal oder zweimal mit „ja“ antworteten.

stufen von 2 bis 6 dazwischen, mit denen der Befragte seine Antwort besser abstimmen kann. Erfragt wurde zum einen die eigene Einstellung des Befragten und zum anderen die Wahrnehmung der Stellung der Parteien auf dem Kontinuum, das wir als Issue-Kontinuum bezeichnen. Im einzelnen wurden die folgenden Fragen verwendet:

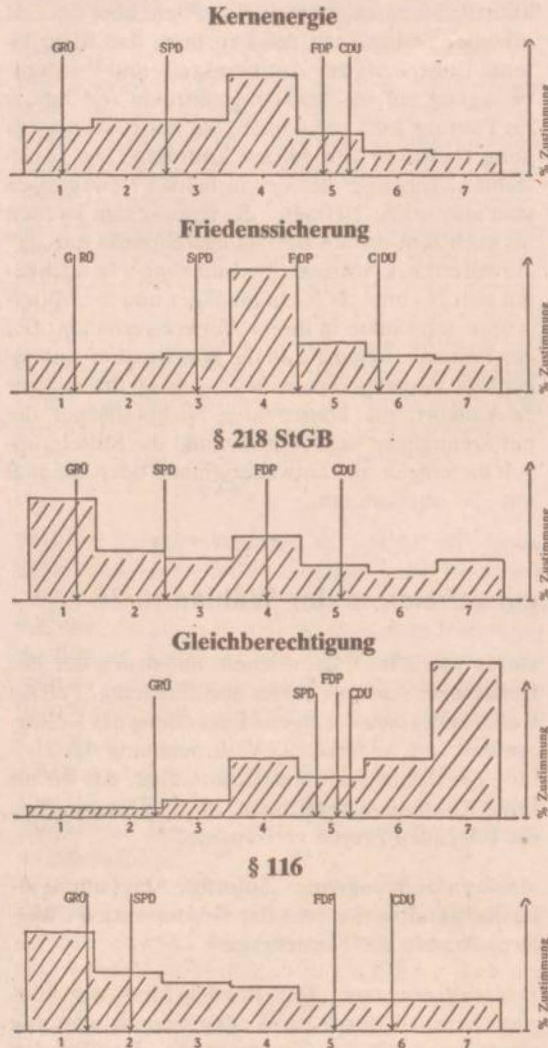
Antikernkraftbewegung: „Sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke“ mit der Gegenposition „Weiterer Ausbau der Kernenergie“.

Friedensbewegung: „Der Frieden kann nur gesichert werden, wenn der Westen beginnt, einseitig abzurüsten“ mit der Gegenposition „Der Frieden kann nur gesichert werden, wenn der Westen dem Osten militärisch überlegen ist“.

Frauenbewegung: Hier wurden zwei Zieldimensionen ausgewählt, deren erste die Problematik des Schwangerschaftsabbruchs aufgreift und deren zweite Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt thematisiert. Bei der Frage des Schwangerschaftsabbruchs mußte bei der Formulierung darauf geachtet werden, daß die feministische Position klar zum Ausdruck kommt. Dies sollte mit der folgenden Formulierung erreicht werden: „Es sollte in jedem Fall der Frau überlassen werden, ob sie die Schwangerschaft abbrechen will oder nicht.“ Die Gegenposition lau-

¹⁷⁾ Vgl. Nicholas Watts, Mobilisierungspotential und gesellschaftspolitische Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen, in: R. Roth/D. Rucht (Anm. 13), S. 53.

Schaubild: Die Verteilung der Wählermeinung zu ausgewählten Themen (schraffiert) und die wahrgenommene Position der Parteien (Pfeile)



Die Höhe der schraffierten Fläche gibt den Prozentsatz der Befragten an, die die jeweilige Position (1, 2, . . . 7) unterstützen. Unabhängig davon wurde gefragt, wo die Parteien auf dem Kontinuum von 1 bis 7 stehen. Die Pfeile markieren die Durchschnittswahrnehmung für die Parteien.

tet: „Der Staat sollte Schwangerschaftsabbrüche generell unter Strafe stellen.“

Für das Thema „Gleichberechtigung der Frau im Berufsleben“ stellte sich die Konstruktion einer eindimensionalen Skala als schwierig heraus. Dies hängt damit zusammen, daß eine konservative Position der Art, die Frauen gehörten ins Haus und nicht in den Beruf, heute in der Öffentlichkeit gar nicht mehr vertreten wird, obwohl sie auf Stamm-

tischebene nach wie vor eine große Rolle spielen dürfte. Der „rechte“ Endpunkt der Themen-Skala war deshalb eher als liberale Mittelposition formuliert und das Bewegungsziel als Hinweis auf mögliche Quotenregelungen: „Es muß vorübergehend per Gesetz sichergestellt werden, daß Frauen bei Einstellungen bevorzugt werden.“ Die Gegenposition lautet: „Per Gesetz soll nur sichergestellt werden, daß Männer und Frauen bei Einstellungen gleichberechtigt sind.“

Für die Wahrnehmungsdaten ist zu erwarten, daß die GRÜNEN in die Nähe des jeweiligen Bewegungsziels plaziert werden, gefolgt in mehr oder weniger deutlichem Abstand von der SPD, während die CDU/CSU eher mit der Gegenposition identifiziert werden dürfte. Wenn somit aus den Bewegungs-Themen eine Links-Rechts-Ordnung der Parteien hervorgeht, bei der die GRÜNEN als Partei links von der SPD eingestuft werden, stellt sich die Frage, welche Parteienrangfolge bei Streitfragen der „alten Politik“ wahrgenommen wird. Wir haben deshalb eine Streitfrage mit aufgenommen, die für die alte Linke ein knappes Jahr vor der letzten Bundestagswahl von großer Bedeutung war: die Neufassung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz. Die linke Position wurde wie folgt formuliert: „Die Arbeitsämter sollen immer zahlen, wenn die Arbeit eingestellt werden muß, weil in einem anderen Gebiet gestreikt wird.“ Die Gegenposition lautete: „Die Arbeitsämter sollen auf keinen Fall zahlen, wenn die Arbeit eingestellt werden muß, weil in einem anderen Gebiet gestreikt wird.“

Im Schaubild sind die Präferenzverteilungen der Wähler und die von den Wählern wahrgenommenen Positionen der Parteien auf den einzelnen Issuedimensionen eingezeichnet. Gemeinsam ist allen fünf Streitfragen, daß die Rangfolge der Parteien von links nach rechts jeweils der normalen Links-Rechts-Ordnung entspricht mit den GRÜNEN als der neuen Linkspartei. Dies gilt explizit auch bei der Streitfrage um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz. Die Position der GRÜNEN wird auch hier links von der SPD wahrgenommen.

Unterschiede ergeben sich zum einen in der Wählerverteilung auf den einzelnen Issuekontinua und in der relativen Position der Parteien zueinander. In der Frage der Kernenergie zeichnete sich bereits zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl ab, daß die Regierungsparteien oder zumindest die CDU/CSU keine Mehrheitsmeinung mehr vertritt. Die Mittelposition, die einer Wahrung des Status quo

entspricht, also dem Weiterbetrieb der vorhandenen Kernkraftwerke, ist hier die Mehrheitsmeinung, die von den gegenwärtigen Regierungsparteien durchaus noch mit Beschlag belegt werden könnte. Erwartungsgemäß werden die GRÜNEN mit der Extremposition der sofortigen Abschaltung aller Kernkraftwerke identifiziert, während für die SPD eine deutlich gemäßigte Position in Richtung Abbau der Kernkraft perzipiert wird.

Auch in der Frage der Friedenssicherung ist die Mittelposition am stärksten besetzt, die man verbal mit einer ausgewogenen Abrüstung im Osten und Westen bezeichnen könnte. Die GRÜNEN liegen hier wieder links außen; man traut ihnen also einseitige Schritte zur Abrüstung zu, die Distanz der SPD von den GRÜNEN ist hier größer als in der Frage der Kernkraft.

In der Frage des Schwangerschaftsabbruchs ist die Position der GRÜNEN heute eine relative Mehrheitsposition. Die etablierten Parteien gruppieren sich um die Mittelposition, die man als die gegenwärtige Praxis der verschiedenen Arten von Indikationslösungen bezeichnen könnte. Wichtig erscheint hier, daß auch die rigorose Position des völligen Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen noch eine Minderheit der Wähler hinter sich hat, die man nicht ganz vernachlässigen kann.

Die Frage der Gleichberechtigung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt war zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl in der Öffentlichkeit noch relativ wenig thematisiert. Die meisten Wähler sprechen sich für eine strikte Gleichbehandlung von Mann und Frau aus und nehmen die etablierten Parteien in dieser Angelegenheit als links von ihnen stehend wahr. Es werden hier keine großen Unterschiede zwischen der SPD, der FDP und der CDU/CSU gesehen. In deutlichem Abstand folgt die Position der GRÜNEN, die allerdings auch nicht völlig auf der Linie des Bewegungsziels wahrgenommen werden. Von allen Streitfragen wird die Stellung der GRÜNEN auf diesem Issuekontinuum am weitesten vom Bewegungsziel weg wahrgenommen.

Zur Frage der Neufassung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz ist noch nachzutragen, daß SPD und GRÜNE hier die Mehrheitsmeinung in der Wählerschaft vertreten. In dieser Frage der alten Linken wird die Position dieser beiden Linksparteien als relativ nahe beieinander liegend wahrgenommen. Aber wie bereits betont, bleibt auch hier die neue Links-Rechts-Ordnung erhalten, wobei man sagen kann, daß die Wähler der GRÜNEN die Position vertreten, die die Parteispitze der SPD

einnimmt. Die Wähler der SPD selbst sind in der Frage des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz etwas rechts von der Position der Parteispitze angesiedelt.

Für soziale Bewegungen sind die Mobilisierungschancen, die sie haben, zentral. Manche Autoren machen diese Chancen zu einem Bestandteil ihrer Bewegungsdefinition, so z. B. Rammstedt: „Unter sozialer Bewegung soll ein Prozeß des Protestes gegen bestehende soziale Verhältnisse verstanden werden, ein Prozeß, der bewußt getragen wird von einer an Mitgliedern wachsenden Gruppierung, die nicht formal organisiert zu sein braucht.“¹⁸⁾ In dem Prozeß der Verbreiterung der Anhängerschaft spielen die Bewegungsziele eine entscheidende Rolle. Die Bewegungen vertreten diese Ziele aggressiv in der Öffentlichkeit und versuchen auf diese Weise, Unterstützung in breiteren Schichten der Bevölkerung zu gewinnen. Wenn man neue Unterstützer der Bewegungsziele gewonnen hat, besteht die Möglichkeit, diese Gruppen auch emotional stärker an die Bewegung zu binden, so daß sie sich vielleicht auf Dauer mit ihr identifizieren. In unseren Untersuchungsplan übersetzt heißt das, daß wir die Korrelation zwischen der Präferenz für Bewegungsziele und der Selbstidentifikation als Bewegungsanhänger als Mobilisierungsindikator auffassen können. Je höher die Korrelation, also die Übereinstimmung von Anhängern und Unterstützern der Ziele, umso höher ist die Mobilisierung zu veranschlagen. Dieser Mobilisierungsindikator ist nicht auf die Bewegungsaktivisten zugeschnitten, für die man die Häufigkeit und Größe kollektiver Aktionen als Mobilisierungsindikator verwenden würde, sondern auf die Verhältnisse in der Wählerschaft allgemein.

Betrachten wir nun diesen Mobilisierungsindikator für die drei untersuchten Bewegungen, so können wir zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl die höchste Mobilisierung für die Antikernkraftbewegung konstatieren ($r = 0.46$ zwischen Index der Anhängerschaft und Einstellung zur Kernenergie bei einem maximal möglichen Wert von $+ 1.0$). Die Übereinstimmung zwischen der subjektiven Identifikation mit der Friedensbewegung und der Einstellung zur Abrüstungsfrage ist mit $r = 0.31$ bereits deutlich niedriger. Ausgesprochen gering ist die Mobilisierung der Frauenbewegung auf der Wählerebene. Hier beträgt die Übereinstimmung zwischen der Anhängerfrage und der Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch bei den Männern nur $r = 0.12$, bei den Frauen ist sie mit $r = 0.17$ etwas

¹⁸⁾ O. Rammstedt (Anm. 6), S. 130.

höher. Für die Quotenfrage beträgt die Korrelation für beide Geschlechter nur $r = 0.11$.

Wir werden im nächsten Abschnitt untersuchen, inwieweit den GRÜNEN die Ausschöpfung des Wählerpotentials des Bewegungssektors gelingt.

Dabei erwarten wir, daß diese Ausschöpfung um so besser gelingt, je höher die Mobilisierung ist. Das heißt, wir erwarten für die Antikernkraftbewegung eine größere Ausschöpfung als für die Friedensbewegung oder für die Frauenbewegung.

IV. Die Ausschöpfung des Wählerpotentials des Bewegungssektors durch die GRÜNEN

In Tabelle 1 ist die Frage der Ausschöpfung des Wählerpotentials des Bewegungssektors durch die GRÜNEN für die Antikernkraftbewegung zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl empirisch beantwortet. Die Tabellen für die beiden anderen Bewegungen sind nach demselben Schema aufgebaut, werden aber hier nicht abgedruckt.

Wir fragen zunächst, wie gut der Anhängerschaftsindex die Wahlentscheidung (Zweitstimme) bei der letzten Bundestagswahl voraussagt. Die Stärke dieses Gesamtzusammenhangs bestätigt unsere Mobilisierungsthese. Der Zusammenhang ist umso enger, je größer die Mobilisierung ist; d. h. er ist für die Antikernkraftbewegung am größten, für die Friedensbewegung am zweitgrößten und für die Frauenbewegung am geringsten. Im allgemeinen

sind die Männer konsequenter in der Umsetzung von Bewegungsanhängerschaft in Wahlverhalten, dies gilt aber nicht für die Frauenbewegung. Allerdings ist der Unterschied hier zwischen Männern und Frauen relativ gering und würde ganz verschwinden, wenn man nur die Wahlentscheidung für eine der vier im Bundestag vertretenen Parteien betrachten würde, ohne Berücksichtigung der Nichtwähler, der anderen Parteien und der Befragten, die keine Angabe zur Wahlentscheidung machten. Für die Frauenbewegung gilt generell, daß zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl noch kaum von einer Mobilisierung gesprochen werden kann.

Das zweite bemerkenswerte Ergebnis ist, daß die GRÜNEN bei der Ausschöpfung des Wählerpotentials des Bewegungssektors mit einer starken Kon-

Tabelle 1: Antikernkraftbewegung: Index der Anhängerschaft und Zweitstimme bei der Bundestagswahl 1987

Wahlentscheidung	Konsistente Nichtanhänger	Mischgruppe	Konsistente Anhänger	Prozentsatz Anhänger (2, 3) in der Wählerschaft einer Partei
	1	2	3	
	%			
CDU/CSU	50,9	12,4	3,2	5,4
SPD	32,0	57,0	50,3	37,5
FDP	5,8	7,0	2,5	23,3
GRÜNE	1,6	12,4	31,2	82,7
Andere Parteien	0,5	1,1	1,3	44,4
Nicht-Wähler	7,7	9,7	7,6	28,8
Keine Angabe	1,6	0,5	3,8	31,8
%	100	100	100	
N	963	186	157	26,2 %

Zur Interpretation: 31,2 Prozent der konsistenten Anhänger der Antikernkraftbewegung wählen die GRÜNEN (Prozentsatz Spalte 3), aber 82,7 Prozent der Wähler der GRÜNEN sind Anhänger (Mittelgruppe und konsistente Anhänger) der Antikernkraftbewegung (4. Zeile der letzten Spalte).

kurrenz der SPD zu rechnen haben. Immerhin wählen nur 31 Prozent der konsistenten Anhänger der Antikernkraftbewegung die GRÜNEN, aber 50 Prozent die SPD. Bei der Friedensbewegung und der Frauenbewegung beträgt der Anteil der GRÜNEN unter den konsistenten Bewegungsanhängern nur 26 bzw. 27 Prozent, während auch hier die SPD als Partei ihrer Wahl am stärksten von den Bewegungsanhängern präferiert wird. Bei der Frauenbewegung haben sogar zwölf Prozent der konsistenten Anhänger bzw. Anhängerinnen die CDU/CSU gewählt. Geringere Mobilisierung heißt also auch geringere Polarisierung der Wahlentscheidung zwischen Oppositions- und Regierungslager.

Diese Betrachtung kann durch eine zweite Frage ergänzt werden: Wie stark sind die GRÜNEN ihrerseits auf den Bewegungssektor angewiesen, im Vergleich vor allem zur SPD? Diese Frage wird durch die letzte Spalte der Tabelle 1 beantwortet, wo angegeben ist, wieviel Prozent der Wählerschaft einer Partei aus Bewegungsanhängern bestehen. Es zeigt sich, daß 83 Prozent der Grünwähler Anhänger der Antikernkraftbewegung sind, 81 Prozent Anhänger der Friedensbewegung und 47 Prozent Anhänger der Frauenbewegung. Bei der SPD liegen diese Prozentwerte sehr viel niedriger; sie betragen für die Antikernkraftbewegung 38 Prozent, für die Friedensbewegung 42 Prozent und für die Frauenbewegung 24 Prozent. Daraus folgt eindeutig, daß die GRÜNEN sehr stark auf den Bewegungssektor angewiesen sind, daß es ihnen aber andererseits im Vergleich zur SPD nicht optimal gelingt, das Wählerpotential dieses Sektors auch auszuschöpfen.

Diese Feststellung gilt für den Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl. Die interessante Frage ist natürlich die nach den Bedingungen einer höheren Ausschöpfung des Bewegungssektors durch die GRÜNEN. Eine Bedingung haben wir bereits genannt. Es ist die Höhe der Mobilisierung, d. h. der Grad der Übereinstimmung zwischen Bewegungsanhängerschaft und Einstellung zu den Bewegungszielen.

Daran kann man die Frage anschließen, ob mehrere Bewegungen gleichzeitig eine hohe Mobilisierung erreichen können. Dies erscheint schwierig. Mobilisierung ist immer auch Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit, und in diesem Kampf kann es nicht beliebig viele Sieger zum gleichen Zeitpunkt geben. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist eine knappe Ressource, die nicht beliebig erhöht werden kann.

Dies wäre dann kein Gegenargument, wenn es sich bei den Anhängern der einzelnen Bewegungen weitgehend um denselben Personenkreis handeln würde. Wir haben hier die drei untersuchten Bewegungen klassifikatorisch als Bewegungssektor bezeichnet. Aus diesem Sprachgebrauch darf nicht geschlossen werden, daß sich die Anhängerschaften der drei Bewegungen tatsächlich so stark überschneiden, daß man von einer einheitlichen neuen sozialen Bewegung sprechen könnte. Ob diese letztere Interpretation richtig ist, muß vielmehr empirisch eigens untersucht werden.

Mißt man die Überschneidung der Anhängerschaften der drei Einzelbewegungen getrennt nach Geschlecht, so zeigen sich höhere Überschneidungen bei den Frauen als bei den Männern. Das allgemeine Muster der Überschneidungen ist aber weitgehend gleich. Die Überschneidung zwischen Antikernkraftbewegung und Friedensbewegung ist hoch, deren Überschneidung mit der Frauenbewegung ist deutlich geringer.

Diese Situation wiederholt sich bei einer Analyse der Übereinstimmung zwischen den Einstellungen zu den Bewegungszielen. Zwischen der Einstellung zur Kernkraft und zur Abrüstung besteht noch ein relativ enger Zusammenhang ($r = 0.47$), die Einstellungen zum Thema Abtreibung und zum Thema Gleichberechtigung der Frau auf dem Arbeitsmarkt weisen sowohl miteinander als auch mit den beiden anderen Einstellungen sehr niedrige Übereinstimmungen auf.

Aus diesen Analysen läßt sich ableiten, daß sowohl im Hinblick auf die Anhängerschaft als auch im Hinblick auf die Zieldimension keine einheitliche neue soziale Bewegung existiert. Es ist in erster Linie die Frauenbewegung, die ein neues Element in den Bewegungssektor einbringt, das nicht mehr alle in gleicher Weise beurteilen. Strikte Interessenpolitik für erwerbstätige Frauen und ideologische Grundeinstellungen zu Problemen der Abtreibung sprechen nicht dieselben Gruppen an. Hier bedürfte es eines Mobilisierungsschubs, der aber momentan nicht beobachtbar ist.

Angesichts der geringen Überschneidung der Anhänger der Einzelbewegungen und ihrer Zielpräferenzen bleibt also das Diktum bestehen, daß die Einzelbewegungen nicht alle gleichzeitig eine hohe Mobilisierung erreichen können. Damit bleibt als letztes die Frage zu klären, nach welchen Bedingungen sich die Rekrutierung des Wählerpotentials bei hoher und bei niedriger Mobilisierung gestaltet. Diese Bedingungen werden in der relativen Erklärungskraft von Anhängerschaft und Zielpräferenz

Tabelle 2: Anhängerschaft und Präferenz für das Ziel der Antikernkraftbewegung als Determinanten der Wahlentscheidung (% SPD- und Grünwähler, Zweitstimme Bundestagswahl 1987)

Zielpräferenz: Abschaltung Kernkraftwerke	Konsistente Nichtanhänger	Mittelgruppe	Konsistente Anhänger
Ablehnung (1-4)	27 % (n = 574)	62 % (n = 45)	60 % (n = 10)
Mittelgruppe (5,6)	53 % (n = 239)	78 % (n = 83)	90 % (n = 58)
Unterstützung (7)	66 % (n = 53)	92 % (n = 39)	99 % (n = 71)

Die Prozente beziehen sich auf die für jede Zelle angegebenen Wähler (n) mit der jeweiligen Kombination von Art der Zielpräferenz und Anhängerschaft. Deswegen addieren sich die Prozentwerte weder zeilen- noch spaltenweise auf 100 Prozent.

für die Wahl der GRÜNEN und der SPD gesucht.

In der Tabelle 2 wird die Wahl der SPD und der GRÜNEN zusammen von den beiden möglichen Bewegungsdeterminanten vorausgesagt der Anhängerschaft und der Zielpräferenz. Es zeigt sich ein sehr ausgeprägter Zusammenhang. Die Stimmabgabe für beide Parteien hängt von beiden Determinanten in etwa gleich ab. Sowohl die Zielpräferenz als auch die Identifikation mit der Bewegung haben eine eigenständige Wirkung auf die Wahl entweder der SPD oder der GRÜNEN.

Betrachtet man die Wahlentscheidung für die beiden linken Parteien getrennt, fällt aber auf, daß die SPD mehr von der Präferenz für das Bewegungsziel profitiert als die GRÜNEN, für die die Erklärungskraft der Anhängerschaft einen kleinen Vorsprung vor der Erklärung durch die Zielpräferenz hat. Daraus läßt sich ableiten: Unter den Bedingungen hoher Mobilisierung profitiert die SPD als die dem

Bewegungssektor am nächsten stehende etablierte Partei am stärksten von den entsprechenden Zielpräferenzen in der Wählerschaft, die nicht unbedingt an eine Identifikation mit der jeweiligen Bewegung geknüpft sind. Die GRÜNEN dagegen bewähren sich in dem Sinne als Partei des Bewegungssektors, als für sie die emotionale Identifikation mit einer Bewegung die wichtigere Determinante ist, vor dem rationalen Grund der Wahl der Partei, die der eigenen Zielpräferenz am nächsten steht.

Diese Aussage bezieht sich zunächst nur auf die Antikernkraftbewegung. Eine Generalisierung auf andere neue Bewegungen erscheint aber möglich, falls diesen in Zukunft eine höhere Mobilisierung gelingen sollte. Unter Bedingungen niedriger Mobilisierung wirkt sich in erster Linie nur die Identifikation mit der jeweiligen Bewegung als ein die GRÜNEN begünstigender Faktor aus, allerdings auf insgesamt geringerem Erklärungsniveau als unter Bedingungen hoher Mobilisierung.

V. Schlußbemerkungen

Die neuen sozialen Bewegungen lassen sich unter vielen Gesichtspunkten untersuchen. In der Wahlsoziologie steht z. B. oft die Frage im Vordergrund, welche sozialstrukturellen Gruppierungen die Hauptträgergruppen sind, ob es sich bei diesen z. B. um eine neue Klasse handelt¹⁹⁾. Wir haben demgegenüber mehr die politischen Faktoren un-

tersucht, die die neuen Bewegungen und die GRÜNEN in der Bundesrepublik begünstigt haben. Dazu gehört zweifellos der sich in den letzten Jahren in breiteren Schichten der Wählerschaft vollziehende Wandel in der Einstellung zur Kernenergie, der von dem Kurswechsel der SPD nach ihrem Ausscheiden aus der Bundesregierung beschleunigt worden sein dürfte. Gleichzeitig ist aber sichtbar geworden, daß die Öffnung der SPD zum Bewegungssektor hin die Chancen der GRÜNEN auch begrenzt. Die GRÜNEN sind in das Parteiensystem

¹⁹⁾ Vgl. Hanspeter Kriesi, *New social movements and the new class in the Netherlands*, in: *American Journal of Sociology*, 94 (1989), S. 1078-1116.

integriert worden, sie werden nicht mehr ausgegrenzt, aber sie sind integriert worden zu den Bedingungen dieses Systems. Sie sind eine auf dem Links-Rechts-Kontinuum klar verortete Partei geworden und konnten dem Parteiensystem keine neue politische Konfliktstruktur aufzwingen. In dieser Rolle links von der SPD bleiben sie auf den

Bewegungssektor angewiesen. Ihre Bewegungsmantik schützt sie vor einer Vereinnahmung durch die SPD. Auf die Dauer wird dies aber nur gelingen, wenn die Bewegungen ihre Mobilisierungsfähigkeit erhalten und wenn sie die GRÜNEN als Partei des Bewegungssektors weiterhin akzeptieren.

Die Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre. Themen und Strategien

I. Der Mythos der Basisdemokratie

Kein Zweifel: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die Anfang der achtziger Jahre um ihren Kristallisationskern — die „Verhinderung neuer Mittelstreckenraketen“ — sehr unterschiedliche Protestmotive bündelte und enorme Mobilisierungserfolge erzielte, wuchs im Szenario der neuen sozialen Bewegungen zur größten Protestbewegung in der Geschichte der Republik. Die Erfolge und die Sonderstellung der Friedensbewegung sind eng verknüpft mit der Herausbildung eines Organisationszentrums auf nationaler Ebene: dem Koordinationsausschuß (KA) der Friedensbewegung. Dieser konkurrenzlos wirkende, abgeschottete und effektive Arbeits- und Kommunikationszusammenhang — getragen von 30 sehr heterogenen Organisationen mit fein austarierter Bündniszuordnung und -politik — prägte die Entwicklung, die Themenakzentuierung und die Strategiebildung der Friedensbewegung besonders in ihren Hochphasen entscheidend¹⁾.

Die Friedensbewegung konzentrierte ihre Proteste und Forderungen entsprechend ihrem Themenfeld, der Sicherheitspolitik, auf die hier relevante nationale Politikebene und schuf sich demzufolge zentrale Strukturen. Außerdem öffnete sie sich schon zu Beginn der achtziger Jahre für bürgerliche Kreise und akzeptierte Parteivertreter jeder Couleur in ihren Reihen.

Die Anti-AKW-Bewegung präsentierte sich sowohl mit ihren klaren Ausstiegsforderungen und ihrer stärker ausgeprägten Konfliktbereitschaft als auch mit ihren radikalen Aktionen als Kontrastbewegung. Ihr Protestimpuls liegt in der Region, am Standort der Atomkraftwerke, der Wiederaufbereitungsanlagen und Endlager. Sie kämpfte schon in den siebziger Jahren gegen alle im Bundestag vertretenen Parteien und immunisierte sich weitgehend gegenüber bürgerlichen Gruppen und gemäßigten Positionen. Folglich dominierten radikale Leitfiguren, die von harten Auseinandersetzungen

mit der Polizei an den Bauzäunen gezeichnet waren; dezentrale Organisationsformen und regionale Widerstandsaktionen bestimmten die Protestkultur der Anti-AKW-Bewegung²⁾. In der Ökologiebewegung³⁾, die vorrangig auf individuelle Bewußtseins- und Verhaltensänderung setzt, entwickelte sich diese Tendenz noch eindeutiger.

Die Frauenbewegung⁴⁾ und die Dritte-Welt-Bewegung⁵⁾ bildeten frühzeitig markante Strömungen mit einem ausgeprägten Eigenleben heraus und verwurzelten sich mit ihren ebenfalls eher auf Überzeugung und Bewußtseinsänderung konzentrierten Politik vorrangig an der Basis in den Städten. Nicht nur die Regierung, sondern die einzelnen Frauen und Männer sind ihre Adressaten. Gegen bundesweite Koordinationsgremien bestanden folglich auch hier erhebliche Vorbehalte und Vereinnahmungsängste.

Wichtige Repräsentanten der Bewegungswissenschaft betonten den „ausgeprägt ‚basisdemokratisch‘-emanzipativen Charakter“ der neuen sozialen Bewegungen⁶⁾ oder behaupten gar: „Die Organisation der sozialen Bewegungen ist heute nicht mehr zentral, sondern dezentral: auf der Graswurzelebene.“⁷⁾ Selbst anerkannte Forscher transportieren in Standardwerken auch für die Friedensbewegung ähnliche Fehleinschätzungen: „Dem pluralistischen Charakter der neuen Friedensbewegung entspricht auch ihre lockere Organisationsstruktur, die sich aus der Zusammenarbeit der verschiedenen

¹⁾ Teile dieses Aufsatzes beziehen sich auf meine Dissertation, die 1989 unter dem Titel „Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung“ erscheint. Siehe auch Thomas Leif, Die professionelle Bewegung. Friedensbewegung von Innen, Bonn 1985.

²⁾ Vgl. Wolfgang Ehmke (Hrsg.), Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf, Köln 1987.

³⁾ Vgl. Petra K. Kelly/Jo Leinen (Hrsg.), Prinzip Leben — Ökopax — Die neue Kraft, Berlin 1982.

⁴⁾ Vgl. Herrad Schenk, Frauen kommen ohne Waffen, Köln 1983³.

⁵⁾ Vgl. Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986.

⁶⁾ Karl-Werner Brand, Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987, S. 44.

⁷⁾ So Ulrike C. Wasmuth vor dem Krefelder Kreis am 11. Februar 1989, in: Krefelder Initiative (Hrsg.), Zur Information, (1989) 1, S. 10.

Gruppierungen entwickelt hat. Für die Koordination bundesweiter Aktionen haben sich fallweise informelle Gesprächs- und Arbeitsgruppen mit Vertretern aus den verschiedenen Strömungen gebildet, wobei Basisorientierung und Organisationsrivalitäten eine Formalisierung bislang verhindert haben.“⁸⁾

Die Palette solch institutionalisierter Mythen und idealtypischer Stilisierungen ließe sich noch um etliche Beispiele ergänzen. Die generelle Kritik untermauert hingegen das Urteil von Michael Thomas Greven, der als das Dilemma der Bewegungswissenschaft den „eklatanten Mangel an empirisch fundiertem Wissen“ in diesem Forschungsfeld analysiert hat⁹⁾.

Da andere Neue Soziale Bewegungen keine ähnlich einflußreiche Bewegungsorganisation herausgebil-

det haben wie die Friedensbewegung, zudem auf diesem Feld erhebliche Forschungslücken¹⁰⁾ bestehen und nach wie vor manche Bewegungsforscher den Mythos der Basisdemokratie konsequent publizistisch pflegen, soll im folgenden eine nüchterne Analyse die vorherrschenden, meist verklärenden Beschreibungen ablösen.

Die Qualitätsmerkmale der Basisdemokratie, die der Friedensbewegung quasi von ihrer Natur her zugeschrieben werden, wie der freie, gleichberechtigte Zugang und die Beteiligung aller am Bewegungsziel Interessierten, die Transparenz aller Entscheidungen, die Kontrolle der mit begrenztem Mandat ausgestatteten Führungsgremien etc., sollen am Beispiel der Praxis in der Friedensbewegung hinterfragt und anhand einer Analyse der relevanten Gremien überprüft werden¹¹⁾.

II. Die frühe Zementierung der zentralen Entscheidungsstrukturen

Am Ende des 19. Evangelischen Kirchentages in Hamburg trafen sich am 19. Juni 1981 22 Vertreter verschiedener Organisationen, um den Ablauf einer großen Kundgebung am 10. Oktober 1981 zu besprechen. Damit war der Grundstein für das erste und stabilste Koordinationsgremium der Friedensbewegung gelegt.

An der Entstehungsgeschichte der daraus gewachsenen „Frühstücksrunde“, der Vorläuferin des Koordinationsausschusses, läßt sich deutlich erken-

nen, wie über informelle Kontakte und Begegnungen führender Persönlichkeiten der Friedensbewegung behutsam ein zentrales Entscheidungszentrum geformt wurde.

Durch die langfristig angelegte Planung konnte die Idee des KA — unbelastet von Streitigkeiten in der Öffentlichkeit und radikalen Forderungen einzelner — langsam reifen, so daß die Aktionskonferenz im April 1983 diesem Gremium nur noch per Akklamation zustimmen mußte. Der Koordinations-

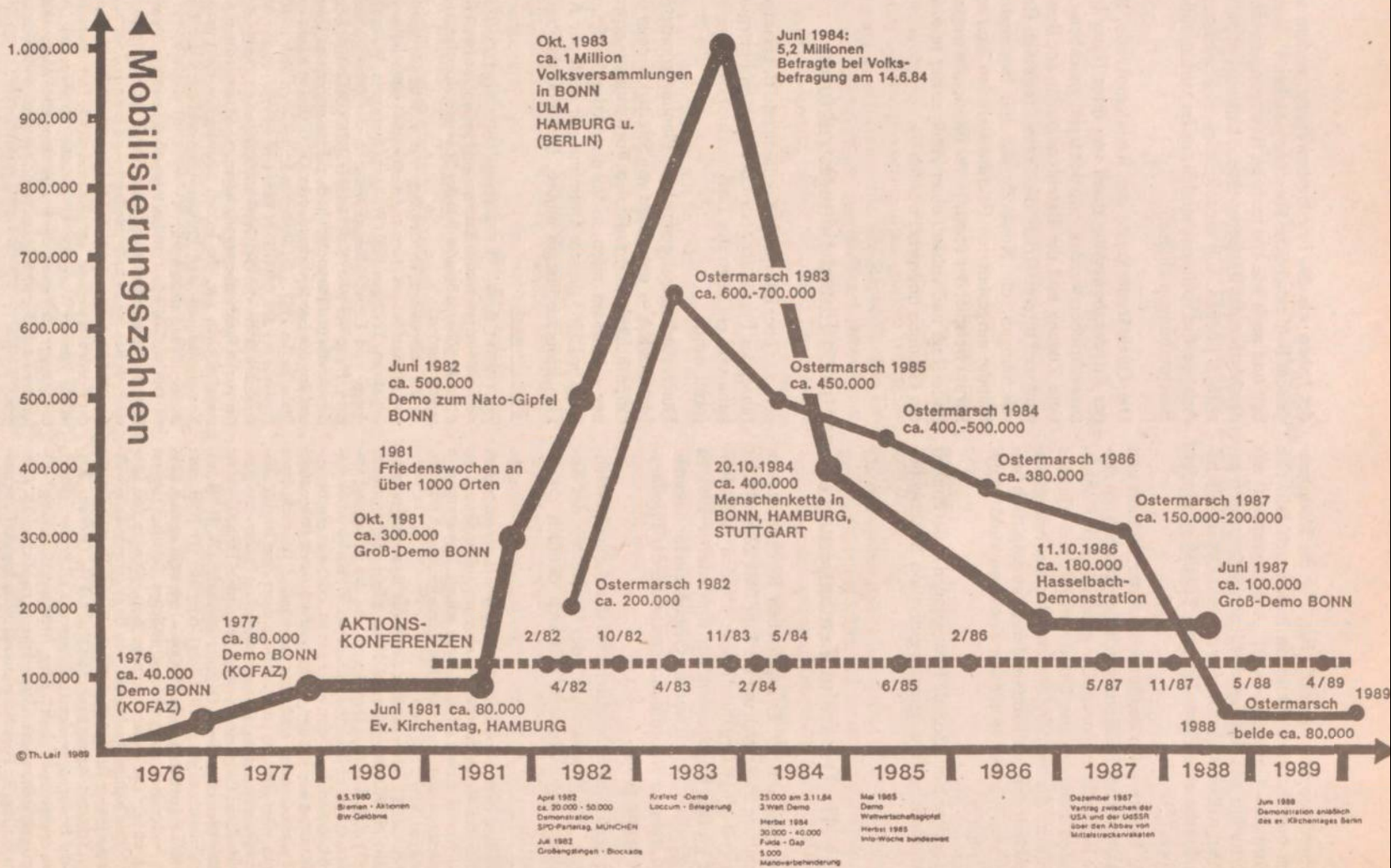
⁸⁾ Roland Roth, Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik — eine vorläufige Skizze, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/New York 1985, S. 70.

⁹⁾ Michael Th. Greven, Zur Kritik der Bewegungswissenschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, (1988) 4, S. 51—60. „Der Gegenstand der Bewegungswissenschaft erscheint mir theoretisch (noch?) höchst problematisch konstituiert zu sein; ob er neu ist, oder was gegebenenfalls an ihm neu ist, und ob die beobachtbaren Phänomene Teil eines Ganzen, oder aber selbständige Beispiele eines Typus, oder aber, ob schließlich die unter dem Begriff üblicherweise zusammengefaßten empirischen Phänomene ganz verschiedene Dinge sind, und die behauptete Einheit, wie sie in Begriffen etwa einer „Gegengesellschaft“ (W. Holstein), „Alternativbewegung“ (P. Glotz) oder der (!) NSB zum Ausdruck kommt, nur ein Mythos — ich weiß es nach Lektüre vieler bewegungswissenschaftlicher Schriften immer noch nicht.“ Die bahnbrechenden Anmerkungen von Greven haben heftige Reaktionen von Bewegungswissenschaftlern ausgelöst: Roland Roth/Dieter Rucht, Reaktionen aus dem „Ghetto“. Anmerkungen zu Michael Th. Grevens „Kritik der Bewegungswissenschaft“ sowie Karl-Werner Brand, „Bewegungswissenschaft“ oder Bewegungsforschung? Einige „ganz unironische“ Anmerkungen zu Michael Th. Grevens Beitrag, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegun-

gen, (1989) 1, S. 44—53. Diese längst überfällige Debatte hat noch weitere produktive Beiträge angestoßen, die langfristig sicher zu höheren Standards in der Bewegungsforschung beitragen werden.

¹⁰⁾ Zu verwandten Themen liegen u. a. folgende Studien vor: Michael Schenk, Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen, Tübingen 1982; Wolfgang Sternstein, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Ökologiebewegung, Hannover 1981; Ralf Heidger, DIE GRÜNEN: Basisdemokratie und Parteiorganisation. Eine empirische Untersuchung des Landesverbandes der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz, Berlin 1987. (Zu ähnlichen Ergebnissen über interne Prozesse bei den GRÜNEN kam eine interne, nicht-veröffentlichte Studie des ibek-Instituts, Karlsruhe.) Zur Analyse der neuen Friedensbewegung liegen ca. 40 universitäre Abschlussarbeiten vor, die jedoch ausnahmslos die internen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen der Friedensbewegung ausblenden.

¹¹⁾ Die vorliegende Untersuchung bezieht sich auf einen Untersuchungszeitraum von neun Jahren und stützt sich im wesentlichen auf 24 halb-standardisierte Intensiv-Interviews (ca. 90 Minuten) mit führenden Vertretern aller Spektren der Friedensbewegung, auf eine umfassende Dokumentenanalyse interner Vorgänge (Protokolle, Briefwechsel, Arbeitspapiere etc.) sowie die Beobachtung aller Aktionskonferenzen und der wichtigsten Koordinationsausschußsitzungen.



ausschuß zur Vorbereitung der Demonstration am 10. Juni 1982, für die Herbstaktionen 1983 und die Zeit danach blieb in seiner Gründerstruktur weitgehend identisch und existiert in dieser Urform – mit geringen Veränderungen – noch heute.

Dieses stabile Gremium bereitete u. a. alle Aktionskonferenzen vor und erhielt von diesem offenen Treffen der Friedensinitiativen einige Male ein Mandat zur Vorbereitung von Großaktionen.

III. Aktionskonferenzen: Die regulierte Legitimationsquelle

Die im KA entworfene Politik war ohne das korrespondierende Element der Aktionskonferenzen nicht denkbar. Diese Parallelstruktur bildete für den KA das Bezugssystem zur Basis der Friedensinitiativen. Er nutzte folglich die formale Legitimationsfunktion der Aktionskonferenzen für seine Arbeit und steuerte die Versammlungen der Friedensinitiativen durch eindeutige Vorgaben. Die in der Regel halbjährlichen Treffen auf Bundesebene, an denen zwischen 300 und 1 200 Personen an Wochenenden – zumeist in Köln – teilnahmen, waren immer von dem friedenspolitischen Zeitgeist geprägt und eng mit der Entwicklung und dem Diskussionsstand im KA gekoppelt. Die Debatten und der Themenstreit während der Aktionskonferenzen können folglich als Kompaß für die jeweils aktuelle Ortsbestimmung der Friedensbewegung gewertet werden.

Auf den in den Umgangs- und Abstimmungsverfahren ritualisierten Aktionskonferenzen führte durchgehend der KA Regie, der die Friedensinitiativen

einlud, eine genaue Tagesordnung vorschlug und mit Hilfe eines von führenden Repräsentanten des KA gestellten Tagungspräsidiums den Konferenzverlauf stark beeinflusste. So wurden beispielsweise Abstimmungen je nach Bedarf herbeigeführt bzw. blockiert und im KA bereits abgeklärte Texte (Aufrufe, Resolutionen etc.) lediglich zur „Bestätigung“ eingebracht. Relevante Gegensätze zwischen den wichtigsten Strömungen wurden meist im Vorfeld integriert oder ausgeklammert.

Durch eine spezifische Bewegungsdiplomatie wurden mit den Aktionskonferenzen lange Zeit alle wichtigen Funktionen gesichert. Sie dienten als Ort der Legitimation, als Diskussionsforum, Stimmungsbarometer der Bewegung, als interne Mobilisierungsquelle und als Podium für die Darstellung nach außen. Für die Zukunft müßte das Scharnier zur Basis der Friedensinitiativen jedoch erneuert werden, wenn eine tragfähige Legitimationsbasis der programmatischen Entscheidungen und Aktionsfestlegungen angestrebt werden soll.

IV. Die professionelle Bewegung: zentralisierte Entscheidungsfindung in der Friedensbewegung

Nach gründlichen Absprachen mit einflußreichen, gremienerfahrenen Kernorganisationen schnürten die Gründerfunktionäre ein sorgsam durchdachtes Kompromiß-Paket: Zunächst 26, später 30 Mitgliedsorganisationen wurden in den KA aufgenommen. Die Motive für diese Lösung lagen in dem Wunsch, erstens nach außen eine möglichst breit akzeptierte Vertretung der Friedensbewegung zusammenzubringen und zweitens nach innen keine relevante Strömung der Friedensbewegung bewußt auszugrenzen, um so gleichzeitig repräsentativ und integrativ zu wirken.

Das Ergebnis dieses Balanceakts führte zum KA als Bewegungsorganisation. Seine Mitgliederstruktur sollte für die politische Legitimation des Gremiums stehen und Angriffe wegen möglicher Repräsentationsdefizite ausschließen.

Schon in der Gründungsphase des KA kristallisierten sich fünf Spektren heraus, die auch für die wich-

tigsten Strömungen in der Friedensbewegung stehen: die Christen, die Unabhängigen sowie die parteinahen Sozialdemokraten, das KOFAZ (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit) und die GRÜNEN.

Mit dem Spektrenbegriff werden informelle, politisch oder weltanschaulich motivierte Zusammenschlüsse bezeichnet, die auf der Grundlage gemeinsamer Fundamente, Organisationseinbettungen und spezifischer Praxisfelder mit verwandten Grundorientierungen und Forderungen zu gemeinsamen Entscheidungen und Beschlüssen kommen. Die Spektren im KA spiegeln in etwa die politische Landschaft der „Linken“ und anderer sozialer Bewegungen. Sie werden meist von einer führenden Organisation als Sprecher und Verhandlungsführer repräsentiert. Sie organisieren Absprachen, integrieren unterschiedliche Positionen in „ihrem“ Lager, entwickeln Kompromißpapiere und legen den Gremien abstimmungsreife Vorlagen vor.

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung (ab 1983)
— Typologie der Struktur und Zusammensetzung —

1. Parteien

1.1. Parteien (und Arbeitsgemeinschaften)

- Die Grünen
- Liberale Demokraten (LD)
- Demokratische Sozialisten (DS)¹⁾
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF)²⁾

1.2. Politische Jugendorganisationen

- Jungsozialisten (Jusos)
- Jungdemokraten (Judos)
- SJD — Die Falken
- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

1.3. Parteinaher Organisationen

- Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS)
- Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ)

2. Jugendverbände (für Auszubildende, Schüler, Studenten und Jugendliche)

- DGB-Jugend³⁾
- Bundesschülervertretung (BSV)⁴⁾
- Vereinigte Deutsche Studentenschaft (VDS)

3. Koordinationsgruppen und Zusammenschlüsse

- Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam (KOZU)⁵⁾
- Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF)⁶⁾
- Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FOGA)

4. Frauen

- Anstiftung der Frauen für den Frieden (FfdF)
- Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen nein! (FBN)

5. Kriegsdienstgegner

- Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

6. Antifaschisten

- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)⁷⁾

7. Dritte-Welt-Gruppen

- Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)⁸⁾ — bzw. Koordinationskreis 3. Welt (KK3W)

8. Ökologie-Gruppen

- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

9. Christliche Gruppen

- Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF)
- Aktion Dienst für den Frieden (AGDF)⁹⁾
- Evangelische Studentengemeinden (ESG)
- Initiative Kirche von Unten (IKVU)
- Ohne Rüstung Leben (ORL)¹⁰⁾
- Pax Christi (PC)¹¹⁾

10. Personenbündnisse/Vereinigungen

- Gustav-Heinemann-Initiative (GHI)
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (KGD)

= 30 Mitgliedsorganisationen

¹⁾ Die DS betrachteten sich seit 1985 nicht mehr als ordentliches Mitglied des KA (vgl. Brief vom 14. 1. 1988).

²⁾ Neuaufnahme auf der Aktionskonferenz vom 11./12. 2. 1984.

³⁾ Die DGB-Jugend hatte formal von Anfang an den Status eines Beobachters.

⁴⁾ Bis zur Gründung der Bundesschülervertretung am 24./25. 3. 1984 hieß die Vorgänger-Organisation Konferenz der Landes-schülervertretungen (KdLSV).

⁵⁾ Neuaufnahme auf der Aktionskonferenz am 11./12. 2. 1984. Zum Jahreswechsel 1987/88 trat die KOZU ebenfalls in einen Beobachterstatus (vgl. Brief vom 13. 12. 1987).

⁶⁾ Bis zur organischen Übernahme des Namens Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) hieß diese Gruppe Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF).

⁷⁾ Neuaufnahme auf der Aktionskonferenz am 11./12. 2. 1984.

⁸⁾ Austritt im Laufe des Jahres 1986 (ohne genauen Termin).

⁹⁾ Beobachterstatus seit August 1984.

¹⁰⁾ Austritt im Juni 1986; seit Januar 1988 wieder Beobachterstatus im KA.

¹¹⁾ Neuaufnahme auf der Aktionskonferenz am 11./12. 2. 1984.

Alle im KA vertretenen Spektren verklammerten anfangs die Kernforderung der „Verhinderung der NATO-Nachrüstung“ sowie den Wunsch, eine breite Massenbewegung zu organisieren. Dabei verfolgten die Mitgliedsorganisationen eine im Grunde einfache, jedoch sehr erfolgreiche Konzeption: Sie verknüpften die Lernerfahrungen früherer sozialer Bewegungen und der Bürgerinitiativen, die das Rückgrat der Friedensbewegung bildeten und in sie ein neues Politik- und Aktionsverständnis einbrachten, mit der Professionalität der mitwirkenden traditionellen politischen Organisationen. Diese komplexe Verbindung vereinte Ideenreichtum, Kreativität und Mobilisierungsfähigkeit der Bewegungen mit den professionellen Arbeitsstrukturen der traditionellen Gruppierungen, die langjährige Erfahrung bei der Organisation von Massenveranstaltungen, eine auf Effizienz ausgerichtete Medienarbeit und die Hilfe beim Aufbau eines funktionierenden Apparates beisteuerten. Zudem waren die Aktionen der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre in eine mobilisierungsfördernde Zeitleiste mit offenen Entscheidungsverläufen (u. a. Genfer Verhandlungen, Parteitagbeschlüsse, Bundestagsdebatte zur „Nachrüstung“ etc.) und in ein günstiges, Streit förderndes gesellschaftliches Klima (Krise der Abrüstungspolitik, Bedrohungsrhetorik Reagans) eingebettet. Eine Eigendynamik bei der Aktionsmobilisierung, gefördert durch die Bündelung vielfältiger Protestmotivationen¹²⁾, kam als katalysierendes Element hinzu und sorgte gemeinsam mit der beschriebenen Kooperation für die (Mobilisierungs-)Erfolge des KA der Friedensbewegung.

Die Entwicklung des KA von seiner Konstitution, über den Aufstieg zum zentralen Organisationsgremium für bundesweite Aktionen bis zu seinem Bedeutungsverlust und seiner schleichenden Auszehrung ist eine wechselvolle, konfliktreiche Geschichte. Gleichwohl ist es dem KA in der Regel gelungen — lautlos und kaum kritisiert — Einfluß auf die Friedensbewegung zu nehmen. Politische Attacken von außen konnten abgewehrt werden; interne Diskussionen drangen kaum an die Öffentlichkeit, und auch ernsthafte Alternativvorschläge zum KA hatten keine Chance.

Der KA ist mit seinen assoziierten Gremien folglich ein einmaliges Experiment in der Bewegungsgeschichte der Bundesrepublik. Als Kommunikations- und Entscheidungsforum entwickelte sich der

¹²⁾ Vgl. Klaus Horn/Volker Rittberger (Hrsg.), *Mit Kriegsgefahren leben. Bedroht sein, Bedrohungsgefühle und friedenspolitisches Engagement*, Opladen 1987.

KA mit seiner Zusammensetzung, Stabilität und Effizienz im Laufe der Jahre zu einem Modell, dessen Maßstäbe, Mängel und Erfahrungswerte auch von anderen Bewegungen bei der Bildung von Koordinationsgremien künftig berücksichtigt werden. Allerdings sind die Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen im KA — im Hinblick auf andere heterogen strukturierte neue soziale Bewegungen nicht verallgemeinbar, da sich für den KA anfangs die Bedingungen geringer Komplexität des Ziels (Verhinderung der Stationierung einer Waffengattung) und die zeitlich durch äußere Vorgaben klar eingegrenzte Protestsituation stabilisierend auswirkten.

Aus den markanten Defiziten des KA hinsichtlich der Repräsentanz von Basisinitiativen, von berufsbezogenen und bürgerlichen Gruppen sowie von Frauengruppen ergaben sich selbstverständlich zahlreiche Konflikte und Reibungsflächen, da relevante Positionen ausgeblendet wurden. Die teilweise indirekt gesicherte Repräsentation dieser Teile der Friedensbewegung durch die KA-Organisationen wie auch die Gewährung eines Gaststatus von nicht beteiligten Organisationen im KA konnten diese Defizite insgesamt nicht ausgleichen.

Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß die Mehrheit im KA kein vitales Interesse an konkreten Veränderungen und Reformen dieses Gremiums hatte und deshalb Aufnahmeanträge anderer Gruppen verschleppte und Reformimpulse ignorierte. Nur einmal wurde der KA dabei um vier Organisationen erweitert. Diese Erweiterung gelang jedoch nur, weil dabei jeweils vier Spektren berücksichtigt wurden und so die fein überlegte Arithmetik des Gremiums nicht tangiert wurde. Die Aufrechterhaltung und Stabilisierung dieser mit Repräsentationsdefiziten behafteten KA-Strukturen war über Jahre möglich, da allein mit den Aktionskonferenzen keine wirksamen Korrektivinstanzen einwirken konnten. Der KA selbst hatte kein Interesse an einer Neu-Strukturierung und ließ ab 1987 nicht einmal sein Mandat nach der vereinbarten Zeit von der Konferenz der Friedensinitiativen verlängern.

Die tragenden Spektren im KA hatten sich offensichtlich darauf geeinigt, ihre Monopolstellung durch Neuaufnahmen nicht zur Disposition zu stellen. Zudem wäre mit dem Thema „Neustrukturierung des KA“ Sinn, Zweck und Legitimationsausstattung dieses Gremiums grundsätzlich und öffentlich diskutiert worden; damit wären massive Konflikte bis hin zur Aufsplitterung der KA vorprogrammiert gewesen.

V. Basisinitiativen als Gegenpol

Die Entfaltung des Koordinationsausschusses auf nationaler Ebene war nur möglich, weil sich in der gesamten Republik ein dichtes Netz von sehr unterschiedlichen Friedensgruppen ausbreitete, die die Ideen und Vorschläge des KA in ihre Arbeit aufnahmen. Denn die Grundorientierungen der vorgestellten Spektren wurden auch vor Ort vertreten, so daß die Basis die zentralen „Bonner Themen“ diskutierte und meist auch für die anstehenden Demonstrationen mobilisierte. Eigenständige Aktionen erweiterten diesen Diskussions- und Handlungsrahmen noch.

Ein wesentliches Kennzeichen und Lebenselement der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre ist das starke Fundament regionaler, örtlicher und stadtteilbezogener Friedensinitiativen, die im Jahr 1983 nach den vorliegenden Schätzungen ein Potential von rund 4 000 bis 6 000 Initiativen ausmachten. Heute muß von der Hälfte der Initiativen und damit von einem wesentlich geringeren Aktionspotential ausgegangen werden. Die Initiativen verteilen sich flächendeckend auf die Bundesrepublik. Trotz der Heterogenität dieser Gruppen, die vielschichtige Wechselbeziehungen zu anderen sozialen Bewegungen haben, in den lokalen politischen Milieus eingebettet sind und oftmals aus bereits vorhandenen Arbeitszusammenhängen und Bürgerinitiativen herauswachsen, läßt sich ein Katalog von Strukturelementen festhalten¹³⁾.

Viele Initiativen, deren Potential sich aus Sympathisanten, „Bewegten“ und Aktivisten zusammensetzt, haben entweder einen direkten Bezug zu kirchlichen, beruflichen¹⁴⁾, gewerkschaftlichen

und (partei-)politischen Gruppen oder bilden sich am Ort als politisch gemischte, für alle Interessenten offene Gruppen. Die spezifische Situation von Blockade- und Bezugsgruppen, die sich auf die Vorbereitung von Aktionen zivilen Ungehorsams konzentrieren, rundet das Feld der Basisinitiativen ab.

Folgende strukturelle Gemeinsamkeiten und Kennzeichen lassen sich nach dem Studium eines Dutzends von Regional- und Lokal-Studien und auf der Grundlage von Beobachtungen als Erfahrungswerte festhalten:

— Trotz der vielfältigen Anlässe, in einer Initiative mitzuwirken, kristallisiert sich der motivierende Kern heraus, auf Grund der empfundenen Bedrohung aus einer passiven Haltung in eine aktive handelnde Rolle („aufklären, motivieren, aktivieren“) überzugehen. Dieser einschneidende Beschluß ist für viele Teilnehmer der Initiativen oft der erste Schritt zu politischem Engagement; ihm folgt für die Phase der Konstituierung und der Regulation der Gruppenprozesse ein schwieriger, kontinuierlicher und zeitaufwendiger Prozeß. Der persönlichen Kommunikation, einer „ganzheitlichen“ Arbeitsweise und der notwendigen wechselseitigen Aneignung von sicherheitspolitischer Fachinformation und Wissen zum Thema „Krieg und Frieden“ kommt eine wichtige Bedeutung zu. Hier sind auch Konflikte angelegt, da mit dem Lernen in Initiativen oft sehr unterschiedliche Aktivitäts- und Informationsniveaus überbrückt werden müssen. Diese notwendigen gemeinsamen Lernprozesse fördern das Zusammenwachsen in den Gruppen.

Basisinitiativen knüpfen meist am Alltags- und Lebenszusammenhang und die daher rührende Betroffenheit an. Die kommunale Verortung ihrer Aktivitäten bedeutet einerseits eine Herausforderung wegen der hier teilweise intensiv ausgeprägten Mechanismen sozialer Kontrolle und erzeugt andererseits ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit des Engagements im Umfeld von Nachbarn und Bekannten. Die Entscheidung vor Ort, politisch tätig zu werden, korrespondiert mit dem Wunsch nach überschaubaren, gleichberechtigten, basisdemokratischen Arbeitsstrukturen, die auch soziale Bedürfnisse nach Solidarität, Gemeinschaft und wechselseitigem Kennenlernen erfüllen sollen. Dem lockereren Arbeitszusammenhang entspricht die geringe Ausdifferenzierung von Aufgaben und Funktionen in den Gruppen. Die egalitäre Binnenstruktur mit dem Wunsch der Mitglieder nach gruppenbezogener Autonomie lebt zudem von dem Ziel direkter politischer Kontakte untereinander. So lassen sich

¹³⁾ Zur spezifischen Ausprägung der Basis-Friedensinitiativen vgl. Günther Gugel/Uli Jäger (Hrsg.), Handbuch Kommunale Friedensarbeit, Tübingen 1988, sowie Brigitte Rükker/Fritz Vilmar, Kommunale Basisarbeit: Lebensbedingungen der Friedensbewegung. Die Friedensinitiative Nagold als exemplarisches Beispiel, Starnberg 1987. Professor Klaus Eichner analysierte die Basisarbeit von 50 Friedensinitiativen in einem Forschungsprojekt, das unter dem Titel „Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland“ im Dezember 1984 abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse zu den Fragen Organisation, politische Orientierung, Handlungsperspektiven und Erfolgsaussichten sind jedoch nur als „Vorabinformation“ (zwei Seiten) zugänglich. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) beauftragte das Münchner Sinus Institut mit einer Studie „Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedensbewegung — Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983“, Bonn 1983. Hier wird die Motivationslage an der Basis treffend analysiert.

¹⁴⁾ Vgl. Reiner Braun u. a. (Hrsg.), Berufsbezogene Friedensinitiativen, Köln 1982². Intern kam die Krefelder Initiative, die einen Großteil dieser in beruflichen Feldern verankerten Friedensinitiativen organisatorisch anleitet, im Februar 1989 zu einer eher skeptischen Bilanz, da auch dieser Strang der Friedensbewegung zunehmenden Auszehrungen begegnen muß.

Prinzipien der Basisdemokratie leichter realisieren als in zentralen Gremien mit ausgeprägten Interessenlagen.

– Mit der Entscheidung, das persönliche Engagement vor Ort zu konzentrieren, ist gleichzeitig eine gewisse naturwüchsige Distanz gegenüber überregionalen Strukturen und Konferenzen verbunden. Der Skepsis gegenüber unüberschaubaren Politikformen schließt sich eine Abneigung gegenüber Prominenten, Experten und Sprechern an. Folglich sind mit dem Schritt hin zu Vernetzungen auf verschiedenen Ebenen – bis hin zum KA auf nationaler Ebene – immer Abgrenzungen in bezug auf die verschiedenen Arbeitsebenen verbunden.

Trotzdem existieren in der gesamten Bundesrepublik vielfältige Vernetzungen zwischen den Friedensinitiativen, die sich regional oder auf Stadtebene ausbilden und sich über regelmäßige Treffen und Konferenzen sowie Friedensläden oder Friedensbüros organisieren und austauschen. Auf Kreis-, Großstadt- und Bundeslandebene bildeten sich zudem weitere Strukturen, die länderspezifisch ihre eigene Ausprägung haben.

Mit diesen Strukturen ist der Bedarf der Basisinitiativen an nützlicher Koordination und wechselseitigem Austausch weitgehend gedeckt, so daß die Strukturen auf nationaler Ebene (Aktionskonfe-

renzen und Koordinationsausschuß) meist als zu abgehoben empfunden werden und lediglich das Interesse weniger Aktiver finden, die die damit verbundenen organisationskulturellen Verformungen und Mechanismen kennen und sich darauf einstellen können.

Diese überregionalen Strukturen waren für die meisten Basisinitiativen jedoch kein Thema. Nur im Einzelfall machte sich die weit verbreitete, aber selten veröffentlichte Kritik Luft: „Auch für die zukünftige Struktur der Friedensbewegung ist es nach diesem Verständnis unumgänglich, von der zentralistischen Organisationsform mit Koordinationsausschuß in Bonn (!) samt selbsternannten Sprechern und Funktionären wegzukommen. Ziel muß es sein, die vielen – vor allem regionalen – Friedensgruppen überhaupt erst (bzw. in viel stärkerem Maße) am Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Hier kommen Regionaltreffen und regionalen Aktionsbündnissen sowie dem Aufbau dezentraler, basisnaher Einrichtungen wie Friedensbüros, -läden etc. eine große Bedeutung zu.“ Diese Aussage unterstreicht, daß es zwischen der Basisebene und der nationalen Ebene der Friedensbewegung Repräsentationslücken gab. Der hier angelegte Unmut und Konfliktstoff führte trotzdem nicht zu konkreten Initiativen und Reformkonzepten¹⁵⁾.

VI. Die Themen der Friedensbewegung: zwischen Konstanz und Wandel

Der wichtigste Anstoß der Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre – die Nachrüstung neuer Mittelstreckenraketen – bildete bis Ende 1983 und mit ihren Nachwirkungen auch noch 1984 den zentralen Kristallisationspunkt in der Friedensbewegung¹⁶⁾. Er entfaltete in der Hochphase der Mobilisierung eine enorme Integrationswirkung für die unterschiedlichen Spektren in der Friedensbewegung.

Der „Minimalkonsens“ wurde zwar immer von anderen, grundlegenden Forderungen einzelner Organisationen und Spektren begleitet. Mehrheitsfä-

hig waren die weitreichenderen Programme beispielsweise für die Überwindung der Abschreckungspolitik oder einen durchgreifenden Antimilitarismus jedoch nicht. Mit der Bündelung der vielfältigen Anliegen auf eine verständliche und klar umrissene Forderung gelang es zudem lange Zeit, konzeptionelle Gegensätze der beteiligten Gruppen zu überdecken. Unter dem Dach der einfachen Forderungen gegen Pershing II und Cruise Missiles versammelten sich alle, die eine Kurskorrektur in der Sicherheitspolitik herbeiführen wollten oder ein Abrüstungssignal erwarteten.

Die Konzentration aller Energien auf bestimmte Waffensysteme erwies sich jedoch spätestens ab November 1983 als strukturelles Problem, da trotz jahrelanger Proteste der Bundestag den Nachrüstungsbeschluß mehrheitlich bestätigte. Auf diese kollektive Erfahrung der Niederlage und das Gefühl vieler Aktiver, sich vergeblich für Abrüstung eingesetzt zu haben, war die Friedensbewegung nicht vorbereitet. Nach diesem Einschnitt und dem Verlust einer allgemeinen Programmklammer begann der Prozeß der inhaltlichen Ausdifferenzie-

¹⁵⁾ Nur ein wirksamer basisnaher friedenspolitischer Zusammenschluß – die Friedenskooperative – arbeitete in der Zeit von Herbst 1984 bis Mitte 1986 unter maßgeblicher Initiative des Komitees für Grundrechte und Demokratie als organisatorisches „Gegenmodell“ zum KA. Ein Teil der KA-Mitgliederorganisationen traf sich hier regelmäßig, um u. a. von außen auf den KA Einfluß zu nehmen und gemeinsame Anliegen effektiver vorzubereiten. Die Friedenskooperative scheiterte jedoch und konnte sich nicht als KA-Alternative etablieren.

¹⁶⁾ Diese Problematik behandelt ausführlich Günther Schmid, Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Der Konflikt um die „Nachrüstung“, München 1982.

rung der einzelnen Spektren, die jetzt versuchten, ihr über Jahre vernachlässigtes spezifisches Profil herauszustellen.

Nach den Mobilisierungshöhepunkten 1983 wirkte die Nachrüstungsdiskussion auch 1984 nach. Mit zentralen Großaktionen sollte der Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses rückgängig gemacht werden. Die Perspektivlosigkeit dieser Aktivitäten und die schon weitverbreiteten Ohnmachtsgefühle verhinderten jedoch neue inhaltliche Impulse. Nachdem diese „Nachrüstungs-Proteste“ erneut keine Erfolge zeigten, setzten sich einige Spektren mit der Position durch, daß jetzt eindeutigere Proteste nötig seien, um den Aufrüstungstrend zu stoppen¹⁷⁾.

Radikale Verweigerungsaktionen aller Militärdienste und die Idee von Manöverbehinderungen im „Fulda Gap“ im Herbst 1984 sollten die Antwort auf neue „Kriegsführungskonzepte“ der NATO sein. Die Verbreiterung des Themenspektrums mit einer Demonstration gegen die „mögliche Intervention der USA in Nicaragua“ bildete zusätzlich einen auffälligen Kontrast zu bisher gewohnten Themenschwerpunkten.

Diese Aktionen waren jedoch kein Produkt gemeinsamer Absprachen aller Spektren, sondern eher eine Replik der radikalen Kräfte innerhalb der Friedensbewegung auf früher angemahnte, jedoch versäumte oder abgeschmetterte Interventionschancen.

Nach der „Niederlage in der Hauptforderung“ Ende 1983 markierte das Jahr 1984 eine weitere Bruchstelle in der Entwicklung der Friedensbewegung. Das Repertoire gemeinsamer Forderungen und Programme war ausgeschöpft; die teilweise hilflosen Antworten der einzelnen Spektren auf die politische Lage konnten nicht mehr auf einen Nenner gebracht werden, zumal die radikaleren Aktionen Ende 1984 von einem weiteren Mobilisierungsschwund begleitet wurden. Statt den Hunderttausenden auf der Straße kamen nur noch einige Tausende.

Dieser Trend zur Partikularisierung des Protestes und zur Abkehr von gemeinsam getragenen Aktionen war selbstverständlich mit massivem Streit der Spektren untereinander verbunden und führte schließlich zu einer Beratungsphase 1985. In der selbst auferlegten aktionsfreien Phase konnte das

¹⁷⁾ Erst ab Mai 1984 drückten sich die virulenten Perspektivdiskussionen konkret aus. Der KA veröffentlichte erstmals einen Reader zur Strategiediskussion, der zahlreiche Vorschläge und Analysen der einzelnen Spektren enthielt. Vor den Strategie- bzw. Aktionskonferenzen im Juni 1985 und Februar 1986 erschienen noch einmal umfangreiche Reader.

Fundament gemeinsamer Forderungen jedoch nicht ausgebaut werden. Vielmehr führten die erzwungenen Strategiediskussionen¹⁸⁾ zu der Gewißheit, daß die unterschiedlichen Strömungen in der Friedensbewegung sich mit gegensätzlichen — teilweise miteinander unvereinbaren — Konzepten gegenüberstanden.

So wollten die orthodoxen Kräfte an frühere Erfolgsrezepte anknüpfen und 1985/86 die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) bzw. europäische Varianten (EVI) mit Großdemonstrationen bekämpfen. Diese Konzentration auf ein Waffensystem konnte sich als neuer Minimalkonsens trotz der Vehemenz der Forderungen jedoch nicht durchsetzen¹⁹⁾.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich in der Frage des Zivilen Ungehorsams ab. Obwohl einige Organisationen Blockaden und Aktionen Zivilen Ungehorsams — die früher nur von kleinen Gruppen getragen wurden — nun massenhaft propagierten, war dieser Kurs nicht mehrheitsfähig.

Die anfangs ablehnende Haltung kann jedoch einen grundsätzlichen Wandel in der Frage des Zivilen Ungehorsams²⁰⁾ nicht überdecken. Während noch 1983 die Verfechter des Zivilen Ungehorsams in der Minderheit waren und sich ständigen Attacken auch innerhalb der Friedensbewegung ausgesetzt sahen, wuchs die Zahl der Mitmacher bei entsprechenden Aktionen ab 1984 deutlich. Ab 1985 wichen selbst die toleranten Kritiker in der Friedens-

¹⁸⁾ Ich gehe von folgender Definition des Strategie-Begriffs aus: Strategie-Findung und Festlegung beziehungsweise die Entwicklung zweckorientierter, umfassender theoretischer Konzepte im Hinblick auf Aktionen sei verstanden als planvolles, kontrolliertes Handeln und Nicht-Handeln auf der Grundlage der gesetzten Ziele und unter Einbeziehung der allgemeinen Strukturbedingungen, der unterschiedlichen Interessenlage der im Bündnis beteiligten Spektren, ihren Erfahrungswerten und einer gemeinsam erarbeiteten Standortbestimmung. Die angestrebten Ziele, Veränderungen und Perspektiven werden in einem Strategiebildungsprozeß erarbeitet. Die Schritte des Handelns werden absichtsvoll reflektiert und nach kontroverser Diskussion der verschiedenen Spektren zu kurz-, mittel- und langfristigen Überlegungen und daraus folgenden Aktionskonzepten gebündelt. Mögliche Reaktionen der Gegner (Parteien, Regierung etc.) und Befürworter (Aktive, mobilisierungsfähige Sympathisanten etc.) dieser Ziele werden ebenso in die Planungen und den Prozeß der Entscheidungsfindung einbezogen, wie mögliche Folgen des Handelns. (Kriminalisierung, soziale Kontrolle u. a. durch die Polizei, strafrechtliche Verfolgung etc.). Die Realisierbarkeit der Pläne auf der Grundlage der vorhandenen Ressourcen prägt diesen Prozeß zusätzlich.

¹⁹⁾ Vgl. Krefelder Initiative (Hrsg.), Die Militarisierung des Weltraums kann verhindert werden. Zu den Erfolgsaussichten der Friedensbewegung, Köln 1986.

²⁰⁾ Vgl. Peter Glotz (Hrsg.), Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, Frankfurt 1983; Thomas Laker, Zivilen Ungehorsams. Geschichte — Begriff — Rechtfertigung, Baden-Baden 1986.

bewegung von ihrer reservierten Haltung ab und akzeptierten diese Protestform ebenfalls. Heute gehören Aktionen des Zivilen Ungehorsams zum selbstverständlichen Bestandteil der Protestkataloge nicht nur der Friedensbewegung.

Der Meinungsstreit über eine geeignete Handlungsstrategie blieb 1985 trotz der Beratungen ergebnislos. Deshalb einigte man sich auf eine bundesweite Informationswoche, die den einzelnen Gruppen Freiraum in ihrer Aktionsgestaltung ließ. Da diese beliebige Planung offensichtlich weder den nötigen Anklang bei den Aktiven noch in der Bevölkerung fand, verständigte man sich in den folgenden Jahren jeweils wieder auf eine Großdemonstration im Jahr, die jedoch — nicht allein auf eine präzise Forderung gestützt wurde. Vielmehr versuchte man hier das globale Thema Abrüstung erneut mehrheitsfähig zu machen bzw. die 1986 und 1987 laufenden Abrüstungsverhandlungen zu fördern und weitergehende Verhandlungsziele anzumahnen.

VII. Die strategische (Ohn)-Macht der Friedensbewegung

Der Wandel von Themen und Aktionen — die für die Friedensbewegung eine hervorgehobene Rolle spielten — war nach 1983 in permanent laufende Strategiediskussionen eingebettet, mit denen die Grundlagen des politischen Handelns festgelegt werden sollten.

Alle Strategievorschläge der unterschiedlichen Spektren verfolgten im Kern jeweils kontinuierlich gleiche, stabile Leitmotive. Dies führte zu dem Dilemma, daß sich ein Konsens nur auf sehr allgemeinen Forderungen gründen konnte. Absicht aller Bemühungen, Strategien festzulegen, war es, politische Kernaussagen zu prägen, inhaltliche Pflöcke einzurammen, die dann von der Bewegung publiziert und in die unterschiedlichsten Bereiche der Öffentlichkeit transportiert wurden. (Vgl. den millionenfachen Nachdruck der Aufrufe). So ließen sich bestimmte Themen entsprechend ihrer Rangfolge verbreiten, Diskussionen beeinflussen und die Medien in ihrer Themenwahl anregen.

Aktionsplanungen zum jeweils nächsten Termin oder Ereignis galten fast durchgehend als Synonym für Strategiediskussionen. Diese hatten folglich einen ereignisbezogenen Charakter. Der Diskussionsprozeß bewegte sich im festgefügtten Rahmen der Planungen und war somit eindeutig begrenzt.

Die Friedensbewegung war folglich mit dem Anforderungsprofil einer umfassenden, langfristig angelegten Strategie überfordert, da immer nur zeitlich begrenzte Strategien entworfen werden konnten.

Nach 1984 konnte sich demnach kein Themenschwerpunkt und kein breit akzeptierter Forderungskatalog durchsetzen. Parallel zu der abnehmenden Mobilisierung verlor die Friedensbewegung auch die Fähigkeit, mit einem von allen Strömungen getragenen Programmprofil in die Öffentlichkeit zu treten.

Aus dieser Skizze des prozeßhaften Wandels von Themen und Aktionen in der Friedensbewegung ergibt sich, daß die Zuspitzung auf die Frage der Nachrüstung in den Jahren nach 1984 von keiner vergleichbaren Nachfolge-Forderung abgelöst wurde. Vielmehr beschleunigte sich der Prozeß der Ausdifferenzierung von Themen und damit auch von Aktionen. Das heißt: es gab eine auffallende Kongruenz von Strategiefestlegung und Aktionsumsetzung. Das Ausbleiben der gewohnten Mobilisierungserfolge begünstigte den beschriebenen Prozeß der Aufsplitterung von Themen und Aktionen noch.

Die Planungen knüpften meist eng an aktuelle Anlässe an, richteten sich nach dem Rhythmus von Aktion zu Aktion, unterlagen Themenkonjunkturen sowie Zeiterscheinungen und konnten dem Druck der Aktualitäts-Schübe kaum weichen. Der Zwang, aktuell auf politische Ereignisse zu reagieren, das politische Klima und die politischen Rahmenbedingungen vieler Entscheidungen entzogen sich der Regulierung; sie markieren die Grenzen der Strategiediskussion. Von 1981 bis 1983 wurde die langfristig angelegte Strategiediskussion eindeutig von der permanent aufeinander folgenden Aktions-Mobilisierung abgedrängt. In dieser vom Minimalkonsens „Verhinderung der Nachrüstung“ geprägten Phase war der inhaltliche Richtungsstreit der beteiligten Organisationen noch schwach ausgeprägt. Erst mit dem Vollzug der Stationierung (ab Ende 1983) trat zunehmend Ratlosigkeit („Wie es weitergehen könnte?“), ein strategisches Vakuum auf — gekennzeichnet durch fehlende Konzepte für die Zukunft²¹).

Neben der Dominanz von auf Ereignisse bezogenen Aktionsstrategien im KA war auffallend, daß nur zwei große Strategie-Entwürfe — der „Minimal-

²¹) Wichtige Schlüsseltexte zur Strategie der Friedensbewegung wurden in vom KA der Friedensbewegung (Bonn) herausgegebenen Readern 1984, 1985, 1986 abgedruckt. Einen guten Überblick gibt auch das Lesebuch des Arbeitskreises für Friedenspolitik und Friedenspädagogik (Hrsg.), Friedensbewegung am Scheideweg? Beiträge zu einer Politik der Friedensbewegung, Freiburg 1984.

konsens' (1981–1983) und die ‚Kölner Fünf Punkte‘ (1985) – von diesem Gremium erarbeitet und von den Aktionskonferenzen formal bestätigt wurden. Dieser sparsame Umgang mit Strategie-Entwürfen illustriert, daß die Strategiediskussion im KA an den begrenzten Möglichkeiten dieses heterogenen Zweckbündnisses gemessen werden muß und hier nicht die Maßstäbe von homogenen Gruppen angelegt werden können. Damit ist auch ein Erklärungsansatz für die geringe Reflexionsbereitschaft im KA gegeben.

Eine produktive Reflexion schien im aktionsorientierten KA folglich nur verspätet, vom Aktionsdruck entlastet, im nachhinein möglich zu sein. Denn die aktionistische Grundtendenz der im KA vertretenen Organisationen ließ kaum Zeit zur kritischen Prüfung der jüngsten Protestaktionen und zum Überdenken der eingeschlagenen Strategie.

VIII. Bilanz und Perspektiven

Auch wenn der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung der breiteste und am längsten wirkende Bündniszusammenhang in der Geschichte der Bundesrepublik ist, dem es gelang, Kreativität und Mobilisierungsfähigkeit mit der professionellen Arbeitsweise traditioneller Organisationen zu verbinden, wirft die außergewöhnliche Stabilität des KA als Sondertyp einer Bewegungsorganisation zahlreiche Fragen auf.

Der KA und seine Vorläufer unterlagen in ihrer fast zehnjährigen Geschichte einer weiter fortschreitenden Institutionalisierung²²⁾, die durch die Ritualisierung von Arbeitsformen, die hermetische Abwehr neuer Mitgliedsorganisationen und eine strategische Unbeweglichkeit gekennzeichnet werden kann. Mit diesem Instrumentarium wuchs eine zentrale Bewegungsorganisation neuen Typs, die das konstituierende, identitäts- und sinnstiftende Bewegungsmotiv der Basisdemokratie²³⁾ in Frage stellte.

Denn zu den Formprinzipien der Basisdemokratie gehört neben dem Element der Dezentralisierung,

Die Aktionsdynamik überstieg die Reflexionsbereitschaft des KA der Friedensbewegung. Dem von einigen Organisationen immer wieder betonten Anspruch auf die für Bewegungen notwendige Reflexionsfähigkeit und Programmentwicklung stand mit gleicher Selbstverständlichkeit eine aktionistische Position anderer Organisationen gegenüber, die durch intellektuelle Anspruchslosigkeit gekennzeichnet war, Massenmobilisierung zum Wert an sich erklärte und andere Prioritätensetzungen und unkonventionelle Ideen abdrängte. Die verbündeten Organisationen maßen Strategiediskussionen folglich einen unterschiedlichen Stellenwert bei.

Auch die Friedensbewegung in ihrer Breite definierte ihre Identität vorwiegend über Aktionen und nicht über ausgereifte Programme. Hier stellt sich die Frage, ob neue soziale Bewegungen vorrangig in der Lage sind, Aktionsstrategien zu verfolgen?

das die weitgehende Autonomie und den Einfluß der untersten Einheiten sichern soll, die Absicht, gewählten Vorständen befristet pure Koordinationsaufgaben zu übertragen. Offenheit für alle Interessenten und das Verbot von Ämterhäufung sowie eine begrenzte Wiederwählbarkeit soll den gewünschten permanenten Wechsel in Funktionen begünstigen.

Das Leitmotiv der Transparenz aller Entscheidungen und des ungehemmten Zugangs der Öffentlichkeit rundet das anspruchsvolle Handlungsset der Basisdemokratie ab. Da der KA in diesen substantiellen Fragen oft das Gegenmodell von Basisdemokratie praktizierte, bleibt offen, wieso die zentrale Bewegungsorganisation – trotz gelegentlicher Kritik, eher zaghaftem Protest und einigen internen Krisen – den beschriebenen rigiden Politikstil über Jahre hinweg durchsetzen konnte?

Gleichzeitig steht aber außer Frage, daß die untypischen Entscheidungsstrukturen der Friedensbewegungsgremien einen enormen Mobilisierungs- und Politisierungsschub förderten, der sich durch seine nachweisbaren Erfolge von dezentraler Organisation mit den zuweilen ineffektiven Standards eindeutig abhob.

Gerade mit Hilfe der auf den Bonner Politikprozeß zugeschnittenen Organisationsformen und Interventionskapazitäten des KA konnte sich die Friedensbewegung als Initiator und Impulsgeber für einen neuen Trend in der sicherheitspolitischen Diskussion entfalten und die Debatten nachdrücklich

²²⁾ Eine fundierte Problemskizze zu diesem Themenfeld präsentierte Roland Roth in seinem Referat auf einem DVPW-Kongreß unter dem Titel „Entgrenzung von Politik?“ Zur Bilanzierung der institutionellen Effekte neuer sozialer Bewegungen, als gleichnamige Publikation erschienen, Darmstadt–Berlin 1988. Vgl. auch den Beitrag von Frank Nullmeyer in dieser Beilage.

²³⁾ Vgl. grundlegend zur Praxis der Basisdemokratie: Bodo Zeuner, Parlamentarisierung der GRÜNEN, in: Prokla, (1985) 4.

und wirksam popularisieren. Die Sensibilisierung der Bevölkerung für Fragen der Friedenssicherung gehört zu den großen Erfolgen der Friedensbewegung.

Mit der Vielfalt und der massenhaften Beteiligung an den Aktionen der Friedensbewegung sowie der zunehmenden Akzeptanz des Zivilen Ungehorsams wurden das Feld demokratischer Partizipationsformen entscheidend erweitert, die Protestkultur in der Bundesrepublik nachhaltig belebt und — bezogen auf diese Erfolge — Signale für künftige Bewegungen gesetzt. Da sehr viele Organisationen und Initiativen erstmals trotz aller Widrigkeiten und Gegensätze zusammenarbeiteten und mit ihren Aktivitäten ein bürgerliches Protestpotential integrieren, wurde zudem das Erfahrungsfeld für eine neue, langfristig wirkende Bündniskultur erweitert. Zudem verschoben sich durch die außergewöhnlich starke Beteiligung von Parteivertretern in der Friedensbewegung die konflikträchtigen Interaktionsmuster zwischen Parteien und neuen sozialen Bewegungen²⁴). Statt sturer Verfeindung entwickelte sich eine vorsichtige Verzahnung und begrenzte Kooperation.

Von diesen Entwicklungen, die zusammen eine Öffnung der sicherheitspolitischen Dialoge sowie den Bruch des früher parteiübergreifenden sicherheitspolitischen Konsenses förderten und das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik beeinflussten, profitierte in erster Linie die Sozialdemokratie, die im Windschatten der Friedensbewegung ihr sicherheitspolitisches Profil als Oppositionspartei ändern konnte. Dies führt dazu, daß auch in diesem Politikfeld die SPD in Konkurrenz zu den GRÜNEN Anliegen der Friedensbewegung frühzeitig in den parlamentarisch-politischen Prozeß einspeist und damit Motive der Friedensbewegung in den Handlungsradius der Parteien einbringt.

Diese Veränderung der öffentlichen Diskurse zur Sicherheitspolitik hatten die Konsequenz, daß die Friedensbewegung ihr Protestmonopol eingebüßt²⁵) und durch die weitreichenden Abrüstungs-

vorschläge Gorbatschows sogar die Meinungsführerschaft auf diesem Feld verloren hat und folglich auf dem hektischen publizistischen Markt mit dem Nachrichtenwert des Kreml-Chefs nicht konkurrieren kann.

Diese Entwicklung bedeutet in der Gesamtsicht jedoch nicht, daß die Friedensbewegung mit ihrem aufklärungs-, ideenstiftenden und mobilisierungsfähigen Potential zum bloßen geschichtlichen Faktor abgesunken ist. Da noch keine überzeugende alternative und bedrohungsarme Gesamtkonzeption zur herrschenden Sicherheitspolitik entwickelt wurde (und mehrheitsfähig ist), scheint es realistischer zu sein, daß die Friedensbewegung ihren Protest vorerst auf niedrigem Mobilisierungsniveau verstetigen und sich als Dauerfaktor des sicherheitspolitischen Protests etablieren wird. Erneute Mobilisierungsschübe aus den zwar geschrumpften, jedoch noch intakten Zusammenhängen und Netzwerken der Friedensbewegung können sich an neuen Themen und Bedrohungen entzünden und — getragen von einer entsprechenden Stimmung in der Bevölkerung — zuspitzen. Denn die Fragen, Forderungen und Vorschläge der Friedensbewegung sind weitgehend unbeantwortet, ungelöst und unbewältigt.

Die Sozialwissenschaften und die sogenannten Bewegungsforscher werden sich mit dem stabilen Phänomen der Friedensbewegung und dem Vergleich zu anderen neuen sozialen Bewegungen sicherlich noch auseinandersetzen und Abschied von ihren Mythen nehmen müssen. Denn in den komplexen Risikogesellschaften wächst den neuen sozialen Bewegungen im Zuge der abnehmenden Bindekraft und dem zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust der hierarchisch strukturierten Parteien²⁶) und gesellschaftlichen Großorganisationen aufgrund ihres bewegungsspezifischen, offenen Politikstils und den breit gefächerten Partizipationsangeboten eine zentrale Position als stabiles Gegengewicht im politischen Prozeß zu.

Um die indirekten Wirkungszusammenhänge²⁷) und die Kontinuität von Protesthandeln²⁸) im

²⁴) Vgl. Dieter Rucht, Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien, in: Journal für Sozialforschung (1987), 3—4.

²⁵) An der andauernden Debatte über die Modernisierung der Kurzstreckenraketen sind alle Parteien beteiligt. Die SPD hat der Bundesregierung in dieser Situation anfangs sogar Unterstützung für ihre Linie zugesagt. Die IG Metall-Jugend unterstützte einen Aufruf der DFG-VK zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung und bewirkte so eine lebhafte Diskussion zu diesem früher nicht einmal im KA mehrheitsfähigen Vorschlag und beschleunigte Klärungsprozesse innerhalb der Gewerkschaften. Vgl. Dokumentation der DFG-VK, Bonn, März 1989.

²⁶) Vgl. Alf Mintzel, Großparteien im Parteienstaat der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/89.

²⁷) Vgl. Arno Truger, Entwicklung und Wirkung der Friedensbewegungen, in: Dialog, Beiträge zur Friedensforschung, (1988) 1—2.

²⁸) Diesen Kontinuitätszusammenhang entfaltet Lothar Rolke, Protestbewegung in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs, Opladen 1987, auf der Grundlage einer breit angelegten Materialaufarbeitung.

40. Jahr des Grundgesetzes analytisch angemessen zu beurteilen, sind für die Zukunft detaillierte Einzelstudien statt generalisierender Aussagen zum

Thema Bewegungen gefragt, um Mythen abzulösen und kontroverse produktive Debatten anzustoßen²⁹⁾.

²⁹⁾ Positive Beispiele, die die Forschung voranbringen, sind das Projekt unter der Leitung von Professor Michael Vester (Universität Hannover), Der Wandel der Sozialstruktur und die Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland, das ab 1988 von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert wird. Interessante Befunde

werden auch von dem von Roland Roth geleiteten Forschungsprojekt „Struktur und Entwicklungsdynamik sozialer Bewegungsnetzwerke in der Bundesrepublik. Eine empirische Untersuchung an drei Orten“, FU Berlin, erwartet. Aufschlußreich wären auch Untersuchungen der Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in anderen Bewegungen.

Alternative Ökonomie

Geschichte, Struktur, Probleme

I.

Alternative Ökonomie nennt sich heute nur noch selten so, sondern wird, je nach den Interessen der Benennenden, oft eher als „Selbstverwaltungswirtschaft“, „lokale Beschäftigungsinitiativen“ (so der EG-Jargon), „neue Genossenschaftsbewegung“ oder „Selbsthilfegesellschaft“ bezeichnet. Dieser Sachverhalt kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Alternative Ökonomie in Keimform immer schon dort beginnt, wo Subkulturen — um an der Umsetzung ihrer Normen und Werte zu arbeiten — Räume anmieten, Informationen versenden, Infrastrukturen herstellen müssen. Gedacht sei unter anderem an Vereinslokale, Info-Kultur und Fanzines („Fan-Magazines“, spezielle Gruppen-Zeitschriften mit geringer Auflage). Eine Steigerung erfährt Alternative Ökonomie durch die Notwendigkeit für viele in diesen Subkulturen Aktiven, ihren Lebensunterhalt verdienen zu müssen, ohne deshalb gezwungen zu sein, das Feld dieser Aktivitäten zu verlassen. War vielleicht bislang der herumgehende Hut als Finanzierungsquelle hinreichend, betreten nun mehr Markt und Staat die subkulturelle Szene.

Als differenzierende Momente der Alternativen Ökonomie von allen anderen Bereichen wirtschaftlichen Handelns sind die folgenden beiden anzusehen:

Zum einen steht der unbedingte Primat des Gebrauchswerts (und dies auch noch häufig emphatisch vertreten und ideologisch überhöht) im Vordergrund. Zeichnet sich die gesamtgesellschaftlich hegemoniale Ökonomie durch die Norm aus, dort zu investieren, wo die lukrativsten Renditen zu erwarten sind — bis hin zur völligen Gleichgültigkeit gegenüber den produzierten Waren —, so ist vom chaotisch mit Lay-Out versehenem Fanzine (kopierte oder hektographierte Mitteilungen innerhalb einer bestimmten Subkultur) bis hin zu den Kreditvergaberrichtlinien der Ökobank eine Priorität der stattfindenden oder geführten Produktion vor dem Tauschwert und Profit festzustellen: (In die gleiche Richtung geht die Differenz des genossenschaftli-

chen Bedarfsprinzips bzw. des Kostendeckungsprinzips gegenüber dem Profitprinzip.) Rechtlich gesehen, ist es auch kein Zufall, daß ein großer Teil der Projekte Alternativer Ökonomie gemeinnützig sind oder zumindest die Anerkennung als gemeinnützig angestrebt haben.

Zum anderen wird Alternative Ökonomie durch das Bestreben gekennzeichnet, hierarchisierende Formen der Arbeitsteilung soweit wie irgend möglich gar nicht erst aufkommen zu lassen bzw. sie einzuschränken oder abzubauen. Die Varianz dieser Bestrebungen ist entsprechend breit und reicht von den Sphären der Kapitalordnung und der rechtsförmigen Verfaßtheit bis hin zu jener der Arbeitsorganisation, der Einbeziehung unbezahlter Hausarbeit, ja der gemeinsamen Reproduktion (Wohnen, Haushalt, „Freizeit“ . . .). Dies entspricht hinsichtlich des Verhältnisses von Kapital und Entscheidungsfindung auch den Grundsätzen der traditionellen Genossenschaftsbewegung („Ein Mensch, eine Stimme“) — wenn auch letztere die überkommene Arbeitsteilung ansonsten weithin übernommen hatte.

Das Dilemma, daß in den mitteleuropäischen Rechtsnormen (mit Ausnahmen in der Schweiz) basisdemokratische Gestaltungsmöglichkeiten kaum vorgesehen sind (auch die bundesdeutschen und österreichischen Genossenschaftsgesetze waren in ihren späteren Novellierungen der aktienrechtlichen Gesetzgebung angenähert worden), führte dazu, die Institutionen des eingetragenen Vereins und der GmbH in den einzelnen Satzungen und Gesellschaftsverträgen diesen Grundsätzen anzunähern, soweit dem keine bindenden Rechtsnormen entgegenstanden. Erst in den letzten Jahren hat der Spielraum für neue Genossenschaftsgründungen sich etwas erweitert. Gegenüber der Emphase des „Gemeinsam lernen — leben — arbeiten“ der siebziger Jahre ist unzweifelhaft ein Trend zur stärkeren Einführung arbeitsteiliger Strukturen in alternative Projekte festzustellen — die Differenzen zur Arbeitsteilung im

Gros der hegemonialen Wirtschaft sind indes nach wie vor erheblich.

Alternative Ökonomie ist und bleibt eine Gratwanderung — wie das Bestehen jener Subkulturen auch, die sie, wenigstens ursprünglich, hervorgebracht haben. Wenngleich auf Produktionsgenossenschaften beschränkt, hat dies bereits zum Ende des vorigen Jahrhunderts Franz Oppenheimer formuliert: Entweder bleiben diese ökonomischen Einheiten erfolglos, dann gehen sie unter (melden Konkurs an . . .) — oder sie reüssieren, sind dann allerdings über kurz oder lang nicht mehr von hegemonialen wirtschaftlichen Einheiten unterscheidbar. Dieses „Oppenheimersche Transformationsgesetz“, das im übrigen präzise der Dialektik von Subkulturen zwischen Isolation und Integration entspricht, zählt zu den meist diskutierten Problemen im Umfeld alternativer Projekte. Gerade daraus jedoch ergibt sich die Chance, diesen von Oppenheimer prognostizierten Prozeß zu verzögern — indem er ins Kalkül einbezogen wird.

Eine weitere Ausdrucksform dieser Gratwanderung besteht in der langfristigen Verortung Alternativer Ökonomie und deren Widersprüchen. Von der Vorstellung, Alternative Ökonomie sei von sich aus imstande, durch ein allmähliches Wachstum gesamtgesellschaftlich hegemonial zu werden (aus den „Freistaaten“ und „Inseln“ entstünde die Wirtschaft und Gesellschaft von morgen), bis zur dauerhaften Vorverurteilung als bloßer „Nischen“-Ökonomie reicht der Bogen dieser Topologie. Beide Extreme greifen indes zu kurz. In der Tat ist es nicht möglich, daß die Gesamtheit auch vervielfachter selbstverwalteter Betriebe die dominierenden Konzerne im Akkumulations- und Konzentrationsprozeß des Kapitals niederringt. Die Systemgrenzen Alternativer Ökonomie bestehen zum einen im Umstand, daß ihr nicht gleichzeitig konstantes und variables Kapital (Betriebsmittel und Arbeitskraft) in hinlänglichem Ausmaße zur Verfügung stehen. Ohnehin mit großer Wahrscheinlichkeit ein Kind struktureller Wirtschaftskrisen mit ihrer Massenerwerbslosigkeit (wie schon um 1830, um 1880, um 1930) leidet Alternative Ökonomie in diesen Zeiten, in welchen viele Personen bereit wären, eine selbstbestimmte, aber unterbezahlte Tätigkeit der Erwerbslosigkeit vorzuziehen, im Verhältnis zu dieser Vielzahl von Personen an Kapitalmangel. In Zeiten strukturellen Aufschwungs hingegen mögen auch die benötigten Mittel anwachsen — doch wächst gleichzeitig die Konkurrenz um die Lohnabhängigen und beeinflußt damit die Lohnhöhe. An-

ders gesagt: Wären die Leute da, fehlte das Geld; wäre das Geld da, fehlten die Leute.

Zum zweiten besteht eine Systemgrenze Alternativer Ökonomie darin, daß ein geschlossener Kreislauf derselben so gut wie unmöglich ist. Mag noch eine ökonomische Vernetzung über zwei Stufen häufig vorkommen (z. B. Food-Coops, Naturkosthandel), eine solche über drei Stufen öfter als nur gelegentlich der Fall sein (Druckereien — Verlage — Buchhandel), so wäre, selbst bei ungeheurem Ausbau des Vernetzungspotentials, die derzeitige empirische Grenze bei der Produktion von Maschinerie, die logische Grenze bei der mineralischen Urproduktion erreicht. Die relative Festigkeit dieser Systemgrenze kann durch kein Beispiel besser veranschaulicht werden als durch die Schwierigkeiten selbst nach Millionen Einwohnern zählender Staaten, sich auch nur einigermaßen autark zu halten (was immer wieder versucht worden ist, meist indes mit negativen Konsequenzen).

Nun könnte dies als ein bloß theoretisches Problem abgetan werden (zumindest es auch einen großen Teil der in der Selbstverwaltungswirtschaft Tätigen nicht bzw. nicht mehr interessiert), hätte es nicht ökonomische Wirkungen. In der Produktionssphäre folgt daraus langfristig eine Art Wertübertragung an die etablierte Wirtschaft (strukturell jenem „ungleichen Tausch“ durchaus ähnlich, der, um beim Beispiel ökonomischen Handelns zwischen den Staaten zu bleiben, in der Diskussion des Verhältnisses zwischen Industrieländern und jenen der Dritten Welt eine so große Rolle spielt), in der Distributionssphäre ein Zusetzen vom Wert für aus der etablierten Wirtschaft herrührenden Waren.

Dieses Problem, in Zusammenschau mit der verschleierten (Hausfrauen) und unverschleierten Erwerbslosigkeit, ist von jenen Theoretiker/innen erkannt worden, die sich besonders auf die Subsistenzperspektive Alternativer Ökonomie beziehen (besonders Claudia von Werlhof, Maria Mies, Veronika Bennholt-Thomsen). Deren Dilemma besteht darin, ihrerseits nicht angeben zu können, wie in den Metropolen eine Subsistenzökonomie geschichtsmächtig werden könnte (abgesehen von jener eher platten Zusammenbruchstheorie, die der Schweizer Utopist mit dem Pseudonym „P. M.“ seiner ansonsten überaus lesenswerten Utopie „bolo'bolo“ zugrundelegt): Das mir bekannte europäische Maximum an Subsistenzfähigkeit liegt bei jenen 70 Prozent, die die südfranzösische kommunitäre Gemeinschaft „L'Arche“ auch nur infolge ausgesprochen günstiger Naturbedingungen (z. B. eigenständige Energieversorgung) erreicht hat.

Wie dies auf noch so sehr umgebaute großstädtische Milieus übertragbar sein sollte, ist bislang ein Rätsel geblieben.

Dies leitet zur dritten Systemgrenze über, die gerade auch für eine subsistenzorientierte Primärversorgung (und diesen zu Recht vorangehenden ökologischen Ansprüchen) von Interesse ist: War bislang der agrarischen Gemeinschaften zugängliche Grundbesitz vor allem jenen Grenzböden zuzurechnen, die keinerlei Differentialrente abgeworfen hatten (inklusive der „Sozialbrache“), so erhöhte

sich die Notwendigkeit, Einkommen von anderswo her zu diesem Zweck umzuverteilen, um so stärker, je umfassender das Aufkaufprogramm von Grundeigentum für subkulturelles Einzelkapital wurde. Das Dilemma, welches die Systemgrenze konstituiert, besteht schlicht darin, daß — egal, welche Strategie das alternative Kapital verfolgt — das Resultat in einer Erhöhung der Bodenpreise besteht — bis die denkbare Umverteilung von Einkünften zum Ankauf der Böden damit nicht mehr Schritt halten kann.

II.

Diese meine realistische Darstellung der Systemgrenzen Alternativer Ökonomie ist immer wieder dem Mißverständnis ausgesetzt gewesen, es handle sich um eine defaitistische Einschätzung subkulturellen wirtschaftlichen Handelns. Das Gegenteil ist der Fall. Die Skizzierung der Systemgrenzen ist absolut notwendig, um die Möglichkeit des Hinausschiebens derselben überhaupt diskutieren zu können — welches indes nur durch eine Erweiterung der Stufenleiter und durch begleitende politische Aktivitäten der Fall sein kann. Die Gründung der Ökobank (von welcher unten noch andeutungsweise die Rede sein wird) geht ebenso in diese Richtung wie eine Reihe von Maßnahmen, seien sie nun in sozialdemokratisch-grünen Koalitionen punktuell erprobt oder in grünen Umbauprogrammen gefordert worden (Regionalentwicklung, Innovationsfonds). Was immer auch ansonsten etwa die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen eines Garantierten Mindesteinkommens (auch als „Grundsicherung“ und „Negative Einkommensteuer“ diskutiert) wären — eine Forderung, die nicht zufällig immer wieder im Umkreis der Selbstverwaltungswirtschaft zu Tage tritt —, eine erhebliche Senkung der Selbstausbeutungsrate gerade bei neu beginnenden Betrieben Alternativer Ökonomie wäre die Folge.

Seit je hat die Tatsache Irritationen hervorgerufen, daß Personen, die im alternativen (bzw. schon im genossenschaftlichen) Kontext hauptamtlich arbeiten, gleichzeitig Kapitalist/inn/en und Lohnabhängige (und womöglich auch noch Grundeigentümer/innen) zu sein haben. Dies hat gleichzeitig dazu geführt, in der Alternativen Ökonomie eine Art Dritten Weges zu sehen (oder doch wenigstens ein Moment desselben) und (etwa in der organisierten Arbeiterbewegung vor der Entdeckung der „Gemeinwirtschaft“) den Genossenschaften als Institu-

tionen der Beschäftigung „unechter“ Arbeiter/innen zu mißtrauen. In der Tat ist, wenigstens solange weltweit das Verhältnis von Kapital und Arbeit als Grundsatz des Wirtschaftens hegemonial ist (woran auch durch die Übernahme des Kapitals durch den Staat keine strukturelle Änderung erfolgt), dieser Widerspruch (der sich dann mit Notwendigkeit in dem einzelnen Betrieb bzw. das einzelne Projekt verlagert) unaufhebbar. Infolge dieses Sachverhalts sind auch die vehementen Diskussionen, ob nun die in alternativen Projekten hauptamtlich Arbeitenden primär Lohnabhängige oder Selbständige seien, weithin akademisch geblieben — auch wenn die dahinterstehenden Interessenkonstellationen durchaus ausmachbar sind.

Die Position, daß Selbstverwalter/innen letztlich Lohnabhängige sind, da auch sie von nichts anderem leben können als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft (so in etwa Karl Bergmann, der der Oberurseler ASH angehört, einem Mischbetrieb von Antiquitätenaufbereitung über Café bis zur Software), kann auch nicht umhin wahrzunehmen, daß sie selbst es sind, die sich als Lohnabhängige anwenden — sonst könnte ja von Selbstverwaltung keine Rede sein. Und auch die Gegenposition, es handle sich in der Selbstverwaltungswirtschaft um „Kollektiv-Selbständige“ (so in etwa Constantin Bartning vom Berliner „Oktoberdruck“), muß davon absehen, daß im anteilig erzielten Ertrag, der zu Konsumtionszwecken verteilt wird, nur eine andere Lohnform verborgen ist (die etwa im etablierten Taxigewerbe schon, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, seit langem üblich war). Wie denn überhaupt in der Alternativen Ökonomie lange Zeit die Verwechslung von Lohn und Lohnform an der Tagesordnung gewesen ist — ob es sich nun um den „Bedürfnislohn“ handelte, der eine besondere Form des Naturallohns gewesen ist, oder

auch um die reine, „unentgeltliche“ Lebenserhaltung, etwa bei Landkommunen.

Gleichwohl bringen beide Positionen in ihrer unterschiedlichen Akzentuierung des Widerspruchs reale Probleme alternativen Wirtschaftens zum Ausdruck. Die erstere markiert in Absicht der Veränderung derselben jene Wirklichkeit, daß der Zusammenhang zwischen alternativ-ökonomisch Tätigen und anderen Lohnabhängigen (etwa repräsentiert durch die Gewerkschaften) immer noch als ausgesprochen dünn zu bezeichnen ist — was freilich an beiden Seiten liegt. Erscheint etwa einerseits die Selbstverwaltungsszene des DGB als ein großinstitutioneller Koloß, der zudem hinsichtlich der ökologischen Problematik allzu lange auf der anderen Seite stand, so ist diesem wiederum die Alternative Ökonomie ebenso vernachlässigbar wie andere Arbeitende, die er bloß als Randschichten wahrzunehmen imstande ist: Erwerbslose, Hausfrauen, Teilzeitarbeitende oder formal selbständige Dienstleistende. Die zweite Position wiederum hat zu Recht wahrgenommen, daß die Konkurrenz der subkulturell Lohnarbeitenden als Motivationsverlust sich ausdrückt, daß die „Lohnabhängigengleichgültigkeit“ (so der in Klagenfurt lehrende Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer) auch in alternativen Betrieben fortzubestehen neigt. Und diesem soll wohl durch einen Schuß „selbständiger“ Verantwortlichkeit entgegengewirkt werden.

Verschärfend treten noch zwei Umstände hinzu, die indes — auf der anderen Seite — auch ein Stück der Chance Alternativer Ökonomie ausmachen: Zum einen (und dies gilt insbesondere für „soziale“ und „kulturelle“ Projekte, siehe unten) arbeiten oft nicht nur Hauptamtliche, sondern auch Ehrenamtliche und Honorarkräfte mit. Dies selbst macht zwar noch keinen Unterschied zu etablierten Trä-

gern (etwa der Freien Wohlfahrtspflege) aus, wohl aber unter den Bedingungen der Selbstverwaltung, die freilich von beiden Personenkategorien in Anspruch genommen werden. Komplexer wird dies noch in dem (im Bereich der Printmediumbranche keineswegs seltenen) Falle, in welchem die letzteren selbst Kapitalanteile innehaben, also als Kapitalinhaber/innen sich selbst als Ehrenamtliche anwenden. Dies führt zu extrem hohen Selbstausschüttungsraten (die im Grenzfall zu „unendlich“ hin oszillieren mögen), gleichzeitig indes drückt dies ebenso häufig eine im Vergleich zu den Hauptamtlichen gesichertere ökonomische und/oder soziale Stellung (etwa als Erwerbstätigkeit bei etablierten Institutionen) aus.

Zum anderen erscheint dies — ebenso wie die außerordentlich unterschiedliche wirtschaftliche Gesamtsituation der Betriebe und Projekte — als klassenströmungsspezifische Differenz, die weitergehende Kooperationen, welche gleichzeitig unumgänglich erforderlich wären, so gut wie unmöglich macht. So war es möglich, daß bereits 1979 Peter Brückner anlässlich des einjährigen Bestehens von Netzwerk Selbsthilfe Berlin eine „Klassenanalyse der Subkultur“ formulieren konnte, die sich in etwa an den oben angeführten Sachverhalten orientierte. In der Tat reicht die Gesamtheit des alternativ-ökonomischen Syndroms von Vergesellschaftungsformen jugendlicher verelendeter Gehaltener, deren ökonomischer Ertrag womöglich noch den Sozialhilfesatz unterschreitet (das logische Reservoir aller vergangenen und künftigen Hausbesetzungen) bis hin zu jenen mißvergünstigten Hochschullehrern (von welchen ich selbst einer bin) und, zum anderen, zu Genossenschaften gut bezahlter Mitarbeitender in hochtechnologischen Branchen — mit Einheitslöhnen, die das Einkommen ersterer um das Zehnfache übersteigen.

III.

Immer noch nicht möglich ist es, festzustellen, wieviele Projekte Alternativer Ökonomie es tatsächlich in der Bundesrepublik gibt. 1980 hat Joseph Huber eine Schätzung von über 20 000 veröffentlicht (eine Zahl, die wahrscheinlich damals etwas zu hoch gegriffen war, da sie Berliner Zahlen — und in Berlin sind, verhältnismäßig, die alternativen Projekte überrepräsentiert — extrapolierte). Nach dieser Schätzung müßte es heute, da in den frühen achtziger Jahren ein weiterer Gründungsboom eingesetzt hatte, bei weitem mehr sein. Diese Schät-

zung ist zwischenzeitlich wiederholt kritisiert worden. In detaillierten, zumeist regionalen Untersuchungen wurde eine Bestandsaufnahme Alternativer Ökonomie vorgenommen. Dennoch ist es aus mehreren Gründen immer noch nicht möglich, eine auch nur einigermaßen präzise Angabe über die Zahl bestehender alternativer Betriebe und Projekte zu treffen.

Zum einen ist, trotz der erwähnten umfassenden regionalen Bemühungen, immer noch eine flächen-

deckende bundesrepublikanische Gesamtschau unmöglich. Ganze Bundesländer (zumeist CDU-regierte, in welchem wohl eine Finanzierung solcher Projekte politisch unerwünscht gewesen sein dürfte) fehlen (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz).

Zum anderen, und dies wiegt schwerer, sind die genannten Untersuchungen einander kaum kompatibel. Von der Totalerhebung bis zur exemplarischen Beschränkung auf einen als wesentlich angenommenen Projektteil, von der Einbeziehung „neuer Selbständiger“ (im letzten Jahrzehnt entstandene Privatunternehmen mit Sympathien für alternative Bewegungen) bis zur ausdrücklichen Begrenzung auf gewerbliche Betriebe in Selbstverwaltung (im engeren Sinne des Wortes) reicht ihre Palette. Die zwischenzeitlich auch im alternativen Diskurs gängige Dreiteilung in „gewerbliche“, „soziale“ und „kulturelle“ Projekte — aus der ohnehin

schon die „politischen“ Projekte, Bürgerinitiativen u. ä., ausgegrenzt worden sind — verdankt sich ohnehin weniger dem Selbstverständnis Alternativer Ökonomie als dem regional oft unterschiedlichen Finanzierungsmodi staatlicher Instanzen. So verwundert es denn auch nicht, daß Brigitte Runge und Fritz Vilmar auf 40 000 Projekte kommen (die höchste mir bekannte Schätzung), indem sie zu den vier genannten Projektkategorien (ohne „neue Selbständige“) noch die Selbsthilfegruppen (etwa im gesundheitlichen Bereich) hinzuzählen. Andererseits weisen alle Untersuchungen und Schätzungen im kulturellen Bereich („Fanzines“, Musikgruppen) bedeutende Lücken auf. Immerhin kann gesagt werden, daß es jedenfalls in der Bundesrepublik eine fünfstellige Zahl von Betrieben alternativer Ökonomie mit einer sechsstelligen Zahl darin Erwerbstätiger geben dürfte — mehr aber auch nicht.

IV.

Die Finanzierungsquellen Alternativer Ökonomie sind ebenso weitläufig wie am Rande der Übersichtlichkeit. Dennoch hat die Aussage in nichts an Berechtigung verloren, daß sie sich strukturell in drei Orte der Herkunft zusammenfassen lassen: den Markt, den Staat und den privat umverteilten Einkünften (ursprünglich für Konsumzwecke vorgesehene Einkommensanteile).

Auf den Markt geht, wer dies aus den Eigenschaften der produzierten Güter und Dienstleistungen heraus jeweils kann (was — entsprechend — für den überwältigenden Großteil sozialer, kultureller und politischer Projekte nicht gilt). So sehr sich dies paradox anhören mag, spielt die (oft verdeckte) Mehrwertproduktion bei alternativen Projekten eine besonders große Rolle (und nicht eine besonders kleine, wie überraschungsfrei anzunehmen wäre). Anders ist der wiederholt vorfindliche Umstand nicht zu erklären, daß es einer Reihe von Projekten gelungen ist, Kredite in der Höhe von mehreren 100 000 DM zwecks Schaffung eines Anlage- und/oder Betriebsvermögens in relativ kurzer Zeit (zumeist einigen Jahren) zurückzuzahlen.

Dies hat, häufig in mißverständlicher Weise, zu einer Diskussion um die Kategorie der „Selbstausschüttung“ geführt. Ist, in ökonomischer Hinsicht, „Selbstausschüttung“ ein heuristischer Begriff, der über nichts anderes eine Aussage macht, als über den Zusammenhang von konstantem Kapital, variablem Kapital (Arbeitsentgelt) und Mehrwert

unter den Bedingungen der Selbstverwaltung, so ist dieser zu einem moralischen Begriff verkehrt worden, als ob Ausbeutung ein spezifisches Merkmal Alternativer Ökonomie wäre. Gleichwohl bestand stets weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die Selbstausschüttungsrate Alternativer Ökonomie die Ausschüttungsrate hegemonialer Ökonomie (etwa in gewerkschaftlichen Tarifverträgen) zu übertreffen neigen (was infolge der Unterkapitalisierung und Verlängerung des Normalarbeitstages auch plausibel zu sein scheint).

Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahren gebessert, wie sich überhaupt die Tendenz zu einem Ansteigen der Durchschnittslöhne mit fortdauernd längerer Existenz von Betrieben in Selbstverwaltung nachweisen läßt. Im allgemeinen liegen sie zwischenzeitlich bei 1 000 DM bis 1 400 DM; in Einzelfällen (etwa in der Softwarebranche) wird ein Einheitslohn von ca. 3 300 DM erreicht. Dem Markt ist zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet worden. Dies gilt sowohl für die Sphäre des konstanten Kapitals (z. B. Computerisierung) als auch für jene der Zirkulation (Tagungen zu Themen wie „ökologisches Marketing“ sind in den vergangenen Jahren stets überfüllt gewesen).

Die Finanzierung durch den „Staat“ — die, strukturell, von kommunalen Beiträgen bis hin zu EG-Zuschüssen reichen kann — hat gleichfalls im vergangenen Jahrzehnt an Bedeutung für die Alternative Ökonomie gewonnen. Wurde in den späten

siebziger Jahren und auch noch danach erbittert darüber kontrovers diskutiert, ob „Staatsknete“ (staatlich umverteilte Gelder als Zuschüsse oder Darlehen) genommen werden dürfe oder nicht, hat dies zwischenzeitlich für die Mehrheit der Projekte als entschieden zu gelten. Die bereits erwähnte mangelnde Übersichtlichkeit bezieht sich sowohl auf die Finanzierungsraten (Darlehen analog zur Mittelstandsförderung, Zuschüsse, Infrastrukturlösungen, Tagessätze) als auch auf die Träger (Bundesministerien/Regelfinanzierung, Modellprogramme, Arbeitsmarktverwaltung, Wohlfahrtsverbände, Länder, Gemeinden, europäische Gremien). Nicht zufällig sind Bücher zur finanziellen (besonders staatlichen) Förderung erschienen, wie auch alternative Finanzberatungsgruppen eine expansive Tendenz erfahren haben.

Die Diskussion um das Verhältnis von Selbsthilfe und Staatshilfe ist bekanntlich beinahe so alt, wie die Alternative Ökonomie selbst. Erinnerung sei beispielsweise an das vehemente Eintreten Ferdinand Lassalles für Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe um 1860 oder an staatlich geförderte Erwerbslosenprojekte zur Zeit des US-amerikanischen New Deal (die indes zumeist nur wenige Jahre überlebten). Zum einen bestehen bedeutende Differenzierungen hinsichtlich der einzelnen Branchen und ihres Förderungsbedarfs. Unbestritten scheint zu sein (von Joseph Huber 1980 festgestellt und seither in empirischen Untersuchungen immer wieder bestätigt), daß die überwiegende Zahl der Projekte den Dienstleistungsbereichen angehört, deren Minderheit den Sektoren der Güterproduktion wie der Zirkulation. Bei den ersteren sind die vielfältigen „sozialen“ und „kulturellen“ Projekte einzurechnen, die letztlich einen auf Dauer gestellten gesamtgesellschaftlichen Förderungsbedarf aufweisen würden. Zum anderen variieren die Konzeptionen der unterschiedlichen Träger wie auch der politischen Parteien (und der von diesen beeinflussten Regierungen) erheblich — was im Falle eines Regierungswechsels für alternative Projekte, die auf Staatshilfe sich eingestellt hatten, fatale Folgen haben kann (siehe beispielsweise die Lage des nordhessischen Vereins für Eigenständige Regionalentwicklung nach dem Übergang der Regierungsverantwortung von der sozialdemokratisch-grünen zur christdemokratisch-liberalen Regierungskoalition in Hessen). Das Spektrum reicht hierbei von grundsätzlicher Ablehnung über eine bescheidene Förderung von Selbstverwaltung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips (so etwa beim Berliner Fonds, der vom ehemaligen Sozialsenator Ulf Fink eingerichtet worden war) bis hin zu einer

grundsätzlichen Bejahung der Förderung von Projekten, die soziale und kulturelle Aufgaben übernommen haben; von Prioritäten der Wirtschaftsförderung (Bremen, sozialdemokratisch-grünes Hessen) zu Prioritäten der Sozialförderung (christdemokratisch-liberales Berlin).

Schließlich die privat umverteilten Einkünfte: Waren sie in den späten sechziger wie in den siebziger Jahren die weithin einzige Finanzquelle Alternativer Ökonomie, so haben sie infolge des beschriebenen Bezugs auf Markt und Staat relativ an Bedeutung verloren — was nicht im geringsten in Abrede stellt, daß immer noch ein Betrag in mehrstelliger Millionenhöhe diesen Zwecken dienen dürfte. Die faktische Überlassung formell erworbener GmbH-Anteile an die in Selbstverwaltung Arbeitenden, die vielfältige Zahlung von Mitgliedsbeiträgen und Spenden an Vereine und Fördervereine, das Eingehen von Rechtsverhältnissen als stille Gesellschafter/innen, der gezielte Erwerb von alternativ-ökonomisch produzierten Gütern und Dienstleistungen stellen nur einige der Formen von Umverteilung privater Einkünfte dar, die auch heutzutage keineswegs vergessen sind. (Der wechselseitige Übergang von Kauf und Spende stellt überhaupt eine charakteristische Konsumtionsweise Alternativer Ökonomie dar.) Ökonomische Grundlage dieser Erscheinung ist eine vergleichsweise breite Schicht intellektueller Lohnabhängiger, die zumeist den kritischen sozialen Bewegungen nahestehen, was indes in ihrer Erwerbstätigkeit selten zur Geltung kommen kann.

Den bisherigen Höhepunkt der beabsichtigten Koordination der privaten Umverteilung von Einkünften stellte 1978/79 die Gründung des Netzwerks Selbsthilfe dar, welches allerdings — von Berlin abgesehen, das mit mehreren tausend Mitgliedern jährlich durchschnittlich eine halbe Million DM umverteilte — aus inneren Widersprüchlichkeiten der Konzeption den in es gesetzten Erwartungen und Hoffnungen qualitativ wie quantitativ nicht gerecht geworden ist. 1987 wurde ein Dachverband (BAG Netzwerke Selbsthilfe) gegründet, von dem eine Verbesserung der Arbeit ausgehen könnte; auch haben verschiedene Netzwerke Selbsthilfe in Fragen der Staatsfinanzierung, der Direktkreditvermittlung etc. Verdienste sich erworben.

Eine Mischform zwischen privater und staatlicher Umverteilung von Einkünften (mit Akzent auf ersterer) stellen die nach Ländern organisierten Ökofonds der Partei Die Grünen dar. Im letzten Jahr fünf haben auch Stiftungen eine relativ größere Rolle zu spielen begonnen (Umverteilung, ANstif-

tung, Reemtsma), auch wenn diese bislang in keiner Weise mit der Rolle von Stiftungen etwa in den USA vergleichbar ist. Eine Verstärkung dieser Aktivitäten wird in einigen Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit vom grünen „Regenbogen“-Stiftungsdachverband (deren drei Momente die Heinrich-Böll-Stiftung, die Länderstiftung und die Frauen-AN-Stiftung sein werden) ausgehen — auch wenn schon im Vorfeld zu warnen sein wird: Durch diese absehbare Verstärkung wird mit Sicherheit kein qualitativer Sprung erzielt werden können.

Ganz abgesehen davon, daß die immer noch fortgeführte etablierte Obstruktionstaktik eine umfassendere Mittelvergabe ohnehin noch auf Jahre hin hinauszuzögern geeignet ist (was in unserem Zusammenhang wiederum auf das Problem verweist, daß es sich erheblich mehr um staatliche denn um private Umverteilung von Einkünften handeln wird), werden zwei strukturelle Probleme entstehen, deren Umfang derzeit erst in Keimform (etwa bei den rudimentären Tätigkeitsansätzen der Böll-Stiftung) sichtbar ist: Zum einen werden staatliche Vorgaben zur Mittelumverteilung (ergänzt durch die Prioritäten der formellen oder informellen Stiftungshierarchien) die Geldströme nicht in die Richtung jener Selbstverwaltungsprojekte lenken, die diese benötigen würden — was indes den Doppelcharakter der Ausweitung Alternativer Ökonomie in bislang un-

terrepräsentierte Arbeitsfelder (etwa im gesamten Dritte-Welt-Bereich) aufweist. Zum anderen stellte selbst eine den empirischen Gegebenheiten adäquate Mittelverwendung angesichts der gleichzeitigen impliziten Ermutigung zur Neugründung von Projekten nichts weiter dar als einen weiteren Tropfen auf den ziemlich voluminösen heißen Stein. Dies ist schon aus der bisherigen tragikomödienreifen Geschichte der Heinrich-Böll-Stiftung zu ersehen: Diese, die bislang mühsam aus relativ spärlichen Eigenmitteln gerade ihre Infrastruktur aufrechterhält, hatte schon mehrere hundert Ansuchen um umzuverteilende Gelder auf dem Tisch des Hauses, bevor überhaupt der erste auszugebende Pfennig da war.

Die beschriebene, teils verwirrende, teils unbefriedigende Lage hat im Umkreis der alternativ-ökonomischen Tätigen bereits wiederholt die Forderung nach einem integrierten Finanzierungsmodell laut werden lassen, welches imstande wäre, die denkbaren Quellen des Marktes, des Staates und der privaten Umverteilung zu bündeln. Auch wenn Skizzen in dieser Richtung bereits vorhanden sind (etwa aus den Richtungen des Netzwerks Selbsthilfe Bremen oder der Zukunftswerkstatt Saarbrücken) — richtig herangewagt hat sich da noch niemand: eine der vielen Aufgaben der Zukunft, die Alternative Ökonomie noch vor sich hat.

V.

Meine bisherige Schilderung mag vielen auf den ersten Blick als eher skeptisch erscheinen. Sie hatte auch bislang davon zu abstrahieren, was im Kontext der Alternativen Ökonomie in nur zwei Jahrzehnten (ich spreche hier von der Bundesrepublik) — im ersten Jahrzehnt war sie zudem nur eine Art Geheimtip unter relativ wenigen Personen und Gruppen — erreicht werden konnte. Strukturell lassen sich hierbei drei in sich unterschiedliche Momente der Entwicklung und Ausweitung Alternativer Ökonomie feststellen, die gleichwohl soweit nebeneinander verlaufen, daß von einer Tendenz zu Phasen keine Rede sein kann, obwohl zeitweilig dieser irreführende Eindruck entstanden ist:

1. Die teils kontinuierlich, teils in Schüben erfolgende Entstehung regionaler oder lokaler Betriebe und Projekte

Eher naturwüchsig vorgehend, eher klein (Projekte mit über 20—30 Personen bilden die relativ weni-

gen Ausnahmen, wozu zumeist ein quantitativ ähnliches Umfeld kommt, das sich indes lokal zu überlappen pflegt), so gut wie immer unterkapitalisiert, bilden sie den Humus Alternativer Ökonomie und sind durch häufiges Werden und Vergehen charakterisierbar. Alles andere als planmäßig vorgehend („Plan“ ist hier überhaupt zumeist ein Schimpfwort — besonders zu Beginn der Arbeit soll soviel wie möglich „spontan“ sich abspielen), entspringen sie den politischen und sozialen Umständen des jeweiligen Ortes bzw. der jeweiligen Region, selbstredend beeinflußt durch die je besonderen Motivationen und Qualifikationen der Gründenden.

Konnte in den siebziger Jahren noch kontrovers diskutiert werden, ob die Erwerbslosigkeit einen direkten Einfluß auf die Gründungstätigkeit ausübe, oder ob sie nur vermittelt über andere gesellschaftliche Faktoren (etwa Leistungsstreß in etablierten Institutionen, Berufsverbote, Anpassungszwänge an jeweilige Hierarchien) sich auswirke, kann zwi-

schenzeitlich diese Frage bedauerlicherweise als weithin beantwortet gelten. Es kann sich, um nur wenige Beispiele zu nennen, um einen Buchladen handeln, der politisch notwendig geworden ist; um eine Bürgerinitiative, die ihren Tätigkeitsbereich (etwa der Beratung) ausweitet; um einen Zusammenschluß erwerbsloser Professioneller; um Leute, die zusammen „etwas machen“ wollen und mit dem beginnen, was relativ einheitliche Qualifikationen erfordert (etwa Entrümpelungen); auch — viel seltener — um einen Konkursbetrieb, der in die eigenen Hände genommen wird.

Je nach den — ähnlich disparaten — Umständen kann die Grundfinanzierung durch eine Umlage bei Freund/inn/en, durch gerade zufällig abrufbare öffentliche Mittel, durch Zuschüsse oder (zunehmend) durch Kredite erfolgen. Dabei spielt häufig, nahezu grundsätzlich, die zentrale Rolle, worin in der umgebenden Gesamtgesellschaft ein Mangel besteht. Bestimmte Dienstleistungen sind nicht (mehr) vorgesehen — die entsprechenden Vereine (z. B. für Altenpflege) werden gegründet. Ökologisches breitet sich aus: Es entstehen Bioläden, Vollkornbäckereien, Wissenschaftsläden und Konstruktionsbüros.

Gewirtschaftet wird (falls erfolgreich) nach dem Bedarfsprinzip. Akkumuliert wird ungern, es sei denn, es werden (weitere) Arbeitsplätze benötigt. Die Projekte sind nicht nur klein, sie wollen auch klein bleiben. Was die Zahl einer umfassenden Großfamilie übersteigt, erweckt ihr Mißtrauen und wird als „unüberschaubar“ bezeichnet. Außerhalb des lokalen Kontextes neigen sie dazu, übersehen zu werden. Wenn aber, um nun ein Beispiel zu nennen, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) Nordrhein-Westfalen festgestellt hat („soziale“ Projekte tendieren dazu — wenn es aus Zuschußgründen notwendig wird —, wenn überhaupt einem Träger der Freien Wohlfahrtspflege, dann dem DPWV aufgrund seiner ideologischen Neutralität beizutreten), in nur fünf Jahren hätte sich die Anzahl seiner Mitglieder verdoppelt, dann können wir gewiß sein: Es gibt sie.

2. Die zumeist geplante, zumeist lange und erbittert diskutierte Herausbildung von Großprojekten

Diese Großprojekte — sie können regional oder bundesweit beabsichtigt sein — entspringen nicht nur einem gesamtgesellschaftlichen Mangel, sondern auch einem Mangel in der alternativen Infrastruktur selbst, der indes von den Agierenden äußerst unterschiedlich beurteilt zu werden pflegt. Allgemein kann darüber ausgesagt werden: Ihre Gründung erfolgt nicht nur mit dem Einverständnis

vieler Momente der alternativen Infrastruktur (jener jedenfalls, die den Mangel wahrgenommen haben), sondern auch zumeist begleitet vom Widerwillen ebenso vieler anderer. Dieser Widerwillen hat im allgemeinen mehrere Quellen: Bedenken gegenüber möglichen zentralisierenden Wirkungen der neuen Einrichtungen; Konkurrenzaspekte (so wurde die Gründung der „Tageszeitung“ von vielen Stadtzeitungen, die Gründung des Berliner Mehringhofs wie auch des Netzwerks Selbsthilfe Berlin von der Berliner Großkommune UFA-Fabrik, die Gründung der Grünen von lokalen Bunten Listen, die Gründung der Ökobank von lokalen Direktkreditvermittlungsiniciativen bekämpft); Abneigung gegen „Unüberschaubarkeit“ überhaupt. Übersehen wird hier, daß — zu Recht! — Ernst F. Schumacher mit seinem berühmt gewordenen „Small is beautiful“ gegen Betriebseinheiten polemisierte, die etwa die Zahl von 1 500 Mitarbeitenden überschreiten; was indes bei den Großprojekten, von welchen hier die Rede ist, mit Ausnahme der Grünen und des Netzwerks Selbsthilfe Berlin keineswegs der Fall ist.

Jedoch ist ihre Gründung schließlich erfolgt, etwa um dem lokal vorfindlichen Raummangel abzuhelfen (1969 Sozialistisches Zentrum Westberlin, Kultur- und Kommunikationszentren — z. B. „Börse“ Wuppertal, Mehringhof Berlin, Werkhof Nernstweg Hamburg), dem Mangel an überregionalen subkulturellen Informationsmöglichkeiten („Tageszeitung“ [taz], die feministischen Monatszeitschriften „Emma“ und — nicht mehr bestehend — „Courage“), dem Mangel an Koordination der Umverteilung von Geldern (Netzwerk Selbsthilfe), dem Mangel an Wohnraum (Stadtbau Berlin), dem Mangel an überregionaler politischer Vertretung (Partei Die Grünen), dem Mangel an adäquaten Anlage- und Kreditmöglichkeiten (Bürgschaftsbank Berlin, Ökobank Frankfurt — erinnert sei in diesem Zusammenhang an die bis vor kurzem banküblichen Usancen, bei alternativen Kreditwerbem nicht nur die Bonität zu überprüfen, sondern auch das Ausmaß hierarchischer Willensbildung im Projekt! Bei den der Wirklichkeit nahekommenen Aussagen wie: „Der Chef sind wir alle“ gab es dann keinen Kredit . . .), dem Mangel an einem Fachorgan für Selbstverwaltungswirtschaft („Wandelsblatt“, später auf Grund einer Interventionsdrohung des „Handelsblattes“ in „Contraste“ umbenannt). Dem steht weder entgegen, daß diese Mängel bislang trotz dieser neuen Großprojekte nur unzulänglich behoben werden konnten, noch daß ein Teil von ihnen Verselbständigungstendenzen aufgewiesen hat bzw. aufweist. Im Falle der Öko-

bank ist es bei allen bekanntgewordenen inneralternativen Querelen nachweisbar, daß nahezu alle gegenwärtig vorherrschenden Mängel sich den Bedingungen der Bankaufsicht verdanken.

Die Diskussionen jedenfalls der „taz“, des Netzwerks Selbsthilfe (dem etwa die britische CLAP-„Gemeinschaftsabgabe für alternative Projekte“ vorangegangen war) und der Ökobank hatten einen Vorlauf von wenigstens einem Jahrzehnt — woraus sich schließen läßt, welche großprojektförmigen Innovationen sich in den neunziger Jahren bzw. nach 2000 ergeben könnten. Nach dem (in der interessierten Öffentlichkeit genüßlich aufgebauscht) Konflikt zwischen „Contraste“ (und anderen) und Ökobank um den Umstand, daß letztere zwecks Absicherung von Krediten sich der (etabliert-genossenschaftseigenen) R+V-Versicherung bediente, die auch in Südafrika-Geschäften engagiert ist (die Vermeidung solcher spielte bei der Ökobank-Gründungspropagierung eine gewisse Rolle), ist zu erwarten, daß die Diskussion um eine alternative Versicherung wiederum einen Aufschwung nehmen wird. Auch ein alternativer Wohlfahrtsverband ist bereits erwogen worden (dessen Zustandekommen letztendlich davon abhängen wird, wie der DPVV mit den möglichen zukünftigen Konflikten zwischen seinen traditionellen und seinen alternativen Mitgliedern umgehen kann).

3. Der allmähliche Zusammenschluß einzelner Betriebe und Projekte zu gegenstandsbezogenen Vernetzungsstrukturen

Abstrakt besteht hierzu mit Sicherheit Bereitschaft, wengleich starke Ungleichzeitigkeiten festzustellen sind. Bereits nach 1968 hatte sich der „Verband des linken Buchhandels“ (VLB) gegründet, der bis in die achtziger Jahre bestand (der Form nach wie auf regionaler Ebene gibt es ihn noch heute; Rekonstitutionsbestrebungen gibt es im Rahmen von Zusammenschlußtendenzen des kleinen Sortimentbuchhandels gegen die Monopolisierungstendenzen am Buchmarkt). Wenig später entstanden Dachverbände von Sozialprojekten (Bund Deutscher Pfadfinder — Bund Demokratischer Jugend, Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise), die es, wenn auch mit teils gewandelten Projekten, noch

heute gibt. Für die siebziger Jahre ist der Bundesverband Soziokultureller Zentren zu erwähnen, der sich heute vor allem in seinen Landesverbänden manifestiert, sowie eine Reihe von Richtungsgruppen (erwähnenswert vor allem die anthroposophische Aktionsgemeinschaft Dritter Weg, die zeitweilig bestehende Politisch Offensive Verkaufs-Organisation, die Sozialen Selbsthilfen, später die Gruppe um UFA-Fabrik/Wirtschaftsteil der „taz“).

In den letzten Jahren sind mehrere Branchenverbände gegründet worden, deren Zusammenhang teils locker und vorübergehend war („Holzwürmer“/Tischlereien, Vollkornbäckereien, schon nach 1976/77 die Stadtzeitungen, dann die Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage), teils verbindlicheren Charakter angenommen haben (Werkstätten in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, Graphisches Gewerbe, Gesundheitsläden/Gesundheitsakademie, Versicherungsläden, Fahrradläden, Naturkosthandel — später „Gesundheit und Umwelt“ —, Landschaftsgärtnereien). Es ist wahrscheinlich, daß diese Tendenz sich fortsetzen wird.

Weniger stringent sind die Neigungen alternativer Betriebe, sich auf kommunaler Ebene bzw. auf der Ebene des Landes zu vernetzen. An verschiedenen Orten sind zwar „Projekträte“ — oder wie sie auch immer geheißen haben mögen — gegründet worden, deren Lebensdauer indes begrenzt zu sein schien. Hinsichtlich der Bundesländer fällt auf, daß die Verbandsgründungen zumeist in einem Zusammenhang mit möglich gewordenen (oder zumindest als möglich angesehenen) politischen Konstellationen entstanden sind (mit deutlicher Abnahme der Motivation im Falle einer alternativ-unfreundlichen Veränderung). Prototypisch hierfür der „Verband selbstverwalteter Betriebe Hessens“; auch in Bremen und Hamburg gibt es vergleichbare Gruppen; einer Berliner Verbandsgründung sehe ich mit Spannung entgegen. Entsprechend dürfte es kein Zufall sein, daß aus Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz solche Diskussionen nicht bekannt geworden sind. Ein „Bundesverband selbstverwalteter Betriebe“ dürfte noch in weiter Ferne liegen.

VI.

Insgesamt gesehen, bewegen sich die Agierenden bundesdeutscher Alternativer Ökonomie in zwei unterschiedlichen Richtungen, die mir indes nur auf den ersten Blick als einander widersprüchliche erscheinen. Gleichzeitig sind sie, gegenüber den früheren Jahren, pragmatischer geworden. Im Vordergrund ihres Interesses stehen die Ausweitung von Beratungstätigkeiten, die Einrichtung von eigenen Institutionen der Weiterbildung, die zunehmende Ausübung von (auf die Selbstverwaltungswirtschaft bezogenen) Forschungsarbeiten, Aspekte der internationalen Vernetzung. Neben den theoretischen Inhalten von Fort- und Weiterbildung (beispielsweise des kürzlich gegründeten hessischen Instituts für Selbstorganisation) stehen Fragen der Buchhaltung, des Rechnungswesens, der EDV-Benutzung, der Gruppendynamik oder der Konfliktlösung auf den Programmen — wie denn auch Supervision (selbst professionalisierte) nicht mehr länger ein Schimpfwort in Kreisen selbstverwalteter Betriebe und Projekte ist.

Auf Europa bezogen, scheint es die beiden Positionen des Schielens auf das magische Datum 1992 und des Anstrebens einer davon unabhängigen Vernetzung (die denn auch stärker außerhalb der EG stehende Staaten beträfe) zu geben. Wie auch in der hegemonialen Wirtschaft wird der europäische Bezug Alternativer Ökonomie (abgesehen von den erstrebten Mitteln für „lokale Beschäftigungsinitiativen“) nicht ohne Probleme abgehen. Dies betrifft zum einen, als ob es einen Abklatsch der erstgenannten darstellte, die unterschiedlichen Normen: Die idealtypisch angestrebte Kombination von Selbstverwaltung und Ökologie in kleinen Einheiten dürfte in dieser (relativen) Breitenwirksamkeit auf europäischer Ebene einsam dastehen. Zum anderen jedoch wird sich der historische Sachverhalt zweifellos auswirken, daß in vielen anderen europäischen Ländern die genossenschaftliche Tradition lebendiger geblieben ist als in der Bundesrepublik (und in Österreich), wo sie zuerst durch das NS-Regime zerschlagen und dann in „Wirtschaftswunder“-Zeiten aktienrechtlich nivelliert worden ist.

Dies impliziert jedenfalls ein anderes Verständnis von Größenordnung, Vernetzung, Arbeitsteilung, Produktionsgegenständen wie auch andere Diskussionen geschichtlicher Erfahrung. Niemand — um nur das herausragendste Beispiel zu nennen — kann an die Erfahrung Kataloniens heranreichen, wo 1936 einige Monate lang der Nachweis geführt wurde, daß eine genossenschaftliche Vergesell-

schaffung möglich gewesen wäre, hätte sie nicht der (nur diesbezügliche!) gemeinsame Ansturm von Falangisten und Stalinisten zerschlagen. Allein das Umfeld der baskischen Genossenschaftsgruppierung Mondragon umfaßt so viele Mitarbeitende wie etwa ein Fünftel der Gesamtheit selbstverwalteter Projekte in der Bundesrepublik (und sie produziert auch noch Kühlschränke — einen Gegenstand, den, es sei denn zu eigenen Konsumtionszwecken, bundesdeutsche Alternative nicht mit der Beißzange anfassen würden). Auch bei den französischen Genossenschaftsbetrieben (z. B. Marketube) handelt es sich (wie seinerzeit bei den legendär gewordenen Projekten LIP und Lucas Aerospace) um industrielle Großprojekte — oft genug (wie auch die österreichischen Frilla-Leuchten) aus Konkursbetrieben entstanden. In der Bundesrepublik stehen diesbezüglich, von häufigen Krisen geschüttelt, eine Handvoll Betriebe — wie die Glashütte Süßmuth und die aus Voith Bremen entstandene ANGmbH — ziemlich allein da. Hier eine sinnvolle Vernetzung zustande zu bringen, wird noch eine ziemlich aufwendige Aufgabe darstellen.

Die andere Richtung bezeichnet das zunehmende makroökonomische Interesse vieler in der Alternativen Ökonomie Handelnder, begleitet von einer periodisch immer wieder hervortretenden realutopischen Unterströmung, mag diese nun beispielsweise sich auf Dualökonomie, Genossenschaftsvereinsgesellschaft, Großkommunen oder Subsistenz beziehen. Das grüne Schlagwort vom „Umbau der Gesellschaft“ bietet seit 1986 die Form für derlei makroökonomische Überlegungen — was nicht bedeutet, daß solche nicht schon vorher erwogen worden waren.

In unterschiedlichem Ausmaße hat diese pragmatisch-realutopisch gemischte Orientierung eines allmählich zunehmenden Bevölkerungsteils Reaktionen bei den politischen Parteien hervorgerufen, die von der einheitlichen Ablehnung noch in den späten siebziger Jahren differieren. (Ich sehe hier von der FDP ab, aus welcher mir keine Position bekanntgeworden ist, die über jene engagierter Einzelpersonen hinausginge.) In der CDU/CSU ist dies fraglos eine außerordentlich minoritäre Position, die mit den Namen Ulf Fink und Warnfried Dettling verbunden ist: Ausgehend von einer Neuinterpretation des Subsidiaritätsprinzips, wird das Gewicht auf sich ausweitende Selbsthilfe gelegt, in die (neben der traditionellen Klientel) Alternative Ökonomie und (insbesondere bei Rita Süßmuth)

Frauenprojekte tendenziell miteinbezogen werden. Die Crux liegt darin, daß die hegemoniale Ökonomie unangetastet bleibt, welche die diversen Erscheinungsformen von „Selbsthilfe“ erst notwendig macht. Majoritär jedoch ist nach wie vor jener Wirtschaftsflügel, der am Tage nach dem Zustandekommen der hessischen sozialdemokratisch-grünen Koalition per FAZ-Leitartikel mitteilen ließ, noch nie hätte sich die Klientel einer Partei so schamlos aus dem Budget bedienen können (als ob nicht sämtliche Fördermaßnahmen dieser beiden Jahre zusammengekommen gegenüber der Gesamtheit der hegemonialen wirtschaftlichen Subventionen – von Grünen Plänen über Exportstützungen bis zu Infrastrukturinvestitionen und Forschungszuschüssen –, wenn überhaupt, in Promillezahlen sich ausdrücken ließen). Aufhorchen ließ vor einigen Monaten ein Fernsehinterview des Innsbrucker Ökonomieprofessors Clemens Andreae (welcher der CSU nahesteht): voll des Lobs für Genossenschaften (etwa jener in Matrei/Tirol, in der Tat nach 1945 eine linkskatholische Gründung aus dem Umkreis des der ÖVP assoziierten Karl-Kummer-Instituts) und für die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung – allerdings unter der Zusatzbedingung allerstriktester Marktorientierung (als ob diese in der hegemonialen Wirtschaft so ohne weiteres funktionieren würde!).

Auch die sozialdemokratischen Parteien haben (und sei es in Erwägung der möglichen Abwanderung weiterer potentieller Wählerschichten) zaghaft begonnen, Aspekte der Selbstverwaltungswirtschaft wiederzuentdecken. Vor allem in Österreich ist dem verstorbenen Sozialminister Alfred Dallinger das Verdienst nicht abzusprechen, einen Kreis alternativ-ökonomisch interessierter Personen unterstützt und mit diesem selbstverwaltungsorientierte Innovationen angeregt zu haben (eigenständige Regionalentwicklung, Wirtschaftsberatung vor allem von Konkursbetrieben). In Bonn hat sich ein „Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e. V.“ gegründet, der sich u. a. um eine Verbindung neuer und traditioneller (z. B. Coop Dortmund) Genossenschaften bemüht. Dazu kommen die Aktivitäten weiterer Kreise, etwa jenes um den Berliner Politologen Fritz Vilmar, dessen „Strategien zur Demokratisierung“ in den „Weg zur

Selbsthilfegesellschaft“ eingemündet sind. Auch hier ist allerdings nicht zu übersehen, daß die Mehrheit nach wie vor einen exklusiven zentralistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kurs verfolgt.

Obwohl ein nicht unbeträchtlicher Teil alternativer Projekte zwischenzeitlich (wenigstens im Zweifelsfalle) sich am ehesten der grünen Partei zurechnen ließe, muß korrekterweise festgestellt werden, daß strukturell die Lage sich hier nicht wesentlich anders darstellt als bei den beiden großen Parteien. Zwar ist den Grünen fraglos zugute zu halten, daß sie programmatisch wie realpolitisch noch am ehesten die Alternative Ökonomie unterstützt haben (Ökofonds, ein Teil der Stiftungskonzeption, Grundsicherung, sozialdemokratisch-grüne Förderungspakete, Fondskonzeptionen in Umbauprogrammen, insbesondere in jenem zur Gesundheitspolitik), doch hält sich gegenüber ihren dominierenden Themen (Ökologie, Friedenspolitik) ihr Engagement für Aspekte Alternativer Ökonomie (seien es die „ökonomischen“ im engeren Sinne, seien es die „sozialen“ oder „kulturellen“) ähnlich in Grenzen wie in anderen Parteien. Wohl zur großen Enttäuschung der Medien muß auch festgestellt werden, daß hierin kaum eine Differenz zwischen den verschiedenen Strömungen der grünen Partei besteht: Die Handvoll Personen, für die Selbstverwaltungswirtschaft mehr ist als ein eventueller Gegenstand für Sonntagsreden, ist persönlich bekannt. Wobei eine schwierige Dialektik hier keinesfalls zu verkennen ist: Eine wirkungsvolle Unterstützung real existierender Projekte bedarf jenes effizienten Handelns, das dann wiederum jene unzufriedenen Autonomien auf den Plan ruft, welchen Alternative Ökonomie als bloßes Moment hegemonialer Ökonomie erscheint, dem dann die „Jobber“-Mentalität“ als bestimmte Negation entgegengesetzt wird.

In diesem kurzen Überblick konnte die Vielfalt der Widersprüche und Chancen Alternativer Ökonomie selbstredend nur gestreift werden. Zu hoffen ist, daß ihre wünschbare und machbare Ausbreitung nicht dazu führt, daß ihr Gesamtzusammenhang verloren ginge oder zur Spezialisierung einiger weniger Alternativ-Expert/inn/en verkümmerte.

Ausgewählte Literatur zur Alternativen Ökonomie

- Arbeitsgruppe Projektberatung, *Der Schatz im Silbersee*, Berlin 1984
- Arbeitsgruppe „Unter Geiern“, *Unter Geiern*, Berlin 1984
- R. Bahro, *Kommune wagen*, in: R. Schwendter, 2. Bd., 1986
- v. Bennholt-Thomsen u. a., *Frauen, die letzte Kolonie*, Reinbek 1983
- F. Benseler u. a. (Hrsg.), *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982
- J. Berger u. a., *Alternativen zur Lohnarbeit?*, Bielefeld 1985
- W. Bèywl u. a., *Alternative Betriebe in Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf 1984
- H. Bischoff/D. Damm, *Arbeitsplätze selbst schaffen, finanzieren und behalten*, München 1985
- M. Bolle/P. Grottian (Hrsg.), *Arbeit schaffen – jetzt!*, Reinbek 1983
- E. Callenbach, *Ökotopin*, Berlin 1978
- H. Domack, *Der Genossenschafts-Sozialismus*, Leipzig 1913
- T. Ebert, *Hauswirtschaft in der Zwischenkultur*, in: J. Huber 1979
- W. H. Engelhardt, *Sind Genossenschaften gemeinwirtschaftliche Unternehmen?*, Köln—Frankfurt 1980
- B. Flieger (Hrsg.), *Produktivgenossenschaften*, München 1985
- H. v. Gizycki, *Aufbruch aus dem Neandertal*, Darmstadt—Neuwied 1974
- S. Goldner/M. Kokigei, *Stolpernd unterwegs*, Berlin 1982
- A. Gorz, *Abschied vom Proletariat*, Frankfurt 1980
- K. Gretschmann, *Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat*, Frankfurt 1983
- F. Heider u. a., *Selbstverwaltete Betriebe in Hessen*, Frankfurt 1988
- W. Heidt, *Der Dritte Weg*, Achberg 1978
- G. Heinsohn (Hrsg.), *Das Kibbuz-Modell*, Frankfurt 1982
- W. Hollstein/B. Penth, *Alternativ-Projekte*, Reinbek 1980
- A. Huber/R. Schwendter (Hrsg.), *Die Ökobank*, München 1988
- J. Huber (Hrsg.), *Anders arbeiten – anders wirtschaften*, Frankfurt 1979
- J. Huber, *Wer soll das alles ändern?*, Berlin 1980
- R. Jungk, *Der Jahrtausendmensch*, Gütersloh 1973
- G. Kerseher/S. Reindl, *Alternative Projekte in München*, unveröff. Diplomarbeit, München 1988
- W. Kraushaar (Hrsg.), *Autonomie oder Ghetto*, Frankfurt 1978
- H. Kreutz u. a., *Eine Alternative zur Industriegesellschaft?*, Nürnberg 1985
- M. Krück/P. Grottian, *Modell Berlin: 10 000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich*, in: M. Bolle/P. Grottian 1983
- B. Leineweber/K. L. Schibel, *Die Revolution ist vorbei – Wir haben gesiegt*, Berlin 1975
- P. M., 'bolo 'bolo, Zürich 1985
- Netzwerk Selbsthilfe e. V. (Hrsg.), *Ein Jahr Netzwerk Selbsthilfe*, Berlin 1979
- M. Neuling, *Auf fremden Pfaden*, Berlin 1985
- W. Neumann, *Revonnah*, Hannover 1984
- K. Novy, *Genossenschafts-Bewegung*, Berlin 1983
- M. Opielka (Hrsg.), *Die ökosoziale Frage*, Frankfurt 1985

- M. Opielka/G. Vobruba (Hrsg.), *Das garantierte Grundeinkommen*, Frankfurt 1986
- F. Oppenheimer, *Die Siedlungsgenossenschaft*, Leipzig 1896
- C. Personn/O. Tiefenthal, *Bedingungen und Strukturen alternativer Ökonomie*, Hamburg 1984
- M. Rački (Hrsg.), *Frauentraum in Männerraum*, München 1988
- B. Runge/F. Vilmar, *Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft*, Essen 1986
- R. Schwendter (Hrsg.), *Grundlegungen zur Alternativen Ökonomie*, 2 Bände, München 1986
- R. Schwendter, *Theorie der Subkultur*, Frankfurt 1978³
- O. Šik, *Ein Wirtschaftssystem der Zukunft*, Berlin 1985
- W. Sperschneider, *Alternative Betriebe in Südniedersachsen*, Göttingen 1988
- A. Uhlenwinkel, *Alternative Betriebe in Bremen und Nordniedersachsen*, Göttingen 1988
- C. v. Werlhof, *Frauen und Dritte Welt als „Natur“ des Kapitals*, in: H. Dauber/W. Simpfendorfer (Hrsg.), *Eigener Haushalt und bewohnter Erdkreis*, Wuppertal 1981

Frank Nullmeier: Institutionelle Innovationen und neue soziale Bewegungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/89, S. 3–16

Die Untersuchung institutioneller Innovationen im Gefolge der neuen sozialen Bewegungen erfordert es, sich aus der üblichen Konfrontation von „Bewegung“ und „Institution“ zu lösen, wobei Institution zudem meist mit bürokratischer Organisation gleichgesetzt wurde. Es wird hier ein Institutionsbegriff entfaltet, der es erlaubt, auch in den sozialen Bewegungen „Bewegungsinstitutionen“ wirken zu sehen, die bereits einen Beitrag zur Umgestaltung des Institutionennetzes einer Gesellschaft darstellen.

Über die Entwicklung von vier institutionellen Grundformen und ihrer verschiedenen Anwendungsbereiche wird es möglich, Grade der Institutionsinnovation zu unterscheiden. Eine erste Überblicks-Bewertung der Institutionalisierungsstrategien und institutionellen Entwürfe in den neuen sozialen Bewegungen folgt, bevor die eher mageren Resultate staatlicher Institutionsreformen als Reaktion auf die Welle der Bewegungsforderungen kurz skizziert werden.

Die Impulse der Bewegungen könnten aber dennoch in nächster Zeit die Entfaltung staatlicher Politik angesichts zunehmender Auflösung der Autoritätsmonopole von Wissenschaft und Technik im Wissensbereich, von Familie und Religion im Wertbereich über den Sozialstaat hinaus zu einer Demokratisierung von kollektiv bedeutsamen Wissens- und Wertentscheidungen voranbringen. Weniger unsicher als diese Entwicklung dürfte sein, daß die Konfrontation von etablierten mit alternativen Institutionen zu einem insgesamt flexibleren Umgang mit den Institutionen führt.

Franz Urban Pappi: Die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/89, S. 17–27

Die GRÜNEN und die SPD sind die Hauptansprechpartner der neuen sozialen Bewegungen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Das Verhältnis der Bewegungen zu diesen Parteien wird aus der Perspektive der Bewegungsanhänger in der Wählerschaft allgemein untersucht und nicht aus der Perspektive der Organisationsführungen. Konkret werden die folgenden Einzelbewegungen ausgewählt: die Antikernkraftbewegung, die Friedensbewegung und die Frauenbewegung. Als Bewegungsanhänger zählt, wer sich selbst so bezeichnet. Diese Art der Messung wird in Auseinandersetzung mit dem sozialwissenschaftlichen Bewegungsbegriff und den Methoden der Umfrageforschung gerechtfertigt. Daneben spielt die Präferenz für politische Ziele der einzelnen Bewegungen eine besondere Rolle. Die Übereinstimmung zwischen Zielpräferenz und Anhängerschaft wird als Mobilisierungsindikator der Einzelbewegung interpretiert. Danach ist die Antikernkraftbewegung zum Zeitpunkt der letzten Bundestagswahl diejenige mit dem höchsten Mobilisierungsniveau gewesen.

Unter den Bedingungen hoher Mobilisierung besteht der engste Zusammenhang mit dem Wahlverhalten. Es zeigt sich, daß die Anhänger der Bewegung ihre Stimmen den GRÜNEN oder der SPD als den Parteien ihrer Wahl geben, wobei sich die Zielpräferenz vor allem zugunsten der SPD auswirkt, während die subjektive Identifikation mit der Bewegung für die GRÜNEN der gegenüber der Zielpräferenz etwas wichtigere Faktor ist. Die Bewegungsrhantik schützt die GRÜNEN gegenwärtig vor einer politischen Vereinnahmung durch die SPD auf der Wählerebene. Die empirischen Ergebnisse werden im einzelnen durch eine Analyse einer Bundestagswahlstudie von 1987 belegt.

Thomas Leif: Die Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre. Themen und Strategien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/89, S. 28—40

Der Beitrag untersucht — ausgehend von Defiziten in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung — wie die Entscheidungsstrukturen in der westdeutschen Friedensbewegung zu Beginn der achtziger Jahre entwickelt wurden. Am Beispiel des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung wird die frühe Zementierung der zentralen Gremien nachgezeichnet, eine Typologie ihrer Zusammensetzung vorgestellt und die formale Legitimationsfunktion der assoziierten bundesweiten Aktionskonferenzen untersucht. Die Charakterisierung der Basisinitiativen als Gegenpol belegt die Repräsentationsdefizite der zentralen Koordination.

Die Praxis der „professionellen Bewegung“ wird mit dem basisdemokratischen Anspruch der Friedensbewegung in Beziehung gesetzt und zusammenhängend analysiert. Die Prozeß-Skizze der Thematisierung von Forderungen in der Friedensbewegung unterstreicht, daß mit der Programmklammer der „Nachrüstung“ von 1981 bis 1983 eine bemerkenswerte inhaltliche Konstanz erzeugt wurde, die sich auch in der Dominanz der in dieser Zeit stattfindenden Großdemonstrationen manifestierte. Den folgenden variationsreichen Themenwandel ab 1984 begleitete eine zunehmende Aufsplitterung der Aktionen, die den handelnden Spektren die Möglichkeit zur Profilierung gab.

Die durch die Heterogenität der beteiligten Organisationen geprägte strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung zeigt, daß langfristige Programme von den permanenten Aktionsschüben besonders in den Hochphasen der Mobilisierung abgedrängt wurden. Abschließend werden die partizipatorischen Leistungen und Öffentlichkeitsfolge der größten Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik kritisch bilanziert und in Verbindung mit möglichen Perspektiven gebracht.

Rolf Schwendter: Alternative Ökonomie. Geschichte, Struktur, Probleme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/89, S. 41—53

Alternative Ökonomie (auch unter anderen Namen, beispielsweise „Selbstverwaltungswirtschaft“, bekannt) wird hier, versuchsweise und in extremer Kürze, in ihrer Ganzheit betrachtet. Zunächst werden ihre differenzierenden Momente von anderen Bereichen wirtschaftlichen Handelns und ihre Systemgrenzen betrachtet; es schließt sich an die Darstellung ihrer Besonderheit, die Gleichzeitigkeit von Eigenschaften des Kapitals und der Arbeit. Der nicht leicht zu beantwortenden Frage, wieviele Projekte Alternativer Ökonomie es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, folgt als Kernstück des Aufsatzes die strukturelle Zusammenfassung ihrer Finanzierungsquellen: die des Marktes, des Staates und der privatumverteilten, ursprünglich für Konsumzwecke vorgesehenen Einkommensanteile Dritter.

Zumeist nebeneinander verlaufend, entsteht Alternative Ökonomie (bzw. weitete sich aus) in drei unterschiedlichen Formbestimmungen: der naturwüchsigen Entstehung kleiner regionaler Projekte und Betriebe; der — zumeist in widersprüchlicher Weise geplanten — Herausbildung von Großprojekten, die einem Mangel in der alternativen Infrastruktur sich verdanken, sowie des allmählichen Zusammenschlusses zu gegenstandsbezogenen Vernetzungsstrukturen. Einer Reflexion auf die gleichzeitigen Neigungen der in der bundesdeutschen Alternativen Ökonomie Handelnden zu Pragmatismus und Realutopie folgt abschließend eine exemplarische Darstellung von Haltungen der im Bundestag vertretenen Parteien zur Alternativen Ökonomie.